Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KLASSENKAMPF

Sept. 1975 Zeitung des Kommunistischen Bundes (KB) Linz NR 2 S 3,-

WÄHLT UNGÜLTIG! BEI DEN NATIONALRATSWAHLEN 5.OKT. DURCH DIE AUFSCHRIFT:

Vorwärts zur sozialistischen Revolution!

Die Wahlen im Oktober finden in einer Situation statt, in der sich die Krise der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung im Weltmaßstab und auch in Österreich verstärkt und alle grundlegenden Widersprüche sich verschärfen. Die beiden Supermächte USA und SU verstärken ihre Rivalität undbetreibenhinter dem Rauchvorhang von Entspannung eine fieberhafte Aufrüstung. Den Ausweg aus ihren Schwierigkeiten werden sie unvermeidlich im Krieg suchen, wenn ihnen nicht die Völker in den Arm fallen und die Revolution in einigen wichtigen Ländern siegt.

Die Kapitalisten in Österreich suchen den Ausweg aus der Krise in einer gewaltigen Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen. Gleichzeitig vertieft sich die Finanzkrise des bürgerlichen Staates und es verstärkt sich die Ausplünderung des Volkes durch den Staat.

Die Arbeiterklasse kann kein Interesse an der Erhaltung dieses Systems haben. Sie muß den Klassenkampf führen, um sich vor den Folgen der Krise zu schützen, ihre Kampfkraft und die Einheit ihrer Reihen zu erhalten und zu stärken. Das braucht sie, um den Kampf für den Sturz der bestehenden Ordnung und um den Sieg des Sozialismus führen zu können.

Der Klassenkampf in Österreich wird sich in den nächsten Jahren unvermeidlich verschärfen. Es ist von entscheidender Bedeutung, ob es der Arbeiterklasse gelingt, der Bourgeoisie entgegenzutreten und vorwärts zu marschieren in Richtung sozialistischer Revolution.

Ob ihr das gelingt, entscheidet sich im Klassenkampf, nicht bei den Wahlen zum Parlament. Die ÖVP spricht von "Schicksalswahlen", die SPÖ erklärt

Fortsetzung S. 2

METALLER LOHNRUNDE 75

Gegen den Lohnabbau eine Gewerkschaftsfront aufbauen

Mit den in den kommenden Monaten fälligen Kollektivvertragsverhandlungen der Metallarbeiter erreicht die laufende Lohnrunde 75 einen ihrer entscheidenden Punkte. Geht es dabei doch nicht nur um die Arbeits- und Lebensbedingungen von 300.000 Metall- und Bergarbeitern, sondern auch um Stärkung oder Schwächung ihrer Kampfkraft für die weiteren Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten ihrer Branche und der ganzen Ausbeuterordnung.

Die bestens organisierten Unternehmer haben sich längst auf ihr Verhandlungsziel eingeschossen: sie wollen Abschlüsse, die Lohnabbau bedeuten und möglichst freie Hand bei der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Für die Arbeiter geht es darum, ihren Vertretern in den Verhandlungen mit Beschlüssen aus den Betrieben und Ortsgruppen der Gewerkschaft Dampf zu machen, die auf eine klare Front gegen die Angriffe auf Arbeits- und Lebensbedingungen abzielen. Der Aufbau einer gewerkschaftlichen Front - das geschlossene Vorgehen der gan-

Fortsetzung auf Seite 9

Chile: 2 Jahre nach dem Putsch ist die Junta isoliert

Wie ist die Lage des Volkes 2 Jahre nach dem Putsch, der der revolutionären Arbeiterbewegung eine schwere Niederlage zufügte und das Land der imperialistischen Ausplünderung wieder öffnete?

Der Hunger ist das offensichtlichste Merkmal, das die Lage des chilenischen Volks charakterisiert. Der Mindestlohn beträgt jetzt 147 000 Escudos. In der Tabelle (s. S. 29) sind die wichtigsten Konsumgüter zusammengestellt, die eine 4-köpfige Familie

Fortsetzung auf Seite 28



Aus dem Inhalt:

WÄHLT UNGÜLTIG!

Fortsetzung von Seite 1

daß "vier weitere gute Jahre" durch ihren Wahlsieg zu erreichen wären, und auch FPÖ und KPÖ betonen, wie wichtig ein Wahlerfolg ihrer Partei sei. Aber "Schicksalswahlen" sind die Wahlen nur für die bestehenden Parteien, nicht für die Arbeiterklasse.

Wenn die Arbeiterklasse ihre Sache selbst in die Hand nehmen will, dann kann sie das nicht mittels des Stimmzettels oder des Parlaments.

Im Gegenteil muß sie sich von allen Illusionen freimachen, mittels des Parlaments ihre Interessen zur Geltung bringen zu können. Das Parlament ist nur eine "demokratische" Fassade vor der Diktatur der Bourgeoisie.

Die Konkurrenz und das Gezänk der bestehenden Parteien im Parlament sollen verschleiern, daß die wirklichen Entscheidungen außerhalb dieser Einrichtung zum Betrug der Volksmassen fallen, daß es unter den Parteien der Bourgeoisie doch nur um die gutbezahlte Teilnahme an der Verwaltung des Staatsapparates geht, mit dem das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Ausbeuterordnung aufrechterhalten werden sollen.

Die bestehenden Parteien darf die Arbeiterklasse nicht daran messen, was sie über sich selber sagen. Sie muß sie an ihrer tatsächlichen Haltung zu den brennenden Fragen der Arbeiter- und Volksmassen messen. Weil sie alle die Sanierung und Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung im Sinn haben und dies nur auf dem Rücken der Arbeiter- und Volksmassen zu erreichen ist, ist keine dieser Parteien ein kleineres Übel für die Arbeiter. Das Interesse der Arbeiterklasse besteht nicht darin, sich zwischen verschiedenen Übeln zu entscheiden, sondern daß im Kampf eine neue, eng mit den Massen verbundene, wirklich kommunistische Partei aufgebaut wird, die ihre Kämpfe zusammenfassen und führen kann.

Bei diesen Wahlen gibt es für die Arbeiterklasse und das Volk nichts zu wählen. Trotzdem können sie den Wahlen nicht interesselos gegenüberstehen. Jede Stimme, die für eine der bestehenden Parteien abgegegeben wird, wird von der herrschenden Klasse genutzt werden, um vier weitere Jahre "im Namen des Volkes" gegen das Volk zu regieren. Deshalb ist es wichtig, ihren Parteien auch bei den Wahlen entgegenzutreten.

Heute haben sich die marxistisch-leninistischen Kräfte noch nicht soviel politisches Vertrauen unter den Arbeitern und dem Volk erworben, um auch die Wahlen durch eine selbständige Kandidatur zu einer Kampfansage gegen das Ausbeutersystem zu machen.

Sie sind noch zu schwach verankert, um den Massen in der Praxis bewiesen zu haben, daß für die Kommunisten das Parlament nur dafür von Interesse ist, auch die Tribüne des Parlaments zu nutzen zur Anprangerung der herrschenden Klasse und zur Entlarvung der "parlamentarischen Demokratie".

Trotzdem rufen wir alle auf, auch bei diesen Wahlen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, den Klassenkampf zu führen bis zum Sturz des bürgerlichen Staates, zur Auseinanderjagung des Parlaments und zur Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse.

Wir schlagen vor, den Stimmzettel ungültig zu machen durch die Aufschrift:

VORWÄRTS ZUR SOZIALISTISCHEN REVOLUTION !

Beschlossen von KB-Graz, KB-Linz, KB-Tirol, KB-Wien, KG-Klagenfurt. Linz, 17.8.1975

Keine Stimme den

"4 weitere gute Jahre" verspricht die SPÖ, wenn man sie wählt, "Taus machts besser", sagt uns die ÖVP zu - das sind die zentralen Schlagworte der beiden Großparteien, daraufhin sollen für 4 weitere Jahre Vertreter ins Parlament gewählt werden.

Die "Wirtschaftspolitik" ist entsprechend den tristen Prognosen für die kapitalistische Wirtschaft auch ein wichtiger Bestandteil der Wahlpropaganda der Parteien. Was sind ihre Vorstellungen, wie die Krise überwunden werden könnte, wie der "Aufschwung" eingeleitet werden könnte ?

DER KERN DER WAHLPROGRAMME DER BÜRGERLICHEN PARTEIEN IST....

Die ÖVP preist sich jetzt v.a. mit der neuen Führung an: "Wir haben Fachleute, die von der Wirtschaft etwas verstehen". Der Kernpunkt der Vorstellungen dieser Leute ist der Abschluß eines "Sozialkontrakts" durch die Sozialpartner für 2 bis 3 Jahre. So verschwommen auch der Inhalt eines solchen Kontraktes ist, so ist bereits eines deutlich: daß er "vernünftige Lohnleitlinien" (Koren auf einer Pressekonferenz Mitte August) festlegen soll. Aus den verschiedenen Stellungnahmen von Kapitalistenvertretern wie auch von Wirtschaftsexperten ist klar, was sie mit "vernünftig" meinen: breite Senkung des Lohnniveaus.

Während die Vernunft des Kapitalismus Lohnsenkung für die Arbeiter fordert, hat sie für die Kapitalisten einiges parat, wie z.B. das "Fangnetz" der ÖVP - aus Steuergeldern soll den Unternehmern, die in die Krise geraten, kräftig zugeschossen werden.

Lohnverzicht für die arbeitende Bevölkerung und kräftige staatliche Stützung für die Unternehmerprofite - so will die ÖVP die kapitalistische Profitwirtschaft wieder in Schwung bringen.

Bei der ÖVP als traditioneller Partei der Kapitalisten liegt ein solches Programm auch auf der Hand.



Der Sumpf der Korruption ist in Wahlzeiten nur deutlicher sichtbar

...DIE SANIERUNG DER KAPITALISTISCHEN WIRTSCHAFT....

Welche Vorstellungen hat die SPÖ und die Regierung zur zukünftigen Entwicklung ? In einem ORF-Interview (22.8.) sprach Finanzminister Androsch von "gemeinsamen Anstrengungen", v.a. indem wir "bei unseren Einkommens- und Konsumerwartungen Zurückhaltung üben" - "die Lohnzuwächse müssen kleiner werden".

Die Millionenbeträge, die den Kapitalisten zugeschossen werden, vergrößern andauernd das Loch im Staatshaushalt. Wer in wachsendem Maß für die Deckung dieses Lochs herhalten soll, sagt die SPÖ offen: die angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 % wird hauptsächlich die arbeitenden Menschen treffen -

bürgerlichen Parteien

denn die Erhöhung wird auf eine Verteuerung der Lebensmittel und praktisch aller anderen Waren hinauslaufen und das trifft v.a. jene, die den überwiegenden Teil ihres Einkommens zur Deckung des täglichen Bedarfs aufwenden müssen. Was also die SPÖ zu bieten hat, ist im Grunde das gleiche Konzept - Lohnverzicht und verstärkte Steuerausplünderung, damit die kapitalistische Wirtschaft wieder floriert.

...AUF DEM RÜCKEN DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES !

So nichtssagend die Wahlkampfschlagworte der beiden großen bürgerlichen Parteien ("Kreisky,wer sonst?" oder "Taus-damit der Aufschwung kommt") schon sind, dürfte die FPÖ mit ihrer Spielerei über die Parteifarben ("Warum blau?") doch den Preis bekommen, wer die Wähler am besten für blöd verkaufen will.

Die Sorge der FPÖ gilt v.a. den mittelständischen Unternehmern. Daß sie, wenn sie "Sparsamkeit des Staates" fordert, v.a. an die Kürzung von Sozialausgaben denkt, hat sie kürzlich bewiesen, als sie Kostenbeteiligung der Patienten zur Sanierung der Spitäler und Krankenkassen forderte. Einer der wenigen Posten, der nicht gekürzt werden soll, sind dagegen die Ausgaben für die Polizei.

WEDER SPÖ, ÖVP NOCH FPÖ !

Die bürgerlichen Parteien, SPÖ, ÖVP und FPÖ, stehen alle auf dem Boden der bestehenden Profitwirtschaft. Ihre Programme, die sie angesichts der Vertiefung der Krise vertreten, sind Programme zur Sanierung dieser Profitwirtschaft auf dem Rücken der Arbeiterklasse und des Volkes.

Die bürgerlichen Parteien sind sich einig, daß die Arbeiter Lohnverzicht üben und den Reallohnabbau durch Inflation hinnehmen müssen.
Die bürgerlichen Parteien schweigen zur Frage der Steigerung der Arbeitshetze im Betrieb durch Rationalisierungen der Kapitalisten, aber sie sind sich einig darin, diese Rationalisierungen mit staatlichen Mitteln zu unterstützen.
Die bürgerlichen Parteien sind sich einig, daß gewisse Sozialleistungen des Staates eingeschränkt werden und die Steuerausplünderung sowie die Tarife und Gebühren erhöht werden müssen.
Die bürgerlichen Parteien sind auf die Verteidigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln eingeschworen und für sie ist die Sanierung der kapitalistischen Profitwirtschaft oberstes Gebot.

UNTERORDNUNG UNTER DIE BOURGEOISIE ODER ORIENTIERUNG AN DEN EIGENEN KLASSENINTERESSEN?

Für die Durchsetzung ihrer Vorstellungen zur Sanierung der kapitalistischen Wirtschaft verlangen sie alle die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Interessen der Bourgeoisie - Sozialpartnerschaft, Sozialkontrakt, Zusammenarbeit, usw., das heißt allemal, daß die arbeitende Bevölkerung den notwendigen Kampf um die Erhaltung des Lebensniveaus aufgeben soll und zusätzlich noch die Last der "unpopulären Maßnahmen", wie z.B. die Steuererhöhung tragen soll - damit die Wirtschaft wieder vorankommt, d.h. damit die Kapitalisten wieder genug Profit machen. Die ÖVP z.B. sagt es gleich, daß ihre schönen Phrasen aus dem "Lebensqualitätsbereich" einmal aufgeschoben sind - "zunächst sei eine Sanierungsphase der Wirtschaft nötig" (Busek am Linzer Parteirat).

Die Arbeiter werden eine Erhaltung, geschweige denn eine Verbesserung ihres Lebensniveaus nicht erreichen können, wenn sie darauf setzen, daß es zuerst einmal den Kapitalisten wieder gut gehen soll.
Die Arbeiterklasse ist gezwungen, den Kampf gegen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise zu führen, ohne Rücksicht auf das Wohl der Kapitalisten.
Sie muß den Kampf um den Lohn führen, um nicht materiell immer schlechter dazustehen und um nicht immer gezwungen werden zu können, sich schlechteren Arbeitsbedingungen zu unterwerfen.
Sie muß den Kampf gegen die Steigerung der Ausbeutung im Betrieb führen und darum, daß der Ausbeutung überhaupt Schranken gesetzt werden.
Sie muß sich zur Wehr setzen gegen die geplante Erhöhung der Steuerausplünderung und dafür eintreten, daß die Masse der Lohnabhängigen überhaupt nicht zur Finanzierung dieses Staates der Besitzenden herangezogen werden.

IST DIE KPÖ EINE ALTERNATIVE ?

Die KPÖ tritt gegen die Sozialpartnerschaft auf. Was für eine Politik soll demnach nach Meinung der KPÖ verfolgt werden ?

Ihre zentrale Forderung im Wahlkampf ist: Hebung der Massenkaufkraft, in erster Linie durch Lohnerhöhungen und Preisstop. Dann hätten die Arbeiter genügend Geld, um den Kapitalisten die "überschüssigen" Waren abzukaufen. Die Produktion käme wieder in Schwung, die Arbeitsplätze wären gesichert. Die Kapitalisten sollen ihre Profite schmälern, die Löhne erhöhen und die Preise nicht steigern, damit die Arbeiter die Waren, auf denen sie sitzengeblieben sind, kaufen.
Warum sagt die KPÖ nicht gleich, die Kapitalisten sollen ihre überschüssigen Waren verschenken? Das sind keine Vorschläge, wie die Lage des arbeitenden Volkes verbessert werden kann, und schon gar nicht wie die Krise und Arbeitslosigkeit überhaupt beseitigt werden kann. Die Lösung der zahlreichen Talfahrten der kapitalistischen Wirtschaft bestand immer in einer Vernichtung von geschaffenen Werten (sogar durch ungeheure Kriege) und einer Verdrängung vieler Kapitalisten zugunsten einer immer kleiner werdenden Anzahl großer Kapitalisten, für die dann wieder genug Platz auf den Märkten war. Das ist der Gang der kapitalistischen Wirtschaft.

Die KPÖ macht einen anderen Vorschlag zur Behebung der Krise als die anderen Parteien (allerdings einen, der kein Gehör finden wird), aber der Grundgedanke ist der gleiche: "die Wirtschaft muß wieder angekurbelt werden" (Neue Zeit, 5.8.) Der Motor dieser Wirtschaft ist der Profit und deshalb ist der Karren in den Dreck gefahren. Für die "Ankurbelung" dieses Karrens soll sich die Arbeiterklasse einsetzen ?

Die KPÖ redet gegen die Sozialpartnerschaft, aber ihre Vorstellungen haben doch die Grundlage, daß es sowas wie Partnerschaft zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse wirklich geben könnte: die kapitalistische Wirtschaft soll wieder in Schwung kommen , dabei wird sich die Lage der Arbeiterklasse verbessern.
Weil die KPÖ das kapitalistische System in Ordnung bringen will, kann sie keine geeigneten Vorschläge machen, wie sich die Arbeiterklasse vor den unvermeidlichen Folgen der Krise schützen kann, kann sie auch keinen wirklichen Weg weisen, wie die Arbeiterklasse und das Volk diese ganzen Verhältnisse grundlegend überwinden können.

Für eine revolutionäre

Wir setzen uns im folgenden mit einigen Differenzen zu einer anderen revolutionären Organisation (VRA), die hauptsächlich in Wien aktiv ist, auseinander. Wir halten solche Auseinandersetzungen für den Zusammenschluß aller Kommunisten in Österreich für sehr wichtig. Es handelt sich um den Meinungskampf zu einer Frage, in der offensichtliche Differenzen vorliegen. Es gibt allerdings zur genannten Organisation eine Reihe anderer Differenzen, die wir in den nächsten Nummern der Zeitung aufgreifen werden: Insbesondere sind das die Haltung zur Gewerkschaft, zu einem demokratischen Kampfprogramm, bzw. über die Art des Herankommens an die Revolution überhaupt.

FÜR EINE REVOLUTIONÄRE TAKTIK DER ARBEITERKLASSE GEGENÜBER WAHLEN UND PARLAMENT

In der kommunistischen Bewegung in Österreich gibt es Meinungsverschiedenheiten bezüglich der richtigen Taktik bei den kommenden Wahlen. Ein Teil der Differenzen bezieht sich auf die Frage: Soll man wählen gehen, oder die Wahlen aktiv boykottieren? Genauer Ist es richtig, aufzurufen: Wählt ungültig durch die Aufschrift für die sozialistische Revolution! oder: Aufruf zum aktiven Wahlboykott!

GEGEN DIE AUSBEUTERORDNUNG

Wir versuchen bei den Wahlen zu aktivieren gegen das Ausbeutersystem, gegen das System, das die staatliche Ausplünderung der Massen verschärft, gegen das krisenanfällige System, das das Volk immer mehr belastet und schließlich gegen alle Parteien, die sich um die Regierung dieses volksfeindlichen Systems raufen, gegen die SP, VP, FP und KP. Soweit sind wir auch mit jenen, die zum Wahlboykott aufrufen noch einig: gegen die Ausbeuterordnung und gegen alle, die diese Ordnung verteidigen oder auch "verbessern" wollen.
Notwendig ist, den wirtschaftlichen und politischen Spielraum des Volkes gegenüber der herrschenden Klasse im Kampf zu vergrößern.
Notwendig ist, zielstrebig auf den Umsturz der Verhältnisse zugunsten des Volkes und unter Führung der Arbeiterklasse hinzuarbeiten.

DIE WAHLEN FÜR DIE ARBEITERKLASSE NUTZEN,

Nicht deswegen, weil mit Hilfe des Stimmzettels oder von Parlamentssitzen etwas zugunsten der Arbeiterklasse geändert werden kann - sondern deswegen, weil man auch Wahlen zu einer Kampfansage gegen die Ausbeuterordnung und die volksfeindlichen Verhältnisse benutzen kann, weil man auch (bei entsprechender Stärke) im Parlament und von der Tribüne des Parlaments den Klassenkampf fördern kann.

Aber ohne zu vergessen, daß der Klassenkampf, die Kräfteverhältnisse zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse entscheidend sind, und nicht die Kräfteverhältnisse zwischen Abgeordneten.

BÜRGERLICHE DEMOKRATIE-PARADIES FÜR DIE REICHEN...

Einig sind sich die Kommunisten (zu denen wir die KPÖ nicht mehr zählen) auch über die historische Rolle der bürgerlichen Demokratie, "die im Vergleich zum Mittelalter ein gewaltiger historischer Fortschritt ist. (Aber) die bürgerliche Demokratie bleibt stets - und im Kapitalismus kann es gar nicht anders sein - eng, beschränkt, falsch und verlogen, ein Paradies für die Reichen, eine Falle und Betrug für die Ausgebeuteten, für die Armen" (Lenin).

... FALLE UND BETRUG FÜR DIE ARMEN

Die Erfahrungen der Arbeiterklasse mit der bürgerlichen Demokratie und dem Parlamentarismus faßte schon Lenin, der große Führer und Theoretiker der Arbeiterklasse, zur Zeit der russischen Revolution zusammen. "Auf Schritt und Tritt stoßen die geknechteten Massen auch im demokratischen bürgerlichen Staat auf den schreienden Widerspruch zwischen der von der "Demokratie" der Kapitalisten verkündeten formalen Gleichheit und den tausenden tatsächlichen Begrenzungen und Manipulationen, durch die Proletarier zu Lohnsklaven gemacht werden."(Lenin)

Aus diesen Verhältnissen, daß die bürgerliche Demokratie etwas Verlogenes, Demokratie für die Reichen und Diktatur über die Volksmassen ist, und daß viele Menschen, besonders unter den Arbeitern, diesen wahren Charakter der bürgerlichen Demokratie erkennen, werden jetzt unterschiedliche Schlüsse gezogen.

DIE DIFFERENZEN ZUR "VEREINIGUNG REVOLUTIONÄRER ARBEITER" (VRA)

Wir sagen, diese Demokratie, so beschränkt und verlogen sie auch ist, müssen die fortschrittlichen Menschen so gut es geht ausnutzen, um den Klassenkampf, der außerhalb der Parlamente geführt wird, zu unterstützen, durch schonungs-

Konzentrationsregierung:

BESSERE ZUSAMMENARBEIT GEGEN DAS VOLK

Seit der Wahlkampf in Gang ist und verstärkt seit dem Antritt der neuen ÖVP-Führung ist bis zum Überdruß von "Zusammenarbeit" die Rede. Hin- und hergewälzt werden Kombinationen über die Zusammensetzung der Regierung.
Die ÖVP glaubt, daß die schwierige Situation, in die die kapitalistische Wirtschaft durch die Krise geraten ist, es erfordert, daß alle Parteien eine gemeinsame Regierung bilden. Wozu ? "In diesen schwierigen Zeiten" soll das Volk, das die Folgen der Krise immer stärker zu spüren bekommt, zum Stillhalten bewegt werden. Die ÖVP glaubt, daß das am besten gehen wird, wenn die bürgerlichen Parteien "intensiv" zusammenarbeiten.
Diese Zusammenarbeit soll es erleichtern, die Lasten der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen und die Steuerausplünderung des Volkes zu verschärfen.
Daß eine solche Zusammenarbeit nötig sei, darüber gibt es keine Differenzen unter den bürgerlichen Parteien. Die Differenzen bestehen nur in der Form der Zusammenarbeit.
SPÖ-Fischer bezeichnet die Zusammenarbeit als "politisches Prinzip", das es in Österreich immer gegeben habe und wies darauf hin, daß in den Jahren der SPÖ-Regierung 90 % der Gesetze mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschlossen wurden.
ÖVP-Busek hat auch eine Erklärung für diese Eintracht: "Ich muß sagen, auf der Basis dieses SP-Programms wäre eine Zusammenarbeit für die VP durchaus akzeptabel". Große Einmütigkeit hat es also immer gegeben - sie hat ihre Grundlage in ähnlichen bis gleichen Programmen.
Warum macht dann die ÖVP soviel Aufhebens um die Zusammenarbeit ? Weil es ihr um die Futtertröge, die der bürgerliche Staat für Parlamentarier und Parteien, die in der Regierung sind, bereithält, geht.

jk

Taktik der Arbeiterklasse

lose Enthüllungen, durch Kampfaufrufe , usw.
Die VRA sagt, die verlogene Quatschbude muß man boykottieren. Wir sagen, erst wenn es der Arbeiterklasse im revolutionären Kampf gelingt an Stelle des Parlaments eine wirkliche Arbeitervertretung zu setzen - also eine echte Volksvertretung zu setzen, reden wir von Boykott, und meinen dann auch, daß man diese Quatschbude auseinanderjagen muß (oder das Zusammentreten derselben verhindern muß).
Anders die VRA, sie ruft heute zum aktiven Boykott der "Schwindelwahlen" auf. Aber die Bedingungen sind heute für einen Boykott der Wahlen und des Parlaments überhaupt nicht reif. Die Genossen von der VRA wissen das zwar, aber sie begnügen sich mit der leeren Phrase, mit einem Protestboykott, der kein Boykott, keine Verhinderung der Wahlen oder des Parlaments ist. Schlagen sie andere Wahlen vor ? Nein, sie reden von Volksmacht, aber die Volksmacht kann nur durch die revolutionäre Gewalt des Volkes, also der Massen von Erniedrigten, Unterdrückten und Ausgebeuteten selbst geschaffen werden. Aber sind die Volksmassen heute schon in Bewegung ? Nein, sie sind erst dabei, da und dort in Bewegung zu kommen. Lenin faßt die Erfahrungen, der russischen Revolution zur Taktik des Boykotts eines reaktionären Parlaments folgendermaßen zusammen:

"Der Boykott ist eine direkte Kriegserklärung gegen die alte Macht, ein direkter Angriff auf sie. Ohne einen umfassenden revolutionären Aufschwung , ohne eine überall sozusagen über den Rand der alten Legalität schäumenden Erregung der Massen kann von einem Erfolg des Bykotts keine Rede sein."

Die Massen sind heute noch kaum in Bewegung. Obwohl sich ihre Lebenslage ständig verschlechtert, obwohl sie ausgebeutet und ausgeplündert werden, obwohl sie erniedrigt, unterdrückt und erpreßt werden. Und im Kapitalismus kann die Lage der Massen über einen längeren Zeitraum gar nicht anders sein. Den Massen zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen den richtigen Weg weisen, daß ist heute dringlicher denn je die Aufgabe der Kommunisten; dabei schadet aber jede Phrase, dabei nützen konkrete Vorschläge, die auch durchführbar sind, dabei nützen heute vor allem Vorschläge, die die bürgerliche Festung sturmreif machen.

DER UNTERDRÜCKUNGSMASCHINE AN DEN LEIB RÜCKEN...

Dabei ist es gut, der bürgerlichen Festung , der staatlichen Unterdrückungsmaschine, an den Leib zu rücken, anstatt aus der Ferne zu schreien "Weg mit der Unterdrückungsmaschine".

..UM SIE ZU ZERBRECHEN

Darum werden wir auch anstreben, volksverbundene Revolutionäre in die parlamentarische Unterdrückungsmaschine zu wählen, nicht heimlich oder untertänig, sondern offen und trotzig, die bürgerliche Demokratie ausnutzend, um sie, die doch nur Fassade vor der Diktatur der Bourgeoisie ist, zu zerstören, und eine wahre Demokratie aufzubauen, die eine Demokratie für die Ausgebeuteten und Unterdrückten ist, aber eine Diktatur gegenüber den Ausbeutern und Schmarotzern, denn anders werden die Volksmassen nicht zu ihrem Recht kommen.

Wenn wir aber wissen , daß wir morgen (bei den nächsten Wahlen) kandidieren werden, um auch auf diese Weise Vorarbeit zur Zerstörung des staatlichen Unterdrückungsapparates samt seinem Parlament zu leisten, um also übermorgen das Parlament auseinanderjagen zu können, dann sagen wir heute, schreibt auf den Stimmzettel: Für die sozialistische Revolution. Entscheidet euch auch in Zukunft nur für die Revolution und eine Organisation, die der sozialistischen Revolution ehrlich dient:
Heute durch die Aufschrift "Für die sozialistische Revolution" !
Morgen durch die Unterstützung einer revolutionären Partei, die die Wahlen nicht ungenutzt verstreichen lassen wird !
Und übermorgen durch die Revolution !

rst

ÖVP-Hödl ein Bauarbeiter?

"Für ihr besseres Linz: Lastenstrasse glattgemacht - von Vizebürgermeister Dr. C. Hödl". So preist sich die Linzer ÖVP in Plakatform an. Es gehört schon eine grosse Portion freche Überheblichkeit dazu, solche Behauptungen aufzustellen, denn weder hat Hödl den Asphalt aus seiner Tasche bezahlt noch hat er Hand angelegt bei der Asphaltierung; also weder Wohltäter noch Bauarbeiter. Hat erst das Volk die Macht und wird den Volksvertretern nur Facharbeiterlohn bezahlt, dann werden ihnen Entscheidungen im Interesse des Volkes ein natürliches Anliegen sein. Denn Volksvertreter, die wie C. Hödl gewöhnlich volksfeindliche Entscheidungen treffen, werden zurückgeschickt in die Produktion. so könnte sich ÖVP-Hödls jetziges Wunschdenken doch noch bewahrheiten; indem er tatsächlich Strassen "glattmacht", allerdings statt als Verkehrsreferent - als Bauarbeiter!

F.

Leserbrief : KPÖ-keine Alternative

Auf ihren Plakaten zu den Nationalratswahlen schreibt die KPÖ unter anderem: "Im Betrieb, in der Gemeinde und im Parlament, auf die Kommunisten ist Verlaß".
Frage: Was sagt und vor allem was macht die KPÖ gegen das geplante Kernkraftwerk in St. Pantaleon/Stein ? Es ist doch im Interesse der Arbeiter und des Volkes, daß es nicht gebaut wird !
-- Wie tritt die KPÖ konkret den Angriffen der Kapitalisten und ihrem Staat entgegen ? Rationalisierung, Arbeitslosigkeit, Akkordverschärfungen, Überstundenschinderei, Mehrwertsteuererhöhung, Ausbau des Polizei- und Bundesheerapparates..... Außer, daß sie sagt, man müsse den Osthandel ausbauen oder den Profit der Unternehmer gesetzlich beschneiden, damit er für soziale Zwecke ausgegeben werden kann.
-- Wie rechtfertigt sie den Ein-

→

Mit dem Stimmzettel kann das Volk seine Interessen nicht durchsetzen

Bei den Wahlen soll die österreichische Bevölkerung für 4 Jahre ihre Vertreter wählen. Es werden Vertreter gewählt, aber das Volk hat nach den bestehenden Gesetzen keinerlei Möglichkeit, sie während der 4 Jahre zu beeinflussen, zu kontrollieren, sie abzuwählen, wenn sie nicht dem Willen des Volkes entsprechend handeln.
Das Volk soll alle paar Jahre zum Parlament, zum Landtag und den Gemeindevertretungen wählen, auf den anderen Ebenen der Staatsmacht, wo die wirklichen Entscheidungen fallen, ist das Volk völlig ausgeschlossen: hier steht der unwählbare Beamtenapparat, der dem Volk keine Rechenschaft schuldig sein soll, die unwählbaren "unabhängigen" Richter, die bewaffneten Einrichtungen - Polizei und Heer - , bei denen sich die Parteien einig sind, daß darüber nicht geredet wird, sondern daß sie kräftig aufgerüstet werden, das ganze Bildungssytem, in dem das Volk keinerlei Einfluß haben soll, was und wie gelehrt wird.

Das sind die entscheidenden Instrumente der Kapitalistenklasse zur Aufrechterhaltung und Verteidigung ihrer Herrschaft, die sich auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln gründet - und sie sind völlig der Bestimmung durch das Volk entzogen. Durch die Wahlen zum Parlament holt sich die Bourgeoisie die Zustimmung, 4 Jahre unter dem Deckmantel der "Demokratie" ungestört ihre Geschäfte zu führen.

Dem Volk das Recht abzusprechen, über die öffentlichen Angelegenheiten zu bestimmen und es darauf festzulegen, abzuwarten, bis wieder ins Parlament gewählt wird, ist das Sinnen und Trachten der bürgerlichen Parteien. Ein Lehrstück dafür gab Bundeskanzler Kreisky bei der Kernkraftwerks-Diskussion in der Linzer Sporthalle: Gegenüber der klaren Forderung, daß das Werk nicht gebaut werden dürfe und gegenüber der Entschlossenheit, das auch durchzusetzen, betonte er immer wieder, man solle zuwarten, es sei Sache des Parlaments, das zu entscheiden.

Dieses System des Parlamentarismus und die ganze Konstruktion des bürgerlichen Staatsapparates ist nicht dazu angetan, den Willen der Arbeiterklasse und des Volks zur Geltung zu bringen. Im Gegenteil - es verhilft den Interessen der Kapitalistenklasse zum Durchbruch und ist dazu angetan, das Volk aus der Politik auszuschließen.

WORUM GEHT ES ALSO BEI DEN WAHLEN ZUM PARLAMENT ?

Nicht im Vertrauen auf das bürgerliche Parlament, sondern nur im ständigen Kampf gegen den bürgerlichen Staat wird die Arbeiterklasse und das Volk ihren Interessen Geltung verschaffen können, nur wenn dieses System gestürzt wird, kann der Wille der Arbeiterklasse bestimmende Kraft in Staat und Gesellschaft werden.

Deswegen kann es bei den Wahlen auch nicht darum gehen, zumindest ein vermeintliches "kleineres Übel" zu wählen. Die bürgerlichen Parteien sind sich einig darin, daß sich die Arbeiterklasse den Interessen der Bourgeoisie unterordnen soll - hier noch ein kleineres Übel unter den Parteien der Bourgeoisie zu suchen, vernebelt bloß den Blick dafür, wie die Arbeiterklasse ihre Interessen durchsetzen kann.

Der Präsident der Industriellenvereinigung meinte Ende Juli auf der Dornbirner Messe, daß die gegenwärtige Krise nicht dadurch gelöst werden kann, indem man das System der sozialen Marktwirtschaft in Frage stelle. Aber die Frage läßt sich doch nur so beantworten, daß es gerade dieses System ist, das in die Krise geraten ist, mit all ihren Folgen für die Arbeiterklasse: Verschlechterung des Lebensniveaus, verstärkte Arbeitshetze, Arbeitslosigkeit.
Die Wahrheit ist, daß der Kapitalismus eine sinnvolle und geordnete Entwicklung der Gesellschaft nicht ermöglicht und die Zukunft des Volkes nicht sichern kann. Mit der krisenhaften Entwicklung, die der Kapitalismus immer wieder durchmacht, wird erst Schluß sein, wenn die Arbeiterklasse das kapitalistische System gestürzt, das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und mit dem Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft begonnen hat.
Deshalb muß sich die Arbeiterklasse im tagtäglichen Kampf gegen die Folgen der Krise orientieren am revolutionären Ausweg aus Krise und Kapitalismus und dafür Kräfte sammeln.
Für den Kampf um ihre Interessen kann die Arbeiterklasse keine der bürgerlichen Parteien brauchen, sondern sie braucht eine eigene politische Kampforganisation, eine kommunistische Partei, die wieder geschaffen werden muß.

Den bürgerlichen Parteien und ihrer Politik muß sich die Arbeiterklasse deutlich entgegenstellen und für die sozialistische Revolution eintreten - diese Haltung soll auch bei den Wahlen zum Ausdruck kommen.

jk

Fortsetzung KPÖ-Leserbrief

marsch der russischen Truppen in Prag 1968 ?
-- Wie rechtfertigt sie die riesigen Truppenkonzentrationen in Osteuropa ?
Das alles sind Fragen, die sich mir aufdrängen. Ich bin für die sozialistische Revolution. Aber alles das scheint mir nicht mehr das Ziel der KPÖ zu sein. Sie stellt sich auf die Seite der kapitalistischen Wirtschaft und will ihr aus der Krise helfen, wo das doch nicht unsere Angelegenheit sein kann, daß wir die Wirtschaftsordnung stützen, die uns täglich ausbeutet und uns ins Elend stürzt.

Kollege aus den Steyrerwerken.

Der III. Weltkrieg kann

Im September erscheint eine Broschüre zur Frage der Kriegsgefahr, die von den KB-s in Graz, Linz, Salzburg/Hallein, Tirol, Wien und der KG Klagenfurt beschlossen wurde. In dieser Broschüre wird die Lage in der Welt analysiert und gezeigt, daß die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, die beiden größten Kriegstreiber in der Welt sind. Trotz aller Abrüstungs- und Entspannungsduselei rüsten sie wie die Wahnsinnigen und konzentrieren immer mehr Truppen in Europa, das den Schwerpunkt ihres Ringens um die Weltherrschaft darstellt. Die Broschüre geht auch auf den Zusammenhang zwischen

Der amtliche Preisindex ist kein Gradmesser der Lebenshaltungskosten

Jedes Monat wird vom statistischen Zentralamt die Teuerung mithilfe des "Verbraucherpreisindex" (VPI) berechnet. Der VPI ist eine der entscheidenden Zahlen, die direkt den gewerkschaftlichen Lohnforderungen bei Tarifverhandlungen zugrunde liegen. In der gegenwärtigen Krise geht es für die Arbeiterklasse darum, im Lohnkampf das Lebensniveau zu verteidigen. Soweit das Lebensniveau bestimmt wird durch die Gütermenge, die mit dem Lohn gekauft werden kann, kommt der Messung der Preisentwicklung dieser Gütermenge für Aussagen über das Lebensniveau grosse Bedeutung zu. Der VPI soll nun nach Ansicht der Leute, die mit ihm hantieren, tatsächlich diese Aufgabe leisten. Aus folgenden Gründen darf man jedoch dieser Zahl nicht trauen, sie mißt nämlich alles andere als die tatsächliche Entwicklung der Lebenshaltungskosten der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte:

"Jetzt müßt ihr eben den Gürtel enger schnallen, meine Herren, wir können leider nicht mit unseren bäuchen, wir brauchen Hosenträger!"

DER ARBEITERHAUSHALT IST KEIN DURCHSCHNITT ZWISCHEN ARM UND REICH!

Der VPI manipuliert die wahren Preissteigerungen für einen Arbeiterhaushalt auf zweierlei Grundarten: auf eine sozusagen automatische, die schon bei der Wahl des maßgebenden Güterkorbes im Basisjahr 1966 festliegt und auf eine bewußte, jedesmal dann nämlich, wenn die Preise für die im Index enthaltenen Warenpositionen erhoben werden.

Automatisch gibt der PVI die Preissteigerungen deshalb zu gering an, weil er die Preissteigerung des Konsums eines Durchschnittshaushalts angibt. Angenommen wird aber ein Durchschnitt zwischen reichen und armen Haushalten, die ausschließlich in den österreichischen Großstädten leben, also beispielsweise der Durchschnitt zwischen den Verbrauchsgewohnheiten einer Fabrikanten-, Beamten-, Arbeiterfamilie und eines Pensionisten.

Die lebensnotwendigsten Güter (wie Nahrungsmittel, Wohnung, aber auch verschiedene unausweichliche Dienstleistungen und Gebühren), deren Preise in den letzten zehn Jahren viel stärker gestiegen sind als die der weniger lebensnotwendigen, müssen in den "einkommensschwachen" Haushalten in Wirklichkeit in weitaus größerem Anteil konsumiert werden als dies im Durchschnittsindex angenommen wird - da bekanntlich bei "einkommensstärkeren" Haushalten diese Güter nur einen geringen Teil ihres Budgets ausmachen und sie den restlichen Teil gut und gern für industrielle Waren des "gehobenen Bedarfs" ausgeben, deren Preissteigerungen relativ viel geringer waren.

Durchschnittliche Teuerung im Jahr 1974:	Tatsächliche Steigerung der monatlichen Lebenshaltungskosten:
9 - 10 %	1800 S (nach Berechnungen des Statistischen Zentralamtes)

Erst bei einem Monatseinkommen von 18.000 S stimmt also der Preisindex mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten überein.

Schon bei der Erstellung des Warenkorbes ging man von völlig (auch für die damalige Zeit schon) weltfremden Verbrauchsgewohnheiten aus. Manche der besonders hinterhältigen Preiserhöhungen können gar nicht aufscheinen, weil es im Index dafür keine Position gibt (wie versch. Gebühren).
So gibt z.B. der Index die Preissteigerung für folgenden höchst eigenartigen Haushalt an: er heizt vorwiegend mit Braunkohle, d.h. ist unabhängig von Heizölkosten oder von den eklatanten Betriebs-

⟶

nur durch die Revolution verhindert werden

Imperialismus und Krieg ein und zeigt, daß es Krieg geben wird, solange es Imperialismus gibt, und daß nur die Völker in ihrem Kampf um soziale Befreiung, daß nur die Revolution in einigen wichtigen Ländern der Welt, einen dritten Weltkrieg verhindern kann. Dabei wird auch auf die Situation und die Rolle der österreichischen Arbeiterklasse eingegangen. Darauf, daß die "Neutralität" Österreichs die österreichische Arbeiterklasse und das Volk nicht vor einem Krieg schützt, daß es vielmehr im Klassencharakter der österreichischen Monopolbourgeoisie liegt, das Volk an die Imperialisten zu verkaufen und daß deshalb jeder ein Feind der österreichischen Arbeiterklasse ist, der versucht, sie unter der Fahne der "Vaterlandsverteidigung" ins Lager der Bourgeoisie zu ziehen, vom Kampf um die sozialistische Revolution abzuhalten und damit vom einzigen erfolgversprechenden Weg im Kampf gegen die ständig wachsende Kriegsgefahr abzubringen. Abschließend werden die Aufgaben der Kommunisten und der Arbeiterklasse entwickelt, die erfüllt werden müssen, um die wachsende Kriegsgefahr abzuwenden.

Red.

kostensteigerungen, die von den öffentlichen Versorgungsunternehmen verhängt werden; seine Wohnungskosten bestehen ausschließlich aus einem zentral festgelegten Mietzins, er ist keinem privaten Mietwucher unterworfen, hat keine Instandhaltungskosten zu tragen, aus denen sich oft überraschende Nachzahlungen ergeben, ist in keiner Weise von den hohen Neubaukosten betroffen, hat also kein Einfamilienhaus gebaut oder muß nicht an einer Eigentumswohnung abzahlen, wie das für so viele österreichische Familien oft der einzige Ausweg aus der Misere des öffentlichen Wohnbaus ist. Diese Familie trägt hauptsächlich billige Nylonhemden und -Blusen und trinkt niemals ein Bier im Gasthaus (sondern nur in der Flasche zu Hause), läßt sich dieses Bier aber von einer Bedienerin servieren, deren "Preis" tatsächlich in den letzten Jahren kaum gestiegen sein dürfte. (Die Position "Bedienerin" ist nämlich im Index enthalten und repräsentiert eine Dienstleistung im Bereich "Reinigung"). So wirklichkeitsfremd ist dieser Warenkorb also zusammengebaut!

Der Index, dem ein solcher, konstanter Warenkorb zugrundeliegt, ist schon von vornherein zu niedrig und wird zusätzlich beim Übergang zu galoppierender Inflation ganz automatisch nach unten verzerrt: Wenn nämlich beispielsweise so ein ungeheurer Anschlag auf die Lebenshaltung eines ganzen Stadtviertels erfolgt - wie im vergangenen Winter z.B. die Betriebskostensteigerungen in Wien-Floridsdorf, wo die Gemeinde die Heizkosten bis zu 60 % erhöhte - oder wenn die unausweichliche Fahrt zum Arbeitsplatz plötzlich durch Tarifwucher und Benzinpreissteigerung drastisch erhöht wird, verschiebt sich automatisch der "Warenkorb" des Arbeiterhaushalts in Richtung der teurer gewordenen Posten. Dasselbe gilt für Brot und Kartoffeln, für die es eben keinen Ersatz gibt. Je mehr die Inflation die Realeinkommen drückt, desto mehr verschiebt sich die Gewichtung des wirklichen Warenkorbes in Richtung auf die teurer gewordenen, unentbehrlichen Güter. Dies geht aber an einem jahrelang gleichbleibendem Indexschema sowieso spurlos vorbei.

LAUFEND BEWUSSTE MANIPULATION.....

Die Indexberechnung bietet aber noch genügend Raum für bewußte Manipulation. Das ist auf dreierlei Arten möglich. Es ist z.B. möglich, Gebührensteigerungen bei den etwa 40 im Index enthaltenen zentral festgesetzten öffentlichen Gebühren "indexgerecht" zu steuern. Eklatantes Beispiel hierfür war die Aufschiebung der im Index enthaltenen Wiener Spitalsgebühren vom Frühjahr vorigen Jahres auf Herbst, um die offizielle 10 %-Inflationsmarke noch einmal zu unterlaufen - während im übrigen Österreich die Pflegesätze tatsächlich schon gestiegen waren. - Ähnlich der bekannt gewordene Versuch des Finanzministers, bei VW zu intervenieren, um den Preis des einzigen im Index enthaltenen PKWs (VW 1.300) einzufrieren.

.....AUCH DURCH QUALITÄTSMINDERUNG

Der Index kann weiters gut manipuliert werden (weil nicht so offensichtlich) durch sogenannte "Nutzwertbereinigungen". Viele der im Indexkorb enthaltenen Waren weisen Qualitätsänderungen während einer 10-jährigen Periode auf, andere laufen überhaupt aus. Auf der Suche nach einem "gleichwertigen" Ersatz müssen oft mindere Qualitäten das alte Gut im Index vertreten.

Bei einer durchschnittlichen Preissteigerung von 7 - 8 % (im Jahr 1973) steigen die wichtigsten Sachen des täglichen Lebens zum Beispiel:

Kartoffeln	22,3 %
Fleisch	9,4 %
Geflügel	11,6 %
Gemüse	12,7 %
Strom	16,3%
Wohnung	13,5 %
Wohnungsinstandhaltung	22,5 %

Jeder weiß, wie heruntergekommen gerade in der letzten Zeit die Qualität vieler Konsumgüter des täglichen Bedarfs ist (z.B. Textilien, Schuhe, aber auch Wurst). Nehmen wir z.B. bei Schuhen den Ersatz von höherwertigem Material (Leder) durch minderwertige Synthetics. Die Warendefinition des Index verlangt aber etwa bloß "Damenschuhe mittlerer Qualität". Wenn aber die Masse der Schuhe (die in der Masse gekauft werden) schlechte Kunststoffsohlen hat, ist dies eben die mittlere Qualität, während Lederschuhe womöglich unerschwinglich geworden sind. Im Index aber scheint nur die (weitaus geringere) Teuerung eines weitaus minderwertigeren Gutes auf. Die Teuerung müßte daher um die Produktverschlechterung nach oben korrigiert werden. Wer kontrolliert das schon? - Bekannt ist jedenfalls nur, daß die Indexberechner Preissteigerungen nach unten korrigiert haben - bei angeblichen Qualitätssteigerungen (wie etwa beim Ersatz von Stadtgas durch Erdgas).

Eine offensichtliche Manipulationsmöglichkeit liegt letztlich noch in der Preiserhebung selbst. So wird etwa nur in den 10 größten Städten Österreichs an ständig gleichen Geschäften, am ständig gleichen Stichtag erhoben. Die Preise in den Städten, in wenigen Geschäften an "bestimmten" Tagen sind aber nicht die tatsächlichen Preise (etwa die tatsächlichen Einkaufskosten für eine Familie, die aus dem Mühlviertel einen halben Tag mit dem Auto nach Linz zum Supermarkt unterwegs ist).

Bei der Erhebung planen übrigens die Indexberechner, von der Wirtschaft angeregt und von ÖGB-Spezialisten (etwa Thomas Lachs in "Arbeit & Wirtschaft", 6/73) unterstützt, einen besonders verheißungsvollen Trick: Sie wollen Sonderangebote, die besonders leicht an Stichtagen herzurichten sind, in den Index aufnehmen, wobei klar ist, daß es sich bei "Sonder"-angeboten weder im Preis noch in der Qualität um den zu erhebenden Durchschnitt handelt. Es wird also alles in allem immer notwendiger den Preisindex als etwas zu betrachten, das bestenfalls die Geschwindigkeit der a l l g e m e i n e n Teuerung angibt, bei der Frage nach den tatsächlichen Lebenshaltungskosten sich aber an das zu halten, was wirklich in Schillingbeträgen von der Teuerung weggefressen wird.

W.H.

Lohnkampf...

Fortsetzung von Seite 1

zen Branche gewinnt angesichts der schwierigeren Kampfbedingungen im einzelnen Betrieb an Bedeutung.

EIN AUFSCHUB DER VERHANDLUNGEN IST UNTRAGBAR

Der derzeit gültige Kollektivvertrag für die Metall- und Bergarbeiter läuft am 31. Dezember nach 14 Monaten Laufzeit ab. Die Verhandlungen über einen neuen Vertrag sollten in den kommenden Wochen beginnen. Von Unternehmerseite wird aber bereits verlangt, neue Abschlüsse um 3 bis 6 Monate hinauszuschieben. Damit wollen sie einerseits Kosten für Lohnerhöhungen und andere Verbesserungen sparen, andererseits die sich absehbar, insbesondere aber nach den Nationalratswahlen verschlechternde Situation auf dem Arbeitsmarkt ausnützen, um noch stärker auf die Forderungen der Arbeiterschaft drücken zu können. Für die Metallarbeiter ist aber eine Verschiebung nicht tragbar! Schon jetzt zeigt sich, daß lange Laufzeiten von 12, 14 oder gar 15 Monaten nur im Interesse der Kapitalisten liegen. Für die Arbeiter wird dabei der Nachholbedarf angesichts der galoppierenden Inflation so groß, daß es schwierig wird, Lohnerhöhungen in einem Ausmaß durchzusetzen, das den Lohnverlust abgilt. Die Gewerkschaft muß deshalb allen Versuchen, die Verhandlungen aufzuschieben und zu verschleppen entschieden entgegentreten. Sie muß Kurs auf kürzere Laufzeiten der Kollektivverträge nehmen.

DIE ENTWICKLUNG SEIT DEM LETZTEN KV-ABSCHLUSS

Der letzte Kollektivvertrags-Abschluß (KV-Abschluß), der mit 1.11.74 in Kraft getreten ist, hat eine Brutto-Erhöhung der Ist-Löhne um 12,5 % gebracht. Die Teuerungsrate lag zu diesem Zeitpunkt nach dem amtlichen Index bei 1o %. Tatsächlich liegt der Geldwertverlust bei den Ausgaben eines durchschnittlichen Arbeiterhaushalts aber weit höher als der Schwindel-Index angibt (siehe auch Artikel zur Indexmanipulation, Seite 7). Aber selbst, wenn man den amtlichen Index von 10 % aus dem Zeitraum des Abschlusses nimmt und die Lohnerhöhungen ebenfalls auf 12 Monate umrechnet, stehen 10 % Inflation gegen 10.7 % Brutto-Lohnerhöhung. Netto gerechnet brachte also bereits der letzte Abschluß einen Reallohn-Abbau von ein paar Prozent.

In den Monaten seither ist der Schwindelindex der Geldentwertung nur geringfügig auf 8 bis 9 % abgesunken. Die Löhne sind weiter abgebaut worden. Mehr noch als die Inflation haben jedoch andere Folgen der kapitalistischen Krise die Ausgangsposition der Metaller schwieriger gemacht: LOHNKÜRZUNGEN, KURZARBEIT UND ZWANGSURLAUB, ENTLASSUNGEN.
Statt Unterordnung unter die "wirtschaftlichen Gegebenheiten", sprich Profitinteressen, kann den Arbeitern nur eine solche Politik ihr Lebensniveau und ihre Kräfte erhalten, die ausschließlich und in allen Fragen des KV vom Arbeiterstandpunkt ausgeht:

AUSREICHENDE ERHÖHUNG DER IST-LÖHNE

Bei den Ist-Löhnen gilt vor allem: keiner darf aus den Lohnverhandlungen mit weniger herauskommen, als die Lebenshaltung sich in den 14 Monaten seit dem letzten Abschluß verteuert hat.
Dabei dürfen wir uns nicht mit dem amtlichen Index an der Nase herumführen lassen, sondern müssen uns auf den durchschnittlichen Betrag einigen, um den das Leben für einen Arbeiterhaushalt tatsächlich teurer geworden ist. Einkalkulieren müssen wir ferner auch, daß viele Kollegen nach dem sehr kurzfristig wirksamen "Zuckerl" der Lohnsteuerreform 75 mit diesem Abschluß wieder einer verschärften Lohnsteuerprogression unterliegen.
Schließlich müssen wir auch den gesteigerten Verschleiß unserer Arbeitskraft durch die verschärfte Antreiberei in Rechnung stellen. Bei dem Tempo werden viele Kollegen bedeutend früher am jetzigen Arbeitsplatz nicht mehr mitkommen und auf schlechtere versetzt oder überhaupt in die Frührente geschickt werden. Soweit solche Verschlechterungen nicht direkt abgewehrt werden können, müssen sie zumindest im Lohn abgegolten werden.

...IN SCHILLING UND GROSCHEN FÜR ALLE GLEICH

Im Interesse der Kapitalisten ist es, die Arbeiter sehr verschieden zu bezahlen, dieser Spaltertrick ist so alt wie der Kapitalismus selbst. Dem arbeiten aber gerade die Prozent-Abschlüsse in die Hände. So bringt ein 10 % Abschluß den Kollegen mit S 4.000 S 400,- mit S 6.000 S 600,- und mit S 8.000 S 8oo. Nicht nur, daß so für die unteren Lohngruppen fast nichts mehr herausschaut, hingegen die Spitzenverdiener noch weiter davonziehen. Auch läßt sich hinter solchen Forderungen keine geschlossene Front bilden, weil sie für jede Lohngruppe etwas anderes bedeuten.
Von der Verteuerung der wichtigsten Konsumgüter sind aber die Arbeiterhaushalte im wesentlichen gleich betroffen. Der Betrag, der zur Verteidigung des Reallohns ausreicht, läßt sich also am besten auch in Schilling und Groschen für alle gleich diskutieren und als Forderung beschließen.

ANHEBUNG DER KOLLEKTIVVERTRAGLICHEN MINDESTLÖHNE AUF DAS ERREICHTE IST-LOHNNIVEAU

Die KV-Löhne bekommen in der heutigen Situation immer größere Bedeutung. Sie sind in den letzten Jahren immer stärker hinter den →

Intercont kürzt Ist-Lohn

Bei der Ico-Linz waren während der Hochkonjunktur beinahe sämtliche Angestellten mit S 500 bis S 1.500 über den KV überzahlt.

Diese "hohen" Lohnkosten wurden jetzt auf einfache Art gekürzt - durch Nichtbezahlung des Binalsprungs. Es gibt durchschnittlich jedes zweite Dienstjahr eine "Binalsprung" genannte Lohnerhöhung von S 200 bis S 500 brutto. (lt. KV) Die Nichtbezahlung dieser Vorrükkung führt durch die Inflation und die unzureichenden Kollektivabschlüsse zu Lohnkürzung. Daher kann es für die kommenden Kollektivvertragsverhandlungen nur heissen: Festlegung eines Fixbetrages von S 1.000,- brutto für alle.

H.

Ist-Löhnen, die in den Gebieten ohne Arbeitskräfte-Überschuß bezahlt werden mußten, zurückgeblieben. Bittere Erfahrungen mit dieser Tatsache haben bereits die Bauarbeiter gemacht, deren Überzahlung kräftig in Richtung Mindestlohn zusammengekürzt wurde. Bei Schrack-Meidlung wurden Arbeitskräfte abgebaut, während der Unternehmer im Waldviertel Werke aufbaute, weil er dort zum wesentlich niedrigeren KV-Lohn Leute einstellen konnte. Die KV-Löhne sind gesetzlich stärker abgesichert und schwer zu untergehen, die Ist-Löhne können leichter gedrückt werden. Vor allem heute, wo genug Arbeitskräfte auch zum Mindestlohn zu haben sind. Das zeigt, daß es eine Notwendigkeit ist, daß die Mindestlöhne auf das erreichte Ist-Lohn-Niveau angehoben werden.

Auch bei den Mindestlöhnen haben sich in den letzten Jahren die Abstände zwischen den Lohngruppen vergrößert, zwischen LG 10 und LG 1 sind um die S 20,- pro Stunde Unterschied. Auch hier müssen deshalb einheitliche Forderungen in Schilling durchgesetzt werden.

DIE LEHRLINGSENTSCHÄDIGUNG MUSS EXISTENZLOHN WERDEN

Vor allem in Kleinbetrieben werden die kollektivvertraglichen Lehrlingsentschädigungen kaum überzahlt. Sie betragen derzeit im ersten Lehrjahr S 300,- im zweiten S 420, im dritten Lehrjahr S 520,- und im 4. Lehrjahr 700.-.
Das sind Beträge, die sich keinesfalls in einer Höhe bewegen, daß sich die Jugendlichen selbst erhalten können.
Das hat sich immer schon schädlich ausgewirkt. Nicht nur, daß die Eltern für den Unterhalt ihrer Kinder bis zum 18., 19. Lebensjahr einen entscheidenden Beitrag leisten müssen.

Die niedrige Lehrlingsentschädigung ist seit jeher ein entscheidender Grund dafür, daß viele Arbeiterjugendliche keinen Beruf lernen können, weil sich die Eltern deren Unterhalt nicht leisten können. Viele Jugendliche sind so ohne entsprechende Berufsausbildung zum Eintritt in die Fabrik als Hilfsarbeiter gezwungen. Beide schädlichen Auswirkungen verstärken sich in der heutigen Situation durch den Konkurrenzkampf der Kapitalisten, bzw. den sinkenden Lebensstandard der Arbeiterschaft.
Es wäre ein entscheidender Fortschritt, wenn für die Lehrlinge nicht länger gesondert niedrige Erhöhungen abgeschlossen würden, sondern in demselben Ausmaß wie die einheitliche Schillingforderung für die erwachsenen Kollegen. Das würde die Jugend in den Betrieben in der Lohnfrage fest mit der Belegschaft zusammenschließen.

DIE LOHGRUPPEN 6,9,10 MÜSSEN WEG !



„Wieso gleicher Lohn? Der Mann hat doch viel größere Hände!"

In unserem Kollektivvertrag finden sich Lohngruppen, deren einziger Zweck in der Niederhaltung der Löhne bestimmter Arbeitergruppen besteht. Das hat für die gesamte Arbeiterschaft zur Folge, daß diese Gruppen als Lohndrücker eingesetzt werden können, indem sie für gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden.
Die Lohngruppen 9 und 10 sind die niedrigst bezahlten Lohngruppen unseres KV. Die einzige Begründung für die niedrige Bezahlung besteht darin, daß es sich um Jugendliche handelt. Die Arbeit eines 17, 18-jährigen Mädchens am Fließband in der Elektroindustrie unterscheidet sich durch nichts von der ihrer Kolleginnen. Ihre niedrigere Bezahlung wird höchstens z.B. im Einzelakkord dazu führen, daß sie duch vermehrte Anstrengung die Handhabe zur Erhöhung der Normen für alle Kolleginnen liefert. Daran haben nur die Kapitalisten Interesse.
Die Lohngruppe 6 dient zur Niedrighaltung der Frauenlöhne. Seit die eigene Frauenlohngruppe, um den Schein zu wahren, abgeschafft wurde, werden eben die angelernten Frauen in diese Gruppe eingestuft (nach einer Untersuchung des Bundeskanzleramtes sind 2/3 der Frauen in unserer Branche in dieser Lohngruppe). 2/3 der Männer, die Anlerntätigkeiten verrichten, befinden sich in LG 4. Selbst eine Gewerkschaftsfunktionärin hat die Lohngruppe 6 als "illegale Frauenlohngruppe" bezeichnet. Auch diese Lohngruppe gehört weg

MINDESTURLAUB AUF 4 WOCHEN

In unserem KV ist der Urlaubsanspruch bei einer Dienstzeit von weniger als 10 Jahren mit 3 Wochen festgelegt. Der bevorstehende 8. Gewerkschaftstag wird die Forderung nach 4 Wochen Urlaub beschließen. Das war längst notwendig. Die Unternehmer beabsichtigen aber, die Verwirklichung noch weiter hinauszuschieben und diesen Absichten wird die Gewerschaftsführung nicht entgegentreten. Die zunehmende körperliche und nervliche Belastung durch die Arbeit, durch Überstunden, Akkord- und Schichtarbeit, macht aber die sofortige Durchsetzung dieser Forderung zu einer wichtigen Frage für die Gesundheit und Erhaltung der Arbeitskraft der Arbeiter.

Die KV-Verhandlungen für die Metallindustrie sind eine der ersten Gelegenheiten nach dem Gewerkschaftstag, wo sich zeigen wird, ob sich der Wille der Mitglieder zur sofortigen Verankerung der Urlaubsforderungen durchsetzen kann.

FESTLEGUNGEN FÜR KURZARBEIT UND ZWANGSURLAUB MÜSSEN IN DEN KOLLEKTIVVERTRAG

Außer, daß auch bei Kurzarbeit das Urlaubsentgelt nach der Normalarbeitszeit berechnet werden muß, gibt es in unserem KV keine Bestimmungen über solche unternehmerische Zwangsmaßnahmen. Es wäre gerade angesichts der heutigen Situation eine entscheidende Verbesserung der Position der Belegschaften, wenn im KV Bestimmungen durchgesetzt würden, die den Kapitalisten die Ausnützung von Kurzarbeit und Zwangsurlaub zur Steigerung der Arbeitshetze und zum Wegrationalisieren von Arbeitskräften erschweren.

Solche Bestimmungen müßten sein:

+ Voller Lohn bei Kurzarbeit
+ während in einem Betrieb kurzgearbeitet wird, dürfen keine Überstunden gemacht werden, sowie keine Arbeiten im Akkord und Prämienlohn vergeben werden.

Für Zwangsurlaub müßte festgelegt werden, daß sie bei voller Bezahlung und zusätzlich zum normalen Erholungsurlaub für die gesamte Belegschaft stattfinden müssen, um die von den Unternehmern geübte Praxis der Weiterarbeit von Abteilungen mit vermindertem Personalstand zu unterbinden.
Für Kurzarbeit und Zwangsurlaub muß voller Lohnausgleich gesichert werden.
Mit solchen Regelungen im KV wäre auch ein Schritt in Richtung der allgemeinen Beseitigung der spalterischen Antreibersysteme Akkord- und Prämienarbeit getan.

WEG MIT DER SPALTERISCHEN AUSLÄNDERKLAUSEL

Auch in unserem KV findet sich die Spalterklausel, die jetzt auch noch zum Gesetz erhoben worden ist: daß die ausländischen Kollegen zuerst zu entlassen sind, bevor ein Betrieb auf Kurzarbeit gehen darf oder österreichische Kollegen entlassen werden.
Viele Kollegen fallen noch immer auf die Argumente herein, die zur Rechtfertigung dieser Regelung erfunden worden sind. Die Tatsachen aber beweisen: wo immer die Firmenleitung ungestört die ausländischen Kollegen rausschmeißen konnte (mit Berufung auf den Vertrag mit der Gewerkschaft, oft mit Zustimmung der Betriebsräte), waren bald auch die Österreicher dran. Wo es keine Einigkeit unter den Arbeitern gibt, egal ob Ausländer oder Inländer, treffen letztlich jeden die Maßnahmen der Kapitalisten, und mit der Gegenwehr schaut es dann schlecht aus. Das ist in der Frage der Entlassungen genauso wie beim Lohn und bei den Arbeitsbedingungen.

Es ist eine Schande, wenn eine Gewerkschaft, die die Interessen aller Arbeiter organisiert vertreten soll, Verträge darüber abschließt, welche Sorte ihrer Mitglieder als erste kampflos den Druckmaßnahmen der Kapitalisten preisgegeben werden! Raus mit dieser Spalter-Klausel aus dem



Man braucht nur draufzudrücken - schon läuft die Wirtschaft wieder.

Kollektivvertrag! Klare Stellungnahme der Gewerkschaft gegen das Ausländergesetz, das frontal gegen die Arbeitereinheit gerichtet ist!

DIE ARBEITER MÜSSEN IHREN WILLEN ZUM AUSDRUCK BRINGEN

Für die Arbeiterhat sich durch die Entwicklung seit den maßvollen" KV-Abschlüssen gezeigt, daß jedes Nachgeben die Kapitalisten nur zu neuen Angriffen ermutigt, ja sie ihnen erleichtert: Ein Nachgeben beim Lohn von seiten der Arbeiter erleichtert es den Unternehmern, die Arbeiter zur Hinnahme von Verschärfungen beim Leistungslohn, Überstunden, usw. zu bringen.
Diese Entwicklung zu bremsen wird immer notwendiger.
Dazu ist Voraussetzung, daß in der Arbeiterschaft Einigkeit darüber erzielt wird, daß Nachgeben nichts nützt und daß die Bereitschaft zum Zusammenschluß hinter Forderungen gegen die Kapitalisten wächst. Nur der stärkere und entschlossenere Zusammenschluß der Gewerkschaftsmitglieder hinter klaren Beschlüssen in Betrieben und Ortsgruppen bietet auch die Möglichkeit, die Einheit für die Durchsetzung der eigenen Interessen aufzubauen.
Damit wird es den bürgerlichen Funktionären und Führern, die sich in unserer Gewerkschaft breitgemacht haben, schon schwer fallen, unsere Interessen bei den Verhandlungen mit den Kapitalisten kampflos zu opfern.
Vor allem werden damit die Voraussetzungen, selbst in einem solchen Fall noch die hergestellte Einheit zum erfolgreichen selbstständigen Kampf in den einzelnen Betrieben zu nützen, vergrößert.

P.K./Red.

Wir brauchen eine klassenbewußte Gewerkschaft

Beim Klassenkampf-Verkauf in der Frankstraße sagte ein Kollege: "Die Gewerkschaft brauchen alle Arbeiter. Es ist ganz egal wo, ob in Österreich, in Portugal, in Amerika oder sonst irgendwo. Die Gewerkschaft brauchen wir überall dort, wo die einen von der Arbeit der anderen leben. Ohne die Gewerkschaften könnten die Kapitalisten noch mehr umspringen mit uns, der Arbeiterschaft.
Bei unseren Gewerkschaften, da gibt es sowieso nur eins. Jeder, der noch nicht drinnen ist, muß Mitglied werden. Und dann, wann er drinnen ist, muß er sich auf die Füße stellen. Wenn uns unsere Vertreter und Funktionäre wegen der Sozialpartnerschaft bei jeder Verhandlung verkaufen und aufs nächste Mal vertrösten wollen, dann gibts nur: reden und nocheinmal reden mit den Kollegen, neue Vertreter wählen, die nur das tun, was *wir* wollen und brauchen. Schaun müssen wir, daß wir sie immer kontrollieren, bei dem was sie tun. Austreten aus der Gewerkschaft wäre der größte Blödsinn. Das wäre den Herren außerdem nur recht. Was wir tun müssen, das ist in der Gewerkschaft arbeiten, damit sie wieder zu dem wird, was sie einmal war. Nämlich einer Vertreterin der Arbeiterinteressen gegen die Kapitalisteninteressen. Mit der Niederlagentaktik der Gewerkschaftsbonzen müssen wir aufräumen. Wir dürfen uns nicht mehr einfangen lassen mit dem Schmäh: "Ja, dieses Mal ist es doch nicht ganz so gegangen, aber das nächste Mal, da wirds schon gehen." Drum arbeiten wir für eine Gewerkschaft, die uns Arbeiter wirklich zu unserem Recht, zu dem was wir brauchen verhilft."

Der Kollege ersuchte mich, über unser Gespräch in der Zeitung zu schreiben. Das hier Abgedruckte wäre das Wichtigste, was der Kollege selbst zur Gewerkschaft meinte.

H.B. Ein Kollege aus der "Stick"

ÖBB: Sozialleistungen werden abgebaut

	April 1973 bis März 1974	April 1974 bis März 1975	Bezugstermin April 1975 bis März 1976
KOKS	78.-	105.-	194.-
BRIKETT	59 -	70.-	109.-
STEINKOHLE	51.-	63.-	103.-

Das ist der Abbau der Sozialleistungen bei der ÖBB, denen unsere Gewerkschaft nichts entgegensetzt.
Der Kokspreis ist in den letzten 2 Jahren um fast 105 % gestiegen.
Frage: Wird das auch bei den laufenden Gehaltsverhandlungen berücksichtigt, die hinter geschlossenen Türen geführt werden? Unsere Vertreter sind nicht bereit, uns über Teilergebnisse zu informieren. Sie geben ausweichende Antworten wie z.B. ..."die Verhandlungen wurden unterbrochen."
Aber viele Kolleginnen und Kollegen sind empört über die hohen Kohlenpreise. Hat man früher die Eisenbahner bei Gehaltsforderungen damit beschwichtigt wie:"Ja, ihr habts ja eh billige Kohlen, Fahrpreisbegünstigung usw.", so kann man heute die Eisenbahner nicht mehr mit diesem Slogan am Schmäh halten.
Der Koks z.B. kostet bei uns S 194.- incl. MWSt. ohne Zustellung, die Bediensteten der Zuckerfabrik Enns bekommen den gleichen Koks um S 188.10 incl. MWSt. und Zustellung. So versucht man, eine soziale Leistung nach der anderen abzubauen.
Aber wir Eisenbahner sind nicht gewillt, uns das länger gefallen zu lassen. Das erste, was zu tun gilt, ist mit der Gewerkschaft ein ernstes Wort zu reden, damit dem Abbau Widerstand entgegengesetzt wird.

Aufbauzelle ÖBB

VÖEST- Leserbrief:

Nach den Wahlen Arbeitsplätze in Gefahr

Das pfeiffen schon die Spatzen von den Dächern, denn wenn sich jeder Voestler in seiner nächsten Umgebung ein wenig umsieht merkt er, daß es mit der Auftragslage nicht rosig aussieht. Personaleinsparungen in Form von Aufnahmesperre und Versetzungen innerhalb der einzelnen Betriebe haben verstärkt eingesetzt. Der Leistungsdruck auf die Arbeiter und Angestellten wird größer.
Hin und wieder sickert durch einzelne Betriebsräte durch, daß nach den Wahlen mit einem Personalabbau zu rechnen ist.
Mit Zahlen sind sie jedoch vorsichtig. Im Vergleich zu anderen Betrieben könnte man sicherlich mit 1 000 - 3 000 Härtefällen rechnen. Vorerst betrifft es wieder den Rest der Gastarbeiter, dann "Minderleister" und dergleichen, jeder soll durch die Angst um den Arbeitsplatz angetrieben und eingeschüchtert werden. Besonders in den steirischen Betrieben stockt es. So werden Aufträge bereits von LINZ in die Steiermark dirigiert, um so die Beschäftigung aufrecht halten zu können.
Im Linzer Werk wird es besonders die Walzwerke treffen. Hier wird so mancher Nebenerwerbsbauer seinen Arbeitsplatz verlieren. Wo bleibt die Demokratie - keine Diskussion. Das ganze wird möglichst vertuscht, damit es keinen Aufruhr gibt, den die Sozialisten besonders fürchten.
Es ist ganz still - hinter geschlossenen Türen werden die Vorbereitungen für das Entlassungsmanöver getroffen. Niemand will natürlich die Verantwortung für solche Maßnahmen tragen. Schuld ist sicherlich das westliche System, das immer wieder Massenarbeitslosigkeit hervorbringt.
Mancher frägt sich, wieso bei Aufträgen so knappe Herstellungs - und Liefertermine festgelegt werden ? Und das in einer Zeit wo wenig Aufträge vorhanden sind. Das bedeutet doch nur wieder Überstundenzwang und größere Arbeitshetze und macht einige Arbeiter schneller "überflüssig".
Für viele Großkapitalisten ist jetzt die günstigste Zeit, rasch und relativ billig, unter dem Deckmantel der Arbeitsplatzsicherung, zu günstigen Produktionsmitteln zu gelangen und vor allem die Löhne zu drücken. Ich kann durch "Ankurbelung der Wirtschaft" in Form von weiterer Überproduktion, Anregung zu mehr Konsum, mehr Energieverbrauch und weiterer Rationalisierung auf verschiedenen Gebieten keine endgültige Lösung der derzeitigen Weltwirtschaftskrise sehen.

R.O.

Kurzarbeit

Zwischen Oktober 1974 und Ende Juni dieses Jahres waren 41.605 Arbeiter zur Kurzarbeit gezwungen. Für nahezu 20.000 Arbeiter in 119 Betrieben dauerte die Kurzarbeitsperiode bis zu drei Monaten. Für etwa die gleiche Anzahl zog sie sich bis zu sechs Monate, und 1.000 Arbeiter bei Swarovski arbeiten bereits seit 7 Monaten kurz.

Den Kampf Arbeitshetze, Entlassungen

Alle Beispiele ringsum zeigen, daß die Arbeitsplätze immer unsicherer werden, daß es immer notwendiger wird, um die Erhaltung des Arbeitsplatzes selbst zu kämpfen.
Da Rationalisierungen und Verschärfung des Arbeitstempos zu einem wichtigen Mittel der Kapitalisten geworden sind, ihre Profite zu erhalten, rückt dieses Problem auch im Kampf gegen Entlassungen in den Vordergrund. Nutzen doch die Kapitalisten die verschärfte Arbeitshetze dazu, einen Teil der Belegschaft "freizusetzen". Gerade die großen Betriebe sind dank der staatlichen Konjunkturpolitik und der damit verbundenen Rationalisierungswelle eifrig dabei, ihre Wettbewerbsposition zu verbessern. Rationalisierung und Erhöhung des Arbeitstempos sind jedoch nur die Vorläufer künftigen Personalabbaus.

GEGEN DIE SPALTUNG DER ARBEITERKLASSE

Engel-Schwertberg

Auf die Rationalisierungswelle im Winter, gegen die sich die Arbeiter in einem heftigen Streik gewehrt hatten, folgten Entlassung und Kündigung von ca. 80 Arbeitern und Angestellten im Frühjahr. Im August folgte eine zweite Kündigungswelle, der 50 Arbeiter und Angestellte zum Opfer fielen. →

siehe auch

Funder – Kärnten

Im Rahmen weiterer Einschränkungen sollen im Werk St. Veit an der Glan 160 der 900 Beschäftigten gekündigt werden. Zur gleichen Zeit errichtet die gleiche Firma in den USA völlig neue Produktionsanlagen. Anscheinend haben die Funder-Kapitalisten dort eine lohnendere Anlage ihres Geldes entdeckt.

Viennaline Ebreichsdorf

130 von 180 Arbeitern eines Werkes wurden bereits gekündigt; in einem anderen Werk wurde "erst" die Hälfte entlassen. Baron Drasche, der Besitzer des Unternehmens, will jetzt in Brasilien versuchen, bei noch niedrigeren Lohnkosten noch mehr Profit zu scheffeln.

Metten Druck Wien

Die schon seit einiger Zeit in finanzielle Schwierigkeiten geratene Druckerei wird, wenn sich nicht in Kürze ein Geldgeber findet, im August den Konkurs anmelden müssen. Von der Gefahr der Kündigung sind etwa 200 Arbeiter und Angestellte bedroht. Für sie ist die Lage besonders ernst, da zur Zeit im ganzen Raum zuwenig einschlägige Stellen frei sind.

gegen Verschärfung der Rationalisierungen und vorbereiten

Bei der Herstellung der Einheit im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung zwischen den Teilen der Arbeiterklasse, die Arbeit haben und den Teilen, die arbeitslos sind, müssen die ersteren die Führung inne haben. Denn nur die Arbeiter in der Produktion haben jene Kampfmittel in der Hand, die die Kapitalisten schlagen können: sie können die Produktion zum Stillstand bringen, sie können streiken und damit die Kapitalisten am Lebensnerv treffen. Sie können das aber nur, wenn sie die Arbeitslosen auf ihrer Seite haben und wenn sie verhindern, daß die Kapitalistenklasse aus den Arbeitslosen ein Heer von Streikbrechern macht. Die Arbeiterklasse kann den Kampf gegen die Folgen der Krise nur führen, wenn sie durch die Arbeitslosigkeit nicht gespalten wird.
Daher die Forderungen:

- ein Arbeitslosengeld von mindestens 80 % des Nettolohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!
- Bezahlung der Beiträge für die Versicherung durch die Kapitalisten
- Die Arbeitslosenversicherung in die Selbstverwaltung der darin versicherten Lohnabhängigen!

Den Kapitalisten kommt es in der Krise darauf an, die Ausbeutung enorm zu verschärfen. Das ist die Hauptseite für die Arbeiterklasse. Die Krise verschärft andererseits auch die Konkurrenz unter den Arbeitern und diese können gegen die Folgen der Krise nur kämpfen, wenn sie die Konkurrenz unter sich einschränken. Deshalb müssen sie sich gemeinsam in den Gewerkschaften organisieren und mit den Gewerkschaften den Kampf um solche gesetzliche Regelungen führen, die die Konkurrenz einengen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, daß die Arbeiter im selbständigen Kampf um ihre Forderungen die Gewerkschaften dafür gewinnen, daß sie diese Forderungen aufnehmen und die Kraft der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dafür einsetzen.

Papierfabrik Arland Graz

Alle 450 Arbeiter der Papierfabrik Arland in Graz/Andritz sind auf Kurzarbeit gesetzt. Als Begründung wird die schlechte Auftragslage der Firma angegeben. Wie die Firmenleitung weiter bekannt gab, erwägt sie für den Fall, daß die "prekäre Lage" weiter anhält, die Kündigung von 100 Arbeitern.

Metallwerke Plansee Tirol

In nächster Zeit werden laut Mitteilung der Geschäftsleitung etwa 200 der 1700 Beschäftigten gekündigt. Um die Konkurrenz unter den Arbeitern noch mehr anzustacheln, hat die Geschäftsleitung bereits jetzt bekanntgegeben, daß sie bei der "Auswahl" der zu kündigenden Arbeiter deren "Arbeitsqualität berücksichtigen" werde.



Verschärfter Akkord ermöglichte zweite Kündigungswelle

Die Plastikspritzguß-Maschinenfabrik Engel in Schwertbert hat im August - nach einer ersten Kündigungswelle im Frühjahr und 3 Monaten Kurzarbeitsperiode im Frühsommer - neuerlich an die 50 Arbeiter und Angestellte gekündigt.
Jahre lang hat der Betrieb erweitert und aus den Arbeitern das letzte herausgeholt um die Profite des Engel-Schwiegersohnes Schwarz und Kompagnon zu steigern. Wie in vielen anderen kapitalistischen Betrieben ist dabei weit mehr produziert worden als auf dem Markt loszuschlagen ist. Jetzt sitzen die Kapitalisten auf ihren Lagern.
Aber Schwarz und Co wollen auch in einer solchen Überproduktionskrise, die die planlose Profitwirtschaft zwangsläufig immer wieder hervorbringt, auf keinen Schilling Profit verzichten. Ausbaden sollen die Misere deshalb allein die Arbeiter und kleinen Angestellten, die all die angehäuften Werte und Anlagen geschaffen haben.

SCHON BISHER LOHNABBAU UND KÜNDIGUNGEN

Bereits die Kurzarbeitsperiode hatte einen kräftigen Lohnverlust gebracht. Mit dem Freitag als zwangsweise arbeitsfreien Tag fiel auch ein Teil des Lohnes weg. Den vielen Kollegen, die nach jahrelanger Schufterei für den Engel-Profit vom blauen Brief überrascht wurden, folgten an die 50 Kollegen "freiwillig". Die wollten aus Angst, die Nächsten zu sein, jede sich noch bietende Verdienstmöglichkeit nützen, oft auch unter schlechtesten Bedingungen, z.B. langer Pendelstrecken bis nach Linz.

PROFITJAGD MIT DER AKKORDPEITSCHE

Die verbliebene Belegschaft hat die Härte der fortgesetzten Profitjagd von Schwarz und Co. gleich zu spüren bekommen. Zwar haben die Arbeiter mit dem Streik im Jänner den Einpeitscher Hahnl weggebracht, aber die Akkordkalkulanten, die er aus den Steyrer-Werken mitgebracht hatte, verrichten dieselben Antreiberdienste wie vorher für Schwarz. Sie nutzen es widlich, daß vielen Kollegen die Angst um den Arbeitsplatz im Nacken sitzt. Ein Kollege über den verschärften Akkord: "Da kannst nicht mehr schiffen gehen oder kurz verschnaufen, schon kommt der Kalkulant und schreit: Steh net rum, hast zuviel Zeit drauf". So werden laufend die Zeiten gedrückt, die für die Arbeit an einzelnen Werkstücken der Akkordberechnung zugrunde gelegt werden. →

Das Ergebnis: entweder der Kollege arbeitet so schnell weiter wie bisher, dann schaut beim Akkordlohn weniger heraus. Oder er ist, in den meisten Fällen, gezwungen seinen Lohn annähernd zu halten, dann muß er schneller arbeiten und verbraucht viel mehr Kraft und Nerven. Beides nützt dem Kapitalisten, der billiger produziert als zuvor. Beides schadet den Arbeitern, weil sie sich einschränken, und noch mehr abrackern müssen. In letzter Zeit mischt sich der Kapitalist Schwarz selbst immer Häufiger unter die Antreiber und schreit herum.

WENN EINER FÜR ZWEI ARBEITET WIRD DER ANDERE ÜBERFLÜSSIG

Was so auf der einen Seite mehr aus der Belegschaft herausgeschunden wird, macht auf der anderen Seite Arbeiter und kleine Angestellte entbehrlich. So konnte Schwarz im August auf weitere 50 Mitarbeiter "verzichten" und hat sie gekündigt. Gegen die verschärfte Arbeitshetze und weitere Kündigungen gibt es für die Engel-Belegschaft kein anderes Mittel als den geschlossenen Kampf.
Die Engel-Arbeiter haben im Jänner-Streik ihre Kraft gespürt, als der besonders frechen Antreiberei durch Hahnl ein Schlußpunkt gesetzt worden ist. Gerade das Vertrauen in diese Kraft gemeinsamen und selbständigen Handelns soll jetzt unterhöhlt werden durch das von der Betreibsleitung ausgestreute Lamentieren, daß der Streik vom Jänner an der jetzigen Misere Schuld sei. Auf dieselbe kampflose Kapitulation vor den Angriffen der Engel-Kapitalisten läuft jetzt auch die Orientierung einzelner Betriebsräte an der Sorge um den Engel-Profit, statt am Standpunkt der ganzen Belegschaft hinaus.

p.k.

ENGEL-KAPITALIST SCHWARZ GEHT GEGEN "KLASSENKAMPF"-VERKÄUFER VOR

Mitte August haben wir vor der Fa. Engel in Schwertberg die erste Nummer des "Klassenkampf" verkauft. Ein Genosse hat bei der Gelegenheit mit der Gitarre ein Lied über den beispielhaften Streik der Engel-Arbeiter im Jänner vorgetragen. Während Zeitungen, die abgezogenen Liedertexte und der Gesang zustimmende und interessierte Aufnahme bei vielen Kollegen fanden, paßte unser Auftreten der Betriebsleitung offensichtlich nicht in den Kram. Zuerst tauchte BRO Erlinger auf, um uns vom PLatz zu weisen, weil wir hier "Unruhe stiften". Wir hielten ihm unsere Auffassung entgegen, daß die "Unruhe im Betrieb" vom Engel-Kapitalisten Schwarz ausgeht, der die Folgen der kapitalistischen Krise mit verschärfter Arbeitshetze, Kurzarbeit und Kündigungen schonungslos auf die Arbeiter abwälzt, um seinen Profit zu halten.
Angestellten-BR Muhr wurde uns gegenüber merklich kleinlaut, als wir ihn daran erinnerten, daß er besser im Jänner beim Streik hier vor dem Betrieb den starken Mann gespielt hätte, als er mit windigen Argumenten zu rechtfertigen versuchte, warum sich die Angestellten dem Streik der Arbeiter-Kollegen nicht anschlossen.
Kurze Zeit darauf kam Schwarz selbst wütend aus dem Betrieb gelaufen. Er schrie die umstehenden Engel-Arbeiter an, sie sollten keine Zeitung und Flugblätter nehmen. Viele Kollegen waren aber keineswegs bereit, sich von ihrem Ausbeuter auch noch vorschreiben zu lassen, was sie lesen dürfen und was nicht. Sie ließen sich nicht einschüchtern und kauften weiterhin Zeitungen bzw. nahmen die Liedertexte. Auch der Genosse mit der Gitarre ließ sich keineswegs beim Singen stören. War das Lied doch die beste Antwort auf das Geschrei von Schwarz.
So beendete der Engel-Kapitalist seinen derart erfolglosen und kläglichen Auftritt, indem er vor Zorn über seine Ohnmacht unseren Plakatständer mit Inhaltsangabe der Zeitung auf die Straße warf. Der stand nämlich einen halben Meter weit neben dem Gehsteig auf "seinem" Privatparkplatz, wo ihm das bürgerliche Recht die Macht gibt, zu diktieren.
Wir haben auf dem Gehsteig weiterverkauft. Die Haltung der Engel-Kollegen hat uns dabei bestärkt, auch für die Zukunft.

p.k.



Puch Graz: Weitere Entlassungen

"Saisonal bedingt" und als "durchaus normal" bezeichnete die Werksleitung bisher die vereinzelten Entlassungen in den Sommermonaten. Am Freitag bekannten sie endlich Farbe: bis Ende August werden weitere 150 Mitarbeiter gekündigt. Nur allzu offen zeigt sich in Graz, wie die Kapitalisten die Lasten ihrer Krise auf die Arbeiterschaft abwälzen! Sobald sich der Profit schmälert, schränken sie die Produktion ein (bei Puch gleich um zwei Drittel) und schmeißen rücksichtslos die Arbeiter auf die Straße. Die profitableren Bereiche des Betriebes werden aus unseren Steuergeldern kräftig durchrationalisiert, bis es sich wieder "lohnt".
Und "lohnen" tut es sich sicher am meisten, wenn sie die Lohnkosten so niedrig wie nur möglich halten. So auch in Graz: 20% Lohnverlust für 1.000 Arbeiter auf Zwangsurlaub. Lohnverlust durch Versetzung im Betrieb bis zu drei Schilling. Ständiger Lohnverlust durch das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen - die Arbeit, die bisher für zwei Arbeiter zum Leben gereicht hat, reicht nur noch für einen. Die Arbeiter, eingeschüchtert von der drohenden Arbeitslosigkeit, werden angetrieben, immer schneller zu arbeiten, auf immer schneller werdenden Maschinen, so "rationell", bis wieder ein Arbeiter "überflüssig" geworden ist.
Und dann Entlassungen: 440 im Frühjahr, an die 200 in den Sommermonaten, und jetzt weitere 150. Im Werk munkelt man von 1.000 bis 2.000 bis zum Herbst. N.

Arbeitsplätze durch

Am 24. Juli wurde die Belegschaft der VMW-Ranshofen davon informiert, dass sich das Werk zu einem Drittel an der westdeutschen Reynoldshütte in Hamburg zu beteiligen gedenkt. Mit der Reynoldshütte hat es folgende Bewandtnis: Sie soll vom Hamburger Senat übernommen und an drei Grosskonzerne, nämlich die VMW-Ranshofen, den deutschen Leichtmetall-Konzern VAW und einen amerikanischen, verpachtet werden. Die Pächter brauchen für eventuelle Verluste nicht aufzukommen. Diese Bedingung findet die Konzernleitung der westdeutschen VAW zB. derart günstig, dass sie 600 Kollegen ihres Aluminiumwerkes in Hannover Anfang August auf die Strasse geworfen hat und den Rauswurf von weiteren 325 Kollegen im Werk Bonn und von 160 Kollegen

VÖEST:

Die Rationalisierer gehen um

Vorigen Monat war ich zufällig im Ingenieurbüro der HAM(+++) als irgend so ein Rationalisierer anrief:
"Wieviel Leute haben Sie?"
"Cirka 120."
"Gut , wir rechnen mit einer Produktionseinschränkung von 20 bis 30 %, also hauen sie mindestens 20 % ihrer Leute raus!"
Es ist mittlerweile ein offenes Geheimnis, daß die Rationalisierer nur auf die Wahlen am 5. Oktober warten, um nachher kräftig zuzuschlagen. Zur Zeit bereiten sie alles daraufhin vor. Bereits seit Monaten gibt es eine Aufnahmesperre, nur in speziellen Bereichen werden bestimmte Leute aufgenommen. Abgänge durch Pensionen und Todesfälle werden praktisch nicht mehr ersetzt, ausländische Kollegen werden still und heimlich reihenweise entlassen. Zum Teil werden Kollegen innerhalb des Werkes herumgeschoben, was meistens mit einem Lohnverlust verbunden ist.
Ein gewisser Magister M. behauptete kürzlich einem Kollegen von mir gegenüber, in der VÖEST seien mindestens 2000 Leute "überflüssig". Bei uns in der Bude sind wir uns einig: Wenn einer "überflüssig" ist, dann der liebe Magister M.

Die Reihenfolge bei solchen"planmäßigen" Entlassungen ist klar: zuerst die Gastarbeiter, dann die Jungen, die leichter Ersetzbaren, die weniger Erfahrenen, die "Aufmucker" usw... Die restlichen Kollegen sollen sich immer in der trügerischen Hoffnung wiegen, es wird schon irgendwelche andere treffen. Das Ganze wird mit der gegenwärtigen weltweiten Flaute begründet. Aber sind wir daran schuld? Sicher nicht, aber warum sollen dann wir das Schlamassel ausbaden?
Für uns ist klar: wenn jetzt weniger Aufträge sind, dann sollen so viele rausgeschmissen werden, daß der Rest mindestens soviel Arbeit machen muß, wie derzeit alle zusammen. Und wenn einmal wieder ein Aufschwung kommen sollte, dann werden diejenigen, die noch Arbeit haben, auch die zusätzliche Arbeit übernehmen müssen. So stellt es sich zumindest die Betriebsleitung vor. Vor allem werden die Chefitäten immer sagen: "Seid's doch froh, daß ihr überhaupt noch arbeiten dürft, draußen warten 10 für jeden Posten." Die werden jeden Arbeitslosen als Druckmittel gegen jeden noch Beschäftigten gebrauchen.
Bei uns in der HAW ++ wird bereits seit längerem kräftig rationalisiert. Früher hatte jeder Stoßofen einen Ersten und einen Zweiten, dann mußte ein Erster zwei Öfen übernehmen. Schließlich wurden zwei neue Öfen gebaut, die fast die doppelte Kapazität wie die vier alten haben, aber der Belegschaftsstand blieb der gleiche. Dabei hätte die Betriebsleitung am liebsten noch 2 Mann wegrationalisiert, wenn wir uns nicht gewehrt hätten!
Bei den Tieföfen sieht es ähnlich aus: Dort müssen auch schon zwei Kollegen auf je 2 Steuerständen fahren und wenn es nach der Betriebsleitung geht, dann werden früher oder später sicherlich noch weitere Stände zusammengelegt. Das würde bedeuten: halbe Belegschaft und als Trostpflaster: Drei lächerliche Schilling pro Stunde mehr
Früher gab es auch z.B. zweimal pro Jahr eine neue Kluft und an heißen Tagen Kaugummi und Zitrone. All das ist schon längst abgeschafft. Aber langsam ist unsere Geduld am Ende. Jetzt kommt es mehr denn je darauf an, daß alle zusammenhalten, daß wir den ganzen Spaltungs- und Einschüchterungsmanövern der Betriebsleitung unsere Einheit entgegenstellen, sonst sitzen wir immer am kürzeren Ende. Keine Rausschmisse, keine weiteren Zusammenlegungen, keine zusätzlichen Arbeiten, auch wenn sie uns mit ein paar Schillingen mehr ködern wollen! Das ist das Mindeste, worüber wir uns einigen müssen und was wir durchboxen müssen: über Unterschriftensammlungen, über die Vertrauensleute, über den Betriebsrat, über die Gewerkschaft, aber vor allem durch unsere Einigkeit!

Kollege aus der VÖEST

Beteiligung im Ausland bedroht

im Werk in Neumünster plant. Die VAW beabsichtigt den Teil des in der Reynoldshütte produzierten Aluminiums, der ihr zufallen wird, nicht in den eigenen Anlagen walzen zu lassen, sondern an das Reynolds-Walzwerk zu liefern, weil aus den dort arbeitenden Kollegen das Dreifache herausgeholt werden kann. Davon wurde der Belegschaft des Ranshofener Werks allerdings nichts gesagt, sondern gleichzeitig mit der Ankündigung der Beteiligung berichtete der Betriebsratsobmann Hellwagner von der SP von einem bevorstehenden "Massnahmenkatalog der Betriebsleitung" im Hinblick auf die "schwierige Absatzlage" des Betriebs.
Die wesentlichsten Punkte dieses Massnahmenkatalogs, den der Werksvorstand durchführen will, sind:

- Stillegung des Betriebs in Möllersdorf (NÖ)
- Stillegung veralteter Anlagen und Zusammenfassung von Abteilungen auf dem Sektor Buntmetall in den Werken Amstetten, Ranshofen und Berndorf selbst.
- Zurückstellung der geplanten Investitionen für die Kupferhütte Brixlegg in Tirol

Hellwagner erklärte zwar, dass es "in den nächsten zwei bis drei Monaten" zu keiner Kurzarbeit und auch zu keinen Abschaltungen in Ranshofen kommen werde, konnte damit aber das Misstrauen und die Beunruhigung unter den Kollegen nicht aus der Welt schaffen. Wenn der Vorstand Massnahmen, wie Stillegungen, Rationalisierungen und Investitionsstops im eigenen

„Mit ein bißchen Druck werden wir die Gewinne schon weiter nach oben drücken!"

Werk ins Auge fasst und gleichzeitig mit rund 150 Mill. Schilling in dem westdeutschen Konzern einsteigen will, dann riecht die ganze Sache stark nach günstigen Profitmöglichkeiten für die Kapitalisten im Ausland und nach steigendem Arbeitsdruck und Entlassungen für die eigenen Arbeiter.

M. Z.

Post steigert Arbeitshetze durch Personaleinsparung

Am 22. Mai verhängte die Bundespostdirektion in Wien eine Art Aufnahmesperre für die Postbetriebe in ganz Österreich. Neueinstellungen dürfen seit damals nur in Ausnahmefällen, mit zentraler Genehmigung und lediglich "zur unbedingten Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes" vorgenommen werden. Man könnte fast meinen, die Arbeit auf der Post würde immer weniger werden, doch dem ist nicht so: die zu befördnernden Briefsendungen/Inland stiegen vom Jahr 1973 auf 74 um 6,9 %; Pakete/Inland um 4,2 %, Zeitungen gar um 11 %; Fahrgäste im Postautodienst um 6,4 %; neue Telephonanschlüsse um 8,6 % und Telephon-Gebührenstunden um 10,9 %; Diese Zahlen sprechen doch eher für eine Erhöhung des Personalstandes, wenn die Arbeiter nicht eine Mehrarbeit auf sich nehmen sollten!
Doch die Bonzen in der Bundespostdirektion sind offensichtlich der Ansicht, daß die Postbediensteten bisher zuwenig für ihr Geld getan haben. Tatsache ist aber, daß die Arbeit im öffentlichen Dienst zu den schlechtest-bezahlten Arbeiten überhaupt zählt: ein Postler fängt mit 3.500 bis 3.800 Schilling netto an; nach 10 bis 15 Dienstjahren bekommt er vielleicht 5.000 bis 5.500 Schilling netto, was kaum zum Leben reicht. Durch diesen niedrigen Verdienst lassen sich die Arbeiter auch leichter Überstunden abpressen, was auf der Post auch reichlich ausgenutzt wird. In der Abteilung Paketumleitung kenne ich nicht wenige Arbeiter, die monatlich bis zu 60 Überstunden machen müssen, nur um sich das Notwendigste anschaffen zu können. Und durch die weitere Erhöhung der Arbeitshetze als Folge der Personaleinsparungsmaßnahmen soll aus den Arbeitern das Letztmögliche herausgeschunden werden. Und da diese ganze Arbeitshetze immer noch nicht zur Bewältigung der anfallenden Arbeit reicht, ließen sich die Linzer Postbürokraten auch noch was besonderes einfallen: In Linz gibt es auf der Post mindestens 50 Bedienstete, die teilweise fast ein Jahr lang monatlich eingestellt und wieder entlassen werden; unter der Bezeichnung "Urlaubsersatzkraft". Diesen Arbeitern entfällt der Anspruch auf Urlaub, Arbeitslosenunterstützung und teilweise Krankengeld und sie leben ständig in der Gefahr, arbeitslos zu werden.
Bezeichnend für die Zustände im Postbetrieb war auch die Antwort der Personalstelle auf eine Anfrage nach Aufhebung der Aufnahmesperre: "Die in Wien die rühren sich nicht. Die rühren sich so lange nicht, bis hier in Linz eine Rebellion ist; bis die Arbeiter einfach nicht mehr mitmachen."

Ein Linzer Postler●

Leserbrief

Auch bei den Urlaubsersatzkräften spart die Post

Mitte April suchte ich bei der Post für die Monate Juli-September um einen Posten als Urlaubsersatzkraft an. Am 25. Juni wurde mir in einem Schreiben mitgeteilt, daß ich von den ursprünglich von mir geplanten drei Monaten nur etwas über drei Wochen im August arbeiten könne. Auf Grund meiner finanziellen Situation war ich aber gezwungen, mehr als drei Wochen in den Ferien zu arbeiten. Deshalb ging ich auf das Arbeitsamt, um nach einer zusätzlichen Ferialarbeit zu fragen. Das Resultat war natürlich, daß man mir sagte, so kurz vor den Ferien bräuchte ich doch gar nicht zu kommen und es gäbe sowieso keine freien Stellen. Also suchte ich mir privat für Juli Arbeit und fand auch welche für 3 Wochen. Fast umgehauen hätte es mich aber, als ich dann Ende Juli von der Post verständigt wurde, daß ich nun auch jene 3 Wochen nicht arbeiten könnte, die mir bereits zugesagt waren. Daraufhin ist es mir nicht mehr gelungen ,für die Zeit der Ferien eine Ersatzarbeit zu finden. Das bedeutet eine schmerzliche Verschärfung meiner finanziellen Situation, da ich darauf angewiesen bin, während der Ferien zu arbeiten, weil meine Eltern keine Kapitalisten oder sonstige Großverdiener sondern Arbeiter sind. In der Zeitung habe ich daraufhin gelesen, daß ich nicht der einzige bin, dem kurz vor Arbeitsbeginn wieder abgesagt wurde.

B.R.
Student, Linz

Eumigs Werkzeugmacher lehnen Verschärfungen geschlossen ab

Die Eumig ist nicht eine jener Firmen, die bereits ohne Schuhe daherkommen. Im Gegenteil, dieses Jahr planen die Kapitalisten den Umsatz um 20% und noch mehr zu steigern. Deshalb versuchen sie aus den Arbeitern und Angestellten das Allerletzte herauszuholen. Für Herbst sind ganz entscheidende Verschärfungen des Arbeitstempos geplant. Im Werk Wien, Buchengasse , sollte im Werkzeugbau Schichtbetrieb, sowie ein akkordähnliches Lohnsystem eingeführt werden. Den meisten Kollegen war klar, daß damit die unmenschliche Rücksichtslosigkeit gegenüber der Gesundheit der Arbeiter sich verschlimmern wird. Wer schichten muß, hat zu den Schlafstörungen und Magenleiden noch die verringerte Lebenserwartung. Außerdem weniger Zeit für Familie oder Hobby und Veranstaltungen. Nur der Profit der Kapitalisten steigt, weil er die Maschinen und Gebäude doppelt so lange ausnutzen kann. Die Werkzeugmacher lehnten deshalb geschlossen die Einführung der Schichtarbeit ab, und erreichten vorerst damit, daß der Zeitpunkt der Einführung vom ersten Juli auch auf den ersten September verschoben werden mußte.
In den letzten Julitagen legte die Firmenleitung nun jedem Einzelnen einen Zettel vor, wo er unterschreiben sollte, daß er mit der Einführung der Schichtarbeit einverstanden sei. Der Zettel wurde von keinem der Werkzeugmacher unterschrieben. IM Werk Wr. Neudorf wurde ebenfalls vor etwa einem halben Jahr die Einführung der Schichtarbeit verhindert, weil die Firmenleitung nicht riskieren konnte, daß alle Werkzeugmacher kündigen.

nach einem Bericht
des Eumig-Kollektivs
WIEN ●

ÖBB: Beim Verschub ist dein

'ÖBB:DIE VERANTWORTUNG SUCHT IHRE MÄNNER" oder BEIM VERSCHUB IST IMMER DEIN LEBEN BEDROHT!

"Der Verschieber. Im Brennpunkt des Verkehrs. Ein ganzer Mann. Er ist für die Zugbildung und für Fahrzeugbewegungen im Bahnhof verantwortlich. Daß der Speisewagen im Zug an der richtigen Stelle ist: Arbeit des Verschiebers. Er kennt die Signale:Lichtsignale, Formsignale, Handsignale, akkustische Signale . Kennzeichen und zusätzliche Zeichen. Er kennt sie aus dem FF. Seine Arbeit ist Präzisionsarbeit. Wagen bleiben beim Abrollen oder beim Abstoßen an der richtigen Stelle stehen. Denn der Hemmschuh ist an der richtigen Stelle aufgelegt. Millionenwerte sind in der Hand des Verschiebers. Klar, daß wir nicht jeden nehmen können. Gefahr? Nur, wenn er nicht die Sicherheitsvorkehrungen beachtet. Auch hier: Aufstiegsmöglichkeiten bis zum Aufsichts-Verschubmeister."

(Aus"DIE LAUFBAHN", ÖBB)

Für das Recht auf freie Berufswahl!

Österreich hat gegenüber anderen westlichen Industreiländern keine Jugendarbeitslosigke it" (SPÖ-Flugblatt 28.8.)

Die Bundesregierung versucht zwar mit der Behauptung, "Wenn die Privatwirtschaft nicht alle Lehrlinge unterbringt, wird der St aat die Ausbildung sicherstellen", die kampfentschlossenen Arbeiterjugend abzuwiegeln, doch die Zahl der Schulabgänger ohne Lehrplatz hat sich seit dieser Versprechung vor ein paar Monaten von 33.425 auf 45940 (Bericht des Sozialministeriums) erhöht. Diesen Arbeitssuchenden stehen nur etwa 34.000 offene Lehrstellen gegenüber Besonders triest sieht die Lage der weiblichen Jugendlichen im Zentralraum Linz aus: den1008 Arbeitssuchenden stehen 564 Lehrstellen zur Verfügung(Linzer Rundschau28.8.) Im oben zitierten Flugblatt entrüstet sich die SPÖ über das "Volksblatt", daß es den Wahlkampf mit allen Mitteln verschärfen wolle.

Sie hatte dem jedoch nichts entgegenzusetzen,als daß die ÖVP die Arbeitsplätze auch nicht sichern könne,während Minister Staribacher behauptet: "Jeder Lehrling kann untergebracht werden!" Allein diese Möglichkeit nützt jedoch den Jugendlichen sehr wenig. Zuglfech mußte er dabei noch bekennen, daß dabei auf Berufswünsche der Lehrlinge nicht eingegangen werden könne .Wie er weiters die arbeitslosen Lehrlinge Oberösterreichs, wo der Lehrstellenmangel besonders drückend ist, zu den freien Lehrstellen nach Vorarlberg, welches noch etwas weniger betroffen ist "umsiedeln" will, ist noch ungeklärt.

SCHULABGÄNGER OHNE ARBEITSPLATZ SIND AUCH ARBEITSLOSE,

Nach der derzeitigen Rechtslage steht beschäftigungslosen Schulabgängern keine Arbeitslosenunterstützung zu, weil sie keine Versicherungszeit nachweisen können. Dadurch kommt es über kurz oder lang zu einem Kampf um die Lehrlingsplätze bis aufs Messer. Das ist die günstigste Bedingung für die Kapitalisten die Qualität der Ausbildung weiter herabzudrücken und die Lehrlingsentschädigung niedrig zu halten. Weiters werden dadurch die jugendlichen Arbeiter zu einer verstärkten Konkurrenz für die älteren Kollegen, weil sie meist Hilfsarbeitertätigkeiten annehmen müssen um ihr Leben fristen zu können.

Deshalb fordern die Kommunisten:

ANERKENNUNG DER JUGENDLICHEN,DIE KEINE ARBEIT FINDEN ALS ARBEITSLOSE !



Jugendliche Arbeitslose sind Sache des ganzen Volkes. Die Arbeiterklasse kann nicht zulassen, daß ihre Kinder durch das Elend, das der Kapitalismus ständig hervorbringt, zu Geschöpfen außerhalb der Gesellschaft degradiert werden.

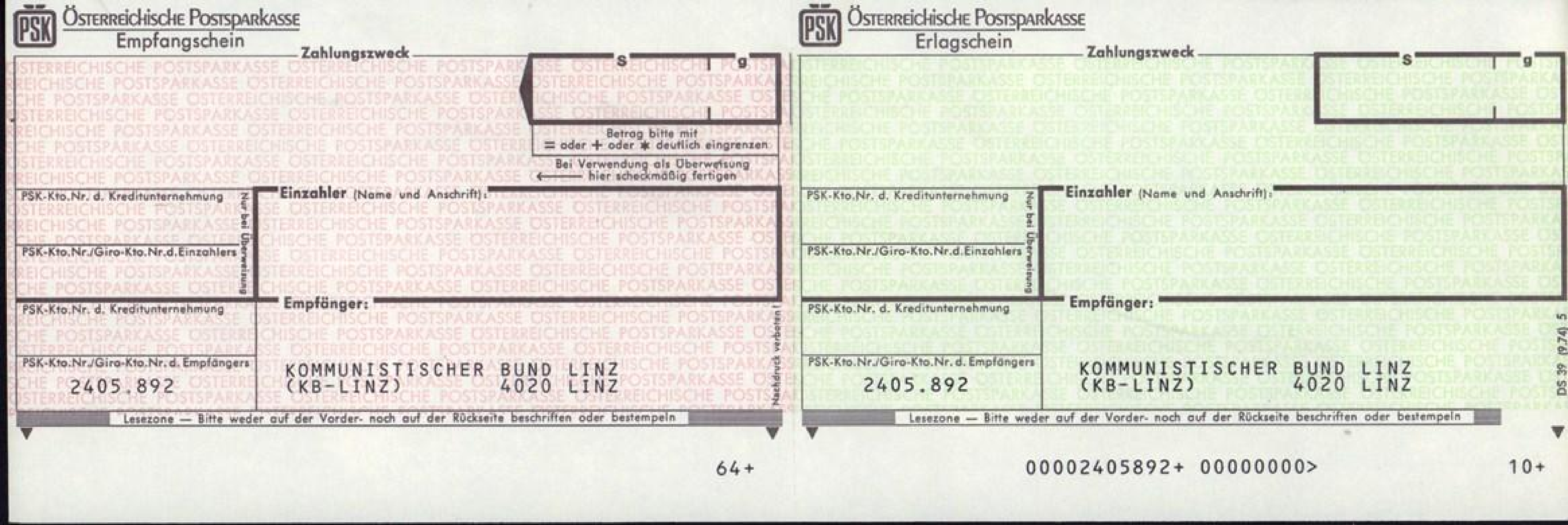
Leben immer bedroht

Ja, das sind ganze Männer ,die Verschieber. Aber warum gehen sowenig zum Verschub?

1. Weil der Lohn ein miserabler Lohn ist.(Anfang mit: Lohngruppe 1 - Lohnstufe 3 = 5 150.- brutto, was netto ist, weiß jeder.)
2. Weil beim Verschub sehr viele Unfälle passieren und keiner sein Leben, seine Hand, Finger oder Füße für die paar Schilling gefährden will. Die Unfälle passieren in erster Linie nicht, weil wir die Sicherheitsvorkehrungen(gute Absicherung für die ÖBB) nicht beachten, sondern weil zuwenig Verschieber da sind, die Züge aber zeitgerecht fertig sein müssen, wir 12 Std. Tag u. Nacht arbeiten, wir daher übermüdet sind.
3. Aufgrund des Personalmangels müssen 40,50 und noch mehr Überstunden geschoben werden, für eine Freischicht muß man bitten und betteln, damit man sie bekommt.

Das wären nur einige Gründe warum niemand gern zum Verschub geht. Jetzt mit dem Aufnahmestopp, mit dem Rationalisierungsprogramm, dem Personaleinsparen verschärft sich unsere Lage noch mehr. Aber das kümmert die ÖBB keinesfalls!
Die ÖBB- Leitung rationalisiert auf unserem Rücken. Ihre Pläne für die "Krisenbewältigung" können wir ausbaden. Unsere Gesundheit(Nerven), unsere Freizeit gehen dabei drauf.

Aufbauzelle ÖBB


PSK Österreichische Postsparkasse
Empfangschein
Zahlungszweck
S
g
Betrag bitte mit
= oder + oder ✱ deutlich eingrenzen
Bei Verwendung als Überweisung
hier scheckmäßig fertigen
PSK-Kto.Nr. d. Kreditunternehmung
Nur bei Überweisung
PSK-Kto.Nr./Giro-Kto.Nr.d.Einzahlers
Einzahler (Name und Anschrift):
PSK-Kto.Nr. d. Kreditunternehmung
Empfänger:
PSK-Kto.Nr./Giro-Kto.Nr.d. Empfängers
2405.892
KOMMUNISTISCHER BUND LINZ
(KB-LINZ) 4020 LINZ
Nachdruck verboten!
Lesezone — Bitte weder auf der Vorder- noch auf der Rückseite beschriften oder bestempeln
64+
PSK Österreichische Postsparkasse
Erlagschein
Zahlungszweck
S
g
PSK-Kto.Nr. d. Kreditunternehmung
Nur bei Überweisung
PSK-Kto.Nr./Giro-Kto.Nr.d.Einzahlers
Einzahler (Name und Anschrift):
PSK-Kto.Nr. d. Kreditunternehmung
Empfänger:
PSK-Kto.Nr./Giro-Kto.Nr.d. Empfängers
2405.892
KOMMUNISTISCHER BUND LINZ
(KB-LINZ) 4020 LINZ
Lesezone — Bitte weder auf der Vorder- noch auf der Rückseite beschriften oder bestempeln
00002405892+ 00000000>
10+
DS 39 (9.74) 5

den Steuerraubzug auftreten

wurden. Unter dem Druck der drohenden Arbeitslosigkeit wurde gleichzeitig in den Betrieben der Akkord hinaufgesetzt, die Löhne gedrückt. Es mußten Überstunden gemacht werden, während in anderen Abteilungen die Arbeiter kurzarbeiten mußten.
Jetzt vor der Wahl wollen sich die bürgerlichen Politiker mit Versprechungen überbieten, wer nach den Wahlen besser die Arbeitsplätze sichern wird. Sichern wird aber die Arbeitsplätze keine bürgerliche Partei, weil in der kapitalistischen Profitwirtschaft die Arbeitsplätze nur solange sicher sind, wie die Profite der Kapitalisten. Außerdem wollen die bürgerlichen Parteien alle dasselbe, nämlich unter dem Deckmantel "Sicherung der Arbeitsplätze" den Kapitalisten mehr Subventionen hineinstecken, die diese für Rationalisierungen verwenden werden. Von diesen Maßnahmen haben aber die Werktätigen nichts zu erwarten.
Die bürgerlichen Politiker haben außer der Drohung mit der Arbeitslosigkeit ganz andere Argumente auf Lager, wenn sie den Werktätigen Maßnahmen unterjubeln wollen, die deren schmalen Geldbeutel noch mehr schmälern sollen. So sagt z.B. Androsch: "Wir stehen vor der Alternative:Mehr Steuern oder Arbeitslosigkeit, weniger Sozialleistungen, weniger sozialen Wohnbau."

Aber wie sieht es denn wirklich aus mit dieser Alternative? Mußten nicht vor einiger Zeit Androsch und Häuser zugeben, daß die SPÖ für 1976 das Sozialbudget kürzen will? Und daß mit der Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zu rechnen ist, weil der Staat nicht mehr so viel zuschießen will? Und daß, obwohl die Werktätigen schon heuer empfindlichere Steuerlasten zu tragen hatten? !
Haben die Steuermillionen, die den Kapitalisten in den Rachen geworfen wurden, die Arbeitsplätze gesichert? In der Steiermark wurden seit 1967 bis April 1975 1,746 Milliarden staatliche Förderung den Kapitalisten hineingesteckt. Demgegenüber standen im April um die 12000 Arbeitslose in der Steiermark.

DER BÜRGERLICHE STAAT ERHÄLT UND SCHÜTZT DIE AUSBEUTERORDNUNG DER KAPITALISTEN

Die Steuerspritzen, die der bürgerliche Staat den Kapitalisten zukommen läßt, dienen also nicht der Sicherung der Arbeitsplätze, sondern der Sicherung der Profite einer handvoll Kapitalisten, die auf Kosten der Werktätigen aus der Krise herauskommen wollen. Und der bürgerliche Staat hilft ihnen dabei nach Kräften. Nicht nur bei den wirtschaftlichen Schwierigkeiten greift er ihnen unter die Arme. Er sorgt auch dafür, daß alle gesellschaftlichen Bereiche (vom Ausbildungswesen bis zum Gesundheitswesen) so organisiert werden, daß sie den Interessen der Kapitalisten entsprechen. Und weil ganz klar ist, daß sich die Werktätigen die Ausbeutung auf die Dauer nicht gefallen lassen werden, baut der bürgerliche Staat auch den Unterdrückungsapparat aus.

DIE MASSEN HABEN KEIN INTERESSE DEN BÜRGERLICHEN STAAT ZU FINANZIEREN

Mit solchen Argumenten versucht die Regierung die Werktätigen gegeneinander auszuspielen und von den wirklichen Ursachen der ständig steigenden Steuer-, Gebühren- und Tariflasten abzulenken: Davon, daß das Volk mit seinen Steuern herhalten muß, für die ständig steigenden Ausgaben zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, damit auch in Zeiten der Krise alles so bleibt wie es ist, nämlich im Interesse der Kapitalisten. Und gerade weil die Interessen der Kapitalisten, dieser kleinen Minderheit der Ausbeuter immer durchgesetzt werden, werden die Zustände für die Volksmassen immer chaotischer.



"Rat'mal wer zum Essen kommt !"

Natürlich versucht er auch hier, das ganze als "Stützung der heimischen Industrie zur Sicherung der Arbeitsplätze" hinzustellen. So verpaßte Androsch der Bauindustrie eine Finanzspritze und für 300 Millionen entstand in Wien ein neues Polizeipräsidium, während es bei der Fertigstellung des Allgemeinen Krankenhauses noch Jahre dauern wird.

Alle diese Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen bringen die Massen natürlich immer mehr in Wut. Alle bürgerlichen Parteien, besonders aber die SPÖ, benutzen diesen Unmut als Vorwand, um gegen die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst (Postler und Eisenbahner z.B.) Verschlechterungen ihres Lohnniveaus und ihrer Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die SP-Regierung spricht von den hohen Kosten, die die öffentlichen Bediensteten verursachen und daß Rationalisierungen, "bessere Zeiteinteilung" (d.h. schnelleres Arbeitstempo) und Aufnahmestop im öffentlichen Dienst notwendig sei.

Nehmen wir z.B. das Verkehrswesen: Da stopft der bürgerliche Staat Millionen und Abermillionen in eine Städteplanung, die im Interesse der Kapitalisten die Städte in ein Handels- und Bankzentrum und in Wohnsiedlungen am Stadtrand zersiedelt. Jeden Tag müssen nun Tausende Menschen quer durch die Stadt zum Arbeitsplatz. Jeden Tag ersticken dann die Städte zu den Stoßzeiten in Chaos. Gleichzeitig versucht der bürgerliche Staat das durch so eine Städteplanung verursachte Chaos im Nahverkehrswesen in den Griff zu bekommen. Und obwohl er immer mehr Mittel aufwenden muß, werden die Zustände immer ärger für die Massen, während sie immer kräftiger zur Kasse gebeten werden.
Mit den Kapitalisten und ihrem Staat können die Massen gar nichts gemeinsam haben. Das ganze System richtet

sich gegen die Massen. Weder können in einem solchen System durch den bürgerlichen Staat die Arbeitsplätze gesichert werden, noch können sich die Massen die Erfüllung ihrer sozialen Bedürfnisse erwarten. Diese können erst erfüllt werden, wenn die Arbeiterklasse die Produktionsmittel in ihre Hand gebracht hat, damit sie planmäßig die Produktion organisieren kann nach den Bedürfnissen der Massen und nicht für die Profite einer Minderheit von Ausbeutern. Dazu muß die Arbeiterklasse den Staat der Kapitalisten zerschlagen und selbst die Macht ergreifen.

ALLE BÜRGERLICHEN PARTEIEN BEFÜRWORTEN DIE AUSPLÜNDERUNG DES VOLKES DURCH DEN BÜRGERLICHEN STAAT

SPÖ, ÖVP und FPÖ schlagen für die staatliche Ausplünderung der Massen nur verschiedene Formen vor, keine dieser Parteien stellt sie aber prinzipiell in Frage. Die SPÖ-Regierung tritt offen für die Erhöhung von Steuern, Gebühren und Tarifen auf und geht dann noch mit ihrer Offenheit und Ehrlichkeit hausieren. Die ÖVP und FPÖ sind aus wahltaktischen Gründen z.B. gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer, haben aber noch niemals den Finger gegen die Fülle von Erhöhungen bei Gebühren, Tarifen und Steuern gerührt.
Die ÖVP verspricht nur:"wir wirtschaften besser". Woher sie das Geld zur Aufrechterhaltung der Kapitalistenherrschaft, die immer kostspieliger wird, nehmen will, deutet sie nur grob an:" Wir müssen alle Opfer bringen".
Bei einiger Überlegung sieht man, daß hier dasselbe angepeilt wird:Ausplünderung des Volkes durch den bürgerlichen Staat.
Die KPÖ tritt gegenwärtig gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf. Sie äußert sich aber nirgends prinzipiell gegen das kapitalistische Steuersystem, sie will nur, daß die dem Volk abgepreßten Steuern mehr für das Volk ausgegeben werden, obwohl die Tatsachen beweisen, daß dieser Staat eben der Staat der Kapitalisten ist, der solchen frommen Wünschen nicht folgen kann.
Allen bürgerlichen Parteien gemeinsam ist das Ziel, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu erhalten. Und das heißt eben, daß das Volk herhalten muß.
Das Volk kann und wird aber nicht immer dafür herhalten. Es wird den Kampf dagegen aufnehmen, daß der bürgerliche Staat seine Mittel aus der Ausplünderung des Volkes bezieht.
Gegen den bevorstehenden Raubzug des Staates gilt es für folgende Forderungen einzutreten:

- keine Erhöhung der Mehrwertsteuer
- keine Einführung neuer indirekter Steuern
- Löhne und Gehälter bis S 10.000 monatlich steuerfrei
- keine Streichung der Wohnungsbeihilfe

Haben wir diese Forderungen schon jemals auf den teuren Werbeplakaten der bürgerlichen Parteien gesehen oder hat sie jemals ein bürgerlicher Politiker unterstützt?
Nein, diese unterstützen die Forderungen und Interessen der Kapitalisten und halten deshalb die Ausplünderung des Volkes durch den bürgerlichen Staat für gerechtfertigt.

Die Arbeiterklasse und das Volk müssen daraus ihre Schlüsse ziehen:

- Erstens, daß nur im Klassenkampf gegen den Staat, ohne, ja gegen die bürgerlichen Parteien, die Arbeiterklasse und das Volk dem ungeheuren staatlichen Raubzug entgegentreten wird können, der nach den Wahlen mit voller Wucht einsetzen wird;
- Und zweitens, daß den bürgerlichen Parteien keine Stimme gegeben werden darf, denn sie werden in nächsten 4 Jahren jede einzelne Stimme dazu verwenden, ihre volksfeindliche Politik zu rechtfertigen.

Beschlossen von KB-Graz, KB-Linz, KB-Tirol, KB - Salzburg/Hallein, KB-Wien, KG-Klagenfurt●

Objektschutz

Das Bundesheer hat schon seit geraumer Zeit begonnen eigene "Objektschutzgruppen" aufzustellen.

Was ist die "Objektschutzgruppe"?

Es handelt sich dabei um speziell ausgerüstete Einheiten innerhalb des Militärs. Bis 1976 sollen etwa 30 solcher Einheiten bestehen, insgesamt mehr als 1000 Mann. In jeder Landeshauptstadt soll eine solche "Wachkompanie" zur Unterstützung der Polizei und Gendarmerie eingerichtet werden.

Welche Aufgaben hat die "Objektschutztruppe" ?

Laut offizieller Aussagen besteht die Funktion der Objektschutztruppe in der "Sicherung von Betrieben mit einiger wirtschaftlicher Bedeutung", aber auch bei Katastrophen und bewaffneten Konflikten soll diese Truppe eingesetzt werden. Ebenso soll sie im Krisenfalle die Exekutive bei der Bewachung besonders wichtiger Objekte (z.B. E-Werke, Rundfunkstationen, Telefonfabriken und Regierungshäuser) entlasten.
Anlässlich einer Übung definierte ein Oberst des Bundesheeres den Krisenfall: "Wenn zB. durch das Abschwimmen der Wirtschaftslage entlassene Arbeiter demon-

Wildplakatieren verboten

In Zukunft soll in Linz gegen "wildes Plakatieren" mit Anzeigen und Geldstrafen vorgegangen werden. Weiterhin darf ein Jeder natürlich auf den riesigen Plakatwänden (die alle in privater Hand und entsprechend teuer sind) seine Plakate aufkleben - natürlich nur wer das nötige Kleingeld hat !
Diese Maßnahme ist ein Hindernis für die Bevölkerung, ihre Interessen in aller Öffentlichkeit bekanntzugeben.
Diese Maßnahme richtet sich gegen das Volk und ist ein weiterer Schritt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes durch die Kapitalisten und ihren Staatsapparat - die haben ja ihre Plakatwände, von denen ihre Parteimänner, ohne Ausnahme, herunterglotzen und selbst wenn sie "Wild Plakatieren" lassen ist für sie eine Strafe von ein paar Tausend Schilling eine Kleinigkeit.

Schm●

542 Superschmarotzer

Jetzt erst ist die Aufstellung der Vermögenssteuer für 1971 herausgekommen. Die Ergebnisse lassen leicht erkennen, warum dies von der Bourgeosie nur zögernd geschieht. Nach den sicherlich "leicht" nach unten korrigierten Aufstellungen haben immerhin 542 Einzelpersonen jeweils mehr als 30 Millionen Schilling (!) im Jahr versteuert. Dies ist allerdings nur die Untergrenze. Wieviel mehr sie wirklich versteuert haben, wird uns nicht verraten und wieviel sie dann überhaupt nicht versteuert haben - das verrät uns die bürgerliche Statistik nicht mehr. Auch die Aufstellung der Vermögenswerte läßt einige Rückschlüsse darauf ziehen, wie sich im Kapitalismus eine immer kleinere Gruppe von Schmarotzern in den Besitz von immer mehr Vermögen setzen. Bei den "juristischen Gesellschaften", also bei den Unternehmungen besitzen 3,3 % der Personen 82,2 % der Vermögenswerte●

- Schutz für wen?

strieren, sich vor einem bewachten Objekt versammeln, so ist es ihre Aufgabe (..der Objektschutztruppe) sich bildende Gruppen umzuleiten!"



Noch genauer äußerte sich ein gewisser Reserve-Oberleutnant Hödl dem unversehens die Wahrheit herausgerutscht ist. Auf die Einwände seiner Mannschaft, dass sie etwa gezwungen sein könnte, auf demonstrierende Arbeiter und Teile der Bevölkerung zu schiessen, entgegnete der Ausbildner Hödl: "....Was wolln'S denn, des habn wir auch schon in der Ersten Republik gehabt, damals ist ja auch das Heer zum Einsatz gekommen!" (aus: Profil, 16.7.)

<u>Die Kapitalisten haben etwas zu beschützen - ihre Herrschaft !</u>

Die Kapitalisten und ihr Staat rüsten das Militär, eine der wichtigsten Stützen ihrer Herrschaft auf. Sie bereiten sich jetzt schon auf Zeiten vor, in denen die österreichische Arbeiterklasse und das österreichische Volk "Recht und Ordnung" in unserem Land durchschauen werden und erkennen werden, dass nur der konsequente Kampf für ihre Interessen zum Ziel - Sozialismus - führt.
Dass die Kapitalistenklasse nicht davor zurückschrecken wird, auf Arbeiter schießen zu lassen, die sich gegen die immer drückendere Ausbeutung erheben, zeigt die Geschichte Österreichs allerdings sehr deutlich ! Schm●

Vorsorgeuntersuchung wertlos



Vor einiger Zeit wurde unsere Schicht wieder einmal zu einer betriebsärztlichen Untersuchung vorgeladen. Früher gab es sowas jedes Jahr, aber diesmal war es die erste Untersuchung nach über 2 Jahren. Eigentlich hätten sie sich das ganze Theater aber ohnehin sparen können, denn man muss schon sehr schwer krank sein, dass bei so einer Untersuchung etwas bemerkt wird.

Wir wurden in 2 Gruppen zu je 15 Mann geteilt, für jede Gruppe dauerte die Untersuchung 3 Stunden. Davon waren aber nur 20 Minuten - für alle zusammen! - wirkliche Untersuchungszeit, der Rest war Papierkrieg und Warterei. Als wir endlich drankamen, klopfte uns der Arzt auf den Bauch: "Gsund schaun's aus! Machens ein paar Kniebeugen". Dann fühlte er kurz den Puls und fragte:" Wie fühlen sie sich?" Natürlich sagte jeder: "Gut!", denn wenn's nicht so wäre, wären wir ja ohnehin schon längst zum Arzt gegangen. "Wunderbar", hieß es dann, "der Nächste"!

Dann gings zum Röntgen. Schirm rauf, Schirm runter - das dauerte 20 Sekunden und schon wieder: "Der Nächste bitte!" Dann wurde uns noch der Blutdruck gemessen und die Herztöne abgehorcht, alles mit derselben affenartigen Geschwindigkeit. Fertig war die Vorsorgeuntersuchung.

Dabei sind wir von unserer Arbeit her gesundheitlich ziemlich gefährdet: Gasgefahr, Hitze, Staub etc. Da wäre eine ordentliche, regelmäßige Untersuchung doch wirklich sehr notwendig! Solange aber nicht die Arbeiter das betriebliche Gesundheitswesen in der Hand haben, wird damit nur nach aussen hin vorgetäuscht, wie "sozial" und arbeiterfreundlich die Verstaatlichte Industrie angeblich ist. M●

"Jugend am Werk"

BEUTET KÖRPERBEHINDERTE KINDER AUS

Die Institution "Jugend am WErk" gibt sich den Anstrich einer Sozialeinrichtung. Es wird den Eltern der körperbehinderten Kinder versprochen, daß hier die Jugendlichen therapeutische Arbeit machen, also in ihrem Heilungsprozess fortschreiten. Den Eltern der Jugendlichen bleibt meistens auch keine andere Wahl, denn ein Normaler Betrieb nimmt einen Körperbehinderten sowieso nicht. Was passiert also, wenn ein körperbehinderter Jugendlicher das "Glück" hat, in "Jugend am Werk" unterzukommen?
Erstens kann es ihm passieren, daß er wochenlang die gleiche stereotype Arbeit macht (z.B. Werbeständer für die Chemie-Linz zusammenkleben), zweitens bekommt er dafür keinen Arbeitlohn , sondern bei normaler Arbeitszeit müssen seine Eltern je nach Einkommen einen nicht geringen Beitrag leisten. (Mittlerer Angestellter ca. 3 000S monatlich), was damit begründet wird, daß speziell geschulte Personen zur Überwachung der Kinder notwendig sind. Hier paart sich offenbar Ausbeutung der Ärmsten unserer Gesellschaftmit der Ausplünderung der betroffenen Eltern, die ja obendrein für den Lebensunterhalt ihrer Kinder aufkommen müssen. S●

Kein Lehrermangel mehr ?

Stellte im April Sektionschef Dr. Adolf März vom Unterrichtsministerium noch fest: "Wenn diese erfreuliche Entwicklung weiter anhält, werden wir endlich in der Lage sein, den in manchen Ländern immer noch akuten Lehrermangel unter Kontrolle zu bekommen". Gemeint hat er mit "dieser erfreulichen Entwicklung " die für Sommersemester 75 erwartete Zahl von 700 Hauptschul- und 3000 Volksschullehrern, die im Juni ihr Studium abschließen sollten, und außerdem die "erfreuliche" Steigerung der Erstsemestrigen der Pädagogischen Akademien um 78,8 % seit 1968.

Binnen 3 Monaten haben unsere Schulbehörden den "in manchen Ländern noch akuten Lehrermangel" bereits behoben! Jedenfalls nach Äußerungen von Minister Sinowatz, denn er stellte bereits im Juli fest, "daß der Lehermangel im großen und ganzen behoben sei". Wohin, fragt sich nun der Leser, mit den 3700 Lehrern im Herbst (und erst recht mit den 78,8 %) ?, wo doch Herr Sinowatz vorsätzlich eines unter den Tisch fallen läßt: Um das von Finanzminister Androsch im Juli angekündigte Sparprogramm nicht platzen zu lassen, wird es 1976 keine Ausweitung des Dienstpostenplanes des Bundes, insbesondere für Lehrer , geben.

Tatsächlich wird der Lehrermangel "in manchen Ländern" (so in unserem Bundesland) noch schlimmer. Allein in Oberösterreich fehlten im letzten Schuljahr schon 2500 Pflichtschullehrer. Diese Misere artet im heurigen Schuljahr (75/76) nach Äußerungen des Landesschulrates für OÖ "zur Katastrophe" aus: denn ab Herbst stehen nur rund 160 Neulehrer für ganz OÖ zur Verfügung. Tatsächlich sind die 3700 Lehrer also nicht überflüssig, sondern dringend nötig. Überflüssig werden sie nur auf Grund der Sparmaßnahmen von Finanzminister Androsch in der Krise. Nach Sparmeister Androsch gibt es nun noch weniger Lehrer fürs Volk - dafür umso mehr "Konjunktur-Milliarden" für die Kapitalisten ! Während die Kapitalisten die Zinsen dieser Sparform kassieren, zahlt das Volk die Kosten: einerseits überlastete Lehrer durch noch mehr Überstunden - andererseits ausgebildete Lehrer ohne Arbeitsplatz; weiters überfüllte Klassen, Klassenzusammenlegungen, Wechselunterricht und in der Folge davon noch höhere Durchfallsquoten !



„Alles Unsinn: Es gibt einfach zu viele Schüler — Wir müssen die Schüler abschaffen!"

Sinowatz, als großer Reformer der SPÖ angetreten, schwätzte einst "von der Persönlichkeitsentfaltung der Schüler" daher.

Nun einmal die Frage konkret gestellt: "Wie, lieber Freddy, können die Schüler ihre Persönlichkeit entfalten, wenn die Misere an den Schulen von Tag zu Tag wächst ?"

mk ●



Was schädigt eines

LESERBRIEF:

..."ANSEHEN DER LEHRER GESCHÄDIGT" ? ...

In einer Sendung der Ö-3-Musikbox habe ich von mehreren Fällen gehört, in denen die Schulbehörde fortschrittliche Lehrer entweder strafversetzte oder hinausschmiß. Die Direktoren dieser Lehrer haben ihnen alle möglichen Vergehen, wie z.B. "Schädigung des Ansehens der Schule", usw. angelastet. Weder die Schüler noch die Eltern kamen zu dieser Ansicht, sondern einzig die Schulbürokratie ist mit solch windschiefen Argumenten gegen diese Lehrer vorgegangen. Bei diesen "Säuberungsaktionen" konnte sich die Schulbehörde auf die Lehrerdienstpragmatik stützen, einem Dienstrecht, daß die Lehrer der Willkür der Direktoren, Landesschulräte, usf. ausliefert. So sehe ich das jedenfalls seit mir der Direktor unserer Schule letztes Schuljahr eine Lektion darüber erteilte.

Nach einigen Monaten als Sondervertragslehrer an einer Mittelschule bekam ich gleich eine Vorladung zum Direktor. Was war der Anlaß dafür ? Der Landesschulrat hatte ihn beauftragt, einen gegen mich gehegten Verdacht zu überprüfen. Worin bestand dieser Verdacht ? Ob ich tatsächlich Flugblätter auf der Straße verteile ? Ich sah keinen Grund, dies zu leugnen. Ganz im Gegenteil, es ist doch kein "Verbrechen" sondern eine gerechte Sache, wenn ich "auf der Straße" dafür eintrat, daß wir uns gegen die laufenden Tariferhöhungen des Linzer Magistrats (wie etwa im letzten Jänner bei der ESG) zur Wehr setzen müssen. Oder wenn ich öffentlich sage, daß wir den Bau des Kernkraftwerkes in St. Pantaleon verhindern müssen, indem wir uns zusammenschließen und den Kampf dagegen organisieren. Doch dieses Recht, sich offen auf die Seite des Volkes zu stellen, verwehrt der bürgerliche Staat den Lehrern. Mit Verweis auf die Lehrerdienstpragmatik sagte mir der Direktor klipp und klar, daß ich als Lehrer das Verteilen solcher Flugzettel sofort zu unterlassen habe, weil dadurch "das Ansehen des Lehrerstandes in der Öffentlichkeit schädige". Und damit diese politische Disziplinierung auch nicht ihre Wirkung verfehle, drohte er gleich anschließend damit, "daß ich bei Nichtunterlassung natürlich nicht mit einer Vertragsverlängerung rechnen kann". Welch einfache Lösung der Landes-

das Ansehen Lehrers?

schulrat für mißliebige Lehrer wie mich gefunden hat, darüber klärte mich dann unsere Personalvertretung auf. Alle Sondervertragslehrer haben einen befristeten Vertrag und dieser kann vom Landesschulrat ohne Angabe von Gründen nicht mehr verlängert werden.

Mit der Lehrerdienstpragmatik hat sich der bürgerliche Staat ein Gesetz geschaffen, das die Lehrer seinem Willen und seiner Kontrolle unterwirft. Diensteid, Dienstgehorsam, Dienstgeheimnis, Dienstbeurteilung - so lauten die Paragraphen, die uns zu willfährigen Bütteln dieses Staates machen sollen. Wie die Schulbehörden diese Paragraphen interpretieren, läßt sich an meinem Beispiel leicht zeigen:
Erstens, wenn ich mich auf die Seite des Volkes stelle (z.B. indem ich gegen den staatlichen Tarifwucher zu Felde ziehe), dann verletze ich damit meine Pflichten als Lehrer, die mir durch den Diensteid auferlegt sind.
Zweitens, wenn ich davon nicht Abstand nehme, dann befolge ich nicht die Anweisung der vorgesetzten Dienstbehörde und verstoße gegen den Dienstgehorsam.
Drittens, wenn ich darüber hinaus mir noch das Recht nehme, dieses Vorgehen der Schulbehörde ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, dann halte ich das Dienstgeheimnis nicht in Ehren, denn nach diesem dürfen alle Belange der Schule nicht veröffentlicht werden und nach 1.2.und3. fällt
Viertens meine Dienstbeurteilung durch den Direktor dann so aus, daß ich für den Schuldienst als nicht geeignet befunden werde und eben "nicht mit einer Vertragsverlängerung rechnen kann".

Dazu kann ich nur sagen: Dieses Dienstrecht muß weg ! Den Weg, den wir dabei einschlagen müssen, hat die Lehrerin Veronika Seyr vorgezeichnet: Daß alle Schulangelegenheiten öffentliche Angelegenheiten sein müssen und daß daher die Entscheidung darüber, wer Lehrer sein kann, vom Volk und nicht von den Organen des bürgerlichen Staates getroffen werden muß. Das Ziel, das wir dabei anstreben, muß sein: ÜBERGABE DES GESAMTEN VOLKSBILDUNGSWESEN IN DIE HÄNDE DEMOKRATISCH GEWÄHLTER ORGANE DER ÖRTLICHEN SELBSTVERWALTUNG

N.N., Name der Red. bekannt

Statt die Luft reinzuhalten werden die Grenzwerte erhöht

Im Auftrag des Gesundheitsministeriums hat die Österreichische Akademie der Wissenschaften Kriterien für die Qualität der Luft erarbeitet, die aufzeigen sollen, wie sauber oder schmutzig die Luft in Wohngebieten sein soll oder sein darf. "Die für Wohnbaugebiete vorgesehene Höchstkonzentration des überaus schädlichen Schwefeldioxyds (SO_2) soll einen Tagesmittelwert von o,20 Milligramm pro Kubikmeter Luft nicht überschreiten." Die Empfehlung der Akademie der Wissenschaften sieht aber die Einführung einer Grenzwertstufe von 0,30 Milligramm pro Kubikmeter Luft vor. Bei diesen Konzentrationen von SO_2 ist aber bereits ein gesundheitliches Risiko für empfindliche oder bereits vorher geschädigte Menschen gegeben, das heißt die Luft ist gesundheitsschädigend. Dazu kommt noch, daß die angegebenen Grenzwerte mangels eines Luftreinhaltegesetzes nicht verbindlich sind, sondern eben nur als "Empfehlung" gelten.

Wie kommt es nun aber, daß, wenn ein Luftverpestungsgrad von 0,2 mg SO_2 gerade noch erträglich ist, dennoch der wissenschaftlich empfohlene Grenzwert bei einem wesentlich höherem Wert von 0,3 mg (das sind 30 %) liegt?
Das kommt daher, weil der Wert von 0,2 mg in Wohnballungsgebieten, wie etwa dem Linzer Stadtgebiet, vor allem im Winter an 20 bis 70 % der Meßtage überschritten wird. Aber auch im Juli werden von der Meßstation Ing.-Stern-Straße Tage registriert, an denen der SO_2 Gehalt der Linzer Luft sogar über den Wert von 0,3 mg hinausgeht. Wenn also die Stadtluft über das für die Menschen erträgliche Maß hinaus vergiftet ist, so sorgt der bürgerliche Staat nicht für die Reinigung der Luft, sondern läßt seine Wissenschafter einfach höhere Grenzwerte empfehlen!
Daran kann man sehen, welchen Wert die Volksmassen den sogenannten wissenschaftlichen Studien und Gutachten beimessen dürfen, mit denen die staatlichen Behörden und die Kapitalisten immer die Folgen, die die alleinige Orientierung der gesellschaftlichen Produktion an ihren Profiten auf die Umwelt hat, zu verharmlosen versuchen. Solange der bürgerliche Staat und die bürgerliche Klasse es ist, die die Wis-



Das ist der älteste Bürger unserer Stadt, aber ich glaube, das Geheimnis seines langen Lebens zu kennen

senschaft organisiert und kontrolliert, muß die Arbeiterklasse mißtrauisch sein gegenüber dieser "Wissenschaft" und darf sie ihren "Erkenntnissen" kein Vertrauen schenken; denn die Bourgeoisie verwendet sie nur zu gern als Waffe, um die Massen vom konsequenten Klassenkampf entlang ihrer eigenen Interessen gegenüber der bürgerlichen Ordnung abzuhalten. Sehr gut sehen kann man das gerade an der aktuellen Frage über die "Ungefährlichkeit" der Atomenergie und den "ausreichenden" Sicherheitsbestimmungen in den Atomkraftwerken.
Die Gesundheitsschädlichkeit der Linzer Luft kann man im übrigen daran messen, daß die zur Heilung von Bronchialerkrankungen eingerichteten Klimakammern der Gebietskrankenkasse überbelegt sind. Fachärzte aus ganz Oberösterreich stellen immer häufiger Hauterkrankungen fest, die die SO_2-geschwängerte Linzer Industrieluft besonders bei Pendlern zu den Linzer Arbeitsplätzen hervorruft.

M. Z. (nach OÖN vom 23.8. und Kronenzeitung vom 17.11.74)

Zur Hinhaltetaktik der Behörden den Hohn der Ziegelkapitalisten

Nach wie vor werden die 500 Mauthausner Anrainer der Ziegelei Poschacher von den Behörden mit Ausflüchten auf "erforderliche Meßwerte" oder den langen Amtsweg hingehalten. Am täglichen Ausstoß giftigen Fluorwasserstoff-Gestanks hat sich nichts geändert. Nur daß die Ziegelei (im Besitz der Firma Wienerberger mit Beteiligung des Mauthausners VP-Helbich) jetzt wie der Lump, der das Tageslicht fürchten muß, die Rauchschwaden nachts abläßt. Die Giftgase, die beim Brennen von Klinkerziegeln unter hohen Temperaturen knapp unter der behördlichen "Toleranzgrenze" von 1200 Grad Celsius entstehen, verlassen ungehindert durch entsprechende Filter, die Schlote. Je nach Windrichtung sind die Bewohner einer Gartensiedlung und mehrere Wohnblocks sowie landwirtschaftliche Kulturen und ein Föhrenwald betroffen.

KRANKHEIT UND ERBRECHEN DURCH GIFTIGE ABGASE

Viele Pendler, die tagsüber in Linzer Industriebetrieben ohnedies genug Dreck und Gift in die Lunge bekommen, können jetzt auch nachts kein Fenster aufmachen. Aber auch bei geschlossenen Fenstern stinkt es überall wie nach verbranntem Gummi. Eine Frau erzählt, daß sie jeden Morgen brechen muß. Jetzt war sie drei Wochen in Urlaub und das Leiden war weg. Seit sie wieder zu Hause ist, muß sie sich jeden Morgen wieder übergeben. Die meisten Kinder in der Siedlung haben schon mit 2 Jahren aufgrund der ständigen Halsentzündung die Mandeln weg. Sie sind bleich und sehen krank aus. Das Kind an der Hand einer Frau, mit der wir gesprochen haben, hatte heuer schon 3 Mal eitrige Angina.

ÄRZTE AUF SEITEN DER KAPITALISTEN

Trotz aller dieser schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen weigern sich die ansässigen Ärzte Atteste auszustellen, die den Verursacher, das Ziegelwerk beim Namen nennen.
Abgehoben von den Lebensbedingungen der werktätigen Massen haben sie sich auf die Seite der Kapitalisten geschlagen. Sie wollen es sich nicht mit Leuten wie Helbich verscherzen. Noch dazu, wo der mit Schecks und Tausenderbündeln um sich wirft, um sich Menschen gefügig zu machen.
(vgl. KZ vom 31.8.)

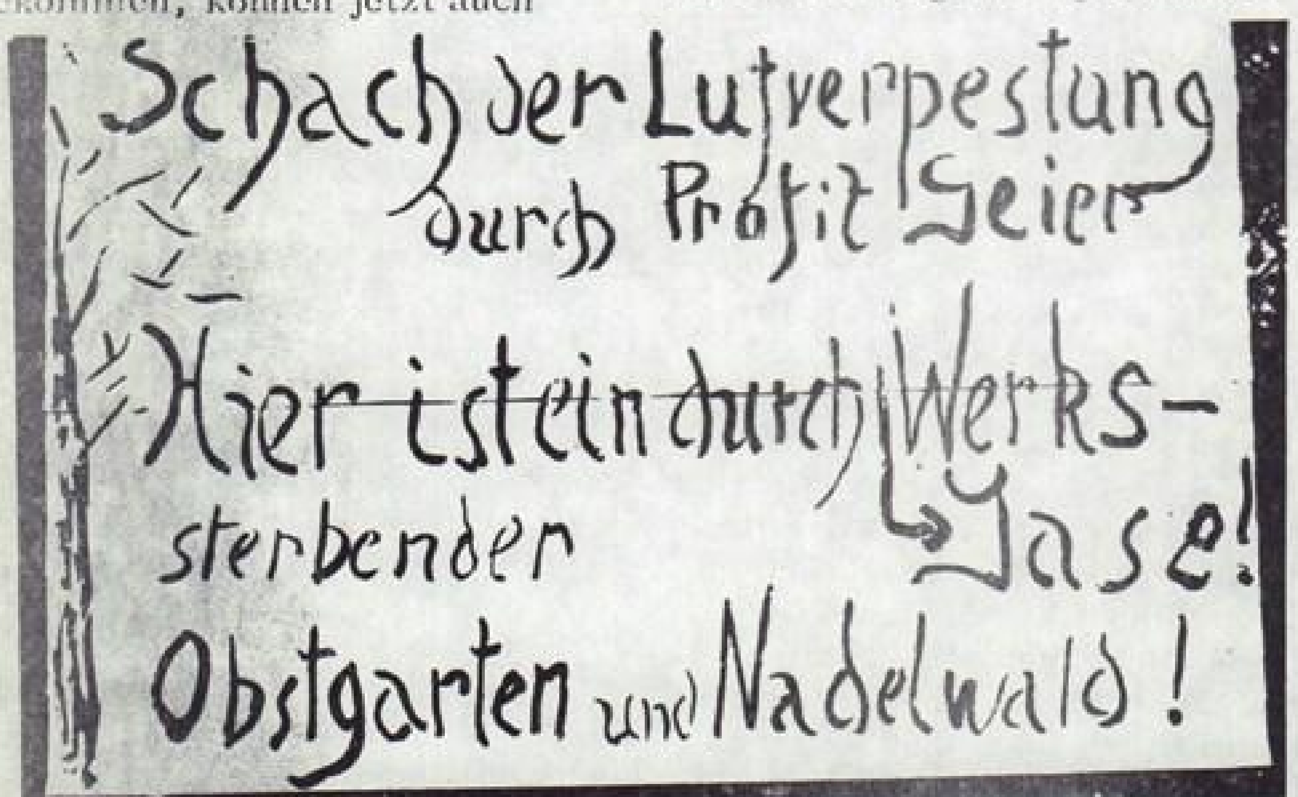
VERGIFTETE UMWELT

DEr Rauch führt aber nicht nur zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden bei hunderten Mauthausnern. Er vergiftet auch ihre Umwelt: Blumen werden welk und verdorren, das Gemüse wird fleckig und geht ein. Ein Rentner zeigte uns die Stöcke von 16 Obstbäumen, die er ausgegraben hat, weil sie abgestorbensind. ZUm Schaden hat die Bevölkerung auch noch den Spott der Profitgeier die frech behaupten, der Hausbrand, das heißt dieHeizungen der Anrainer selbst seien schuld - und das im Sommer!!

WEITERE KAMPFSCHRITTE SIND NOTWENDIG,

Mit dem Zusammenschluß zu einer Aktionsgemeinschaft gegen die Luftverpestung ha ben 120 Betroffene einen ersten Schritt zum Widerstand gemacht. So wurde schon der erste Lokalaugenschein der Behörde am 9.7. zu einer Demonstration ihrer Entschlossenheit. NOch sind aber die Auffassungen verschieden, wie dem Übel ein Ende bereitet werden soll. Da gibt es noch viel Vertrauen, daß die Behörden bloß aufgewe ckt werden müssen. Oder das Vertrauen., daß eine Österreich-Bild-Sendung über das Problem Mitte September mehr bringen kann als breite Öffentlichkeit. Tatsächlich sind seit dem Lokalaugenschein schon zwei Monate vergangen , ohne daß die Behörden reagiert hätten. Die Wissenschaft läßt sich Zeit mit ihren Meßgeräten. Da müssen sich die organisierten Anrainer auf neue Kampfschritte einigen, um selbst ihre Lebensinteressen durchzusetzen. Kampfschritte, die die Behörden stellen und den weiteren Betrieb der Giftmühle verhindern

p.k.



Spruchtafel eines Mauthausener Werksnachbarn

Gestelltes Interesse

Gestellte Aufnahmen

können nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Info-Zentrum, welches Millionenbeträge aus unseren Steuergebühren geschluckt hat, gegen das Volk gerichtet ist!! Der ORF filmte am 1.8.75 beim Informationszentrum der GKS (Gemeinschaftskernkraftwerk Stein) in Pyburg. Wir waren im Informationszentrum, als man uns bat; doch noch einmal raus - und dann wieder reinzugehen, da gerade das Fernsehen da sei. Wir gingen raus, aber nicht um nochmal reinzugehen und für die Herren von der GKS Werbung zu machen, sondern um uns das Theater und die "objektive Berichterstattung" anzuschaun. Draussen standen ca. 15 Leute, Frauen mit ihren Kindern, ratlos herum und warteten nur auf das Zeichen zum Aufmarsch. Die Kamera fing

Handelsminister muss ungelöstes Atommüllproblem zugeben

Während die bürgerlichen Politiker und ihre Experten noch im Winter und Frühjahr dieses Jahres gegenüber den Einwänden der KKW-Gegner, die Ablagerung des Atommülls bringe vorläufig unlösbare Probleme mit sich, steif und fest behaupteten, " alle technischen Probleme seien gelöst", so mußte Handelsminister Staribacher im August einen Rückzieher machen: Der Bau des KKW-Stein werde unter anderem um drei Jahre aufgeschoben, weil die weltweit ungelösten Probleme mit dem Atommüll noch sehr eingehend studiert werden müßten. (Kurier vom 12.8.75) Denn auch das von Kernkraftpropagandisten bisher als optimale Lösung bezeichnete Atommüllager im Salzbergwerk Asse 2 in der BRD ist nicht so problemlos, wie man der Bevölkerung weiszumachen versucht. Insbesondere der hochaktive, flüssige Atommüll wird zum Alptraum. In Edelstahltanks dürfen nur wenige hundert Liter gleichzeitig gefüllt werden, weil die über Jahrhunderte noch vorhandene Aktivität Wärme abgibt und je größer die Mengen in einem Tank sind umso schneller kocht der Müll. Die Tanks müssen alle 4o Jahre ausgewechselt werden, weil sie verrosten und leck werden. Man kann sich die mit der Lagerung, Bewachung und Betreuung des Mülls über Jahrhunderte auflaufenden Kosten kaum vorstellen. Die Kapitalisten rechnen offenbar damit, daß diese Kosten aus Steuergeldern getragen werden.

Ein weiteres Problem ist das unabschätzbare Risiko, daß sich in diesen Jahrhunderten unvermutet Wassereinbrüche oder geologische Veränderungen ergeben. Die benachbarten Gruben Asse 1 und Asse 3 sind bereits abgesoffen. Der Zugang zu den in einigen Hundert Metern Tiefe verschlossenen Mülltanks wäre dann versperrt und eine nukleare Katastrophe würde von da an wie ein Damoklesschwert über künftigen Generationen hängen.

KEINE ILLUSIONEN ÜBER DIE BÜRGERLICHEN POLITIKER HEGEN !

In die Äußerungen des Handelsministers dürfen allerdings keine Illusionen gesetzt werden: Wir leben in Vorwahlzeiten, und bürgerliche Politiker sind da stets bestrebt alles zu unternehmen, um Wählerstimmen auf ihre Seite zu ziehen. Die Tatsachen sprechen vorläufig noch immer gegen einen Meinungsumschwung bei den bürgerlichen Politikern. Die Vorbereitungen für den Bau in St. Pantaleon gehen ungehindert weiter. In Zwentendorf rechnet man fest mit der Inbetriebnahme im Jahr 1976.

Daher ist nach wie vor Aufgabe aller KKW-Gegner, die Politiker, besonders im Wahlkampf, festzunageln und aufzuzeigen, daß sie sich den Hauptforderungen immer noch nicht unterworfen haben, die heissen:

UNWIDERRUFLICHER UND ENDGÜLTIGER STOPP JEGLICHER BAUVORBEREITUNGEN IN St. PANTALEON

KEIN KERNKRAFTWERK IN St. PANTALEON

Die KKW-Gegner müssen auch verstärkt Wege finden, auf nationaler Ebene zusammenzuarbeiten, um die Inbetriebnahme des Werkes in Zwentendorf zu verhindern. Die Voraussetzungen dafür sind günstig, weil sich immer mehr Menschen in ganz Österreich in kleinen Gruppen, Komitees und Bürgerinitiativen zusammenschließen, um sich organisiert mit der Frage der Kernkraftwerke zu befassen und ihre Gegnerschaft zum Ausdruck zu bringen.

F.F

---

zu surren an und man sah einen kleinen Menschenstrom ins Info-Zentrum marschieren. Wenn das nun einer zu Hause auf dem Bildschirm sieht, wird er sich leicht denken, na schau dir an, da interessieren sich aber viele Leute dafür, da muss schon was dran sein. Aber ist es wirklich so? Auf unsere Bemerkung hin, dass alles gestellt und das Interview vorher abgesprochen sei, wusste man nichts zu sagen. Die Kernkraftwerksbetreiber haben ein ungeheures Kapital hinter sich und setzen es auch voll und ganz ein um das KKW durchzudrücken. Die KKW-Gegner haben nur das Geld aus ihren Taschen, und das ist nicht viel-aber sie haben die Menschenmassen hinter sich und die sind stärker als jeder Feind, sei er noch so gross und geldkräftig.



DAS KKW ST. PANTALEON WIRD NICHT GEBAUT !!

Leserbrief von KKW-Gegnern aus:
Innsbruck
St. Georgen/Gusen und
Linz

Wozu braucht man Atomstrom

DIE LÖSUNG DES ENERGIEPROBLEMS IST EINE FRAGE DES GESELLSCHAFTSSYSTEMS

In den letzten 10 Jahren hat sich der Verbrauch an elektrischer Energie verdoppelt. Das war bisher eines der stärksten Argumente der Energiegesellschaften und der bürgerlichen Politiker, um den Bau von Kernkraftwerken zu rechtfertigen. Denn, so argumentierten sie, "wenn wir nicht ausreichend sichere und preisgünstige Stromversorgung gewährleisten, sind eine Menge Arbeitsplätze in Gefahr".

DER KAPITALIST HAT KEIN INTERESSE AM GEBRAUCHSWERT

Niemals aber wurde die Frage gestellt, warum der Energieverbrauch so stark zugenommen hat. Die Zunahme liegt vor allem in der schrankenlosen Ausdehnung der Produktion und ihrer Ausrichtung auf Verschwendung und Verschleiß. Das haben auch die meisten Gegner der Atomenergie erkannt, selbst wenn sie nicht glauben, daß zur Lösung der Energiefrage eine radikale Änderung des Gesellschaftssystems notwendig ist.

So schreiben Gruber und Weihs:"Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, genauer ihre Manager und Kapitalbeteiligten (z. B. Energieanleihezeichner, Gebietskörperschaften usw.), profitieren vom Verkauf elektrischer Energie und nicht von der Stromersparnis. Nicht Stromsparstrategien wurden entworfen, sondern es werden Strategien zur Steigerung des Verbrauchs praktiziert. Energieverbrauch ist der Motor zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen einer Minderheit".... , die Bevölkerung wird durch kriminelle Methoden der Kraftwerkspropaganda irregeführt, um unüberlegte Erhöhungen des Stromverbrauchs durchzusetzen." (Radioaktivität als Krankheitsfaktor , S. 49) Genauso denkt eine Gruppe von Biologiestudenten an der Universität Salzburg:" Es ist in unserem - auf die Konkurrenz zwischen einzelnen Unternehmen aufgebauten - marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem so, daß nicht die Güte oder der Nutzen der Produkte, sondern ausschließlich der größere Absatz (als der der Konkurrenz) das oberste Ziel der Produktion ist. Die Logik der Kapitalverwertung überschattet jede andere Logik. (Atomenergie S. 58). Dazu ein anschauliches Beispiel: Dr. R. Schafer (Porsche Entwicklungszentrum, Mitarbeiter der Studie Langzeitauto) schreibt:"..Daß wir in der BRD im Jahre 1972 3,5Mil. PKW plus Kombi gebaut haben, und wenn man davon ausgeht, daß die Produktion eines Wagens etwa 10.000 kWh kostet, dann werden also für eine derartige Jahresproduktion 35 Mrd. kWh benötigt. Wenn die Autos aber doppelt so lange halten, ist der Energieverbrauch nur halb so groß." 35 Mrd. kWh ist mehr als der gesamte österreichische Energieverbrauch 1973: 29,7 Mrd. kWh.

ALLSEITIGE NUTZUNG UND UMFASSENDE PLANUNG IST NOTWENDIG

Zur Lösung des Energieproblems, wenn man den Bau von Kernkraftwerken ausschließt, weil sie das Problem nicht lösen, sondern nur verlagern, schlagen viele KKW-Gegner deshalb vor: Gebrauchsgüterproduktion statt Verschleißgüterproduktion, keine Produktion von sinnlosen Gütern (z. B. Plastikverpackungen), Recycling (= Verwertung von Abfallstoffen), stärkere Koordination der Produktionsstätten (Abwässer, Abgase und Abfälle der einen Fabrik können oft Rohstoff einer anderen sein), Verbesserung des Wirkungsgrades der bisherigen Energiegewinnungsmethoden, Einsparung von Energie beim Transport (Umstellung von Straßen- auf Schienentransport bei den Gütern und Ausbau der Nahverkehrsmittel, wodurch man die Verschwendung beim Individualverkehr verringern könnte), Verringerung

KURIER, 12.8.75

Erbsünde...

Es ist grotesk: Das sogenannte Langzeitauto könnte eigentlich sofort gebaut werden. So haben es Fachleute, die im Auftrag des Bonner Forschungsministeriums tätig waren, festgestellt.

Man denke: Keine Wegwerfkarossen mehr. Zwanzigjährige Lebensdauer. Rundherum alles Qualität. Ein Rolls-Royce für jedermann. Und dazu nur um 30 Prozent teurer als die herkömmlichen Blechkutschen. Modernstes Biedermeier. Und keine Wrackhaufen in der Gegend.

Leider auch nur ein Biedermeiertraum: Denn die volkswirtschaftlichen Nachteile, so heißt es, wären zu groß. Wirklich gute Autos – das wären auch weniger Autos.

Also wird weitergeschuftet. Und Schleißigeres produziert. Damit nicht die ganz große Krise kommt. Manchen fällt diese Geschichte von der Erbsünde wieder ein. – Pl –

So versucht der KURIER die Verantwortung für die Folgen der kapitalistischen Profitwirtschaft auf eine überirdische Macht abzuschieben.

KKW gefährdet Donauraum

Wissenschaftler fordern:

"Die Interessen der Menschen im Donauraum müssen in jeder Hinsicht wahrgenommen werden."

Gegen den nach wirtschaftlichen Interessen orientierten rücksichtslosen Bau einer Reihe von Fluß- und auch Kernkraftwerken an der Donau sprachen sich vor kurzem zwei Wissenschafter des österreichischen Instituts für Raumplanung aus. Sie weisen darauf hin, daß durch die infolge des Baus von Flußkraftwerken auftretende Verringerung der Durchflußgeschwindigkeit sogar bis auf ein Zehntel die Selbstreinigungskraft des Donauwassers stark herabgesetzt wird, was sehr bald zu einem völligen biologischen Absterben des Gewässers führen könnte (selbst bei vollständigem Ausbau von Kläranlagen).

Durch das Ausbaggern des Flußbettes werden die angelagerten Flußsande beseitigt, die bisher Gift- und Schadstoffe ausfilterten. Das bedeutet eine ernste Gefahr für das Trinkwasser der umliegenden Gemeinden.

Durch Intensivierung des Schiffsverkehrs ist weiters eine starke Zunahme an Verölung und Verschmutzung zu erwarten. In diesem Zusammenhang lehnen die Wissenschafter auch den Bau von Kernkraftwerken ab, deren Kühlwasser die Donau stark erwärmt. (Das Kühlwasser des KKW Zwentendorf wird die Donau bei Wien um ca. 6 Grad Celsius erwärmen, was zu verstärkter Nebelbildung führen wird und auch das biologische Gleichgewicht des Wassers stört.)

In einem "Presse"-Interview weisen sie darauf hin, daß bei den zuständigen Magistratsabteilungen ähnliche Untersuchungen über mögliche Auswirkungen des Donauausbaues vorliegen, die aber der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Nüchtern meinen sie dazu: "Bei der wirtschaftlichen Nutzung der Donau sind ja ungeheure Interessen im Spiel." (Presse, 23.7.75)●

wirklich?

von Wärmeverlusten bei Gebäuden usw. usf.

Wir sehen: Eine Menge von brauchbaren und nützlichen Vorschlägen, wie die vorhandene Energie besser genutzt und sinnvoller eingeteilt werden könnte. Wie aber stellen sich unsere Freunde die Durchsetzung dieser Pläne vor? Denn offensichtlich geht die Tendenz in unserer Gesellschaft nicht automatisch in Richtung Stromsparen durch vernünftigere Einteilung und Nutzung. Als notwendige Maßnahmen schlagen sie daher vor:

- gesetzliche Vorschriften für eine hohe Haltbarkeit von Produkten
- Produktionseinschränkung von sinnlosen Gütern
- gesetzliche Auflagen für Recycling
- Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel zur Eindämmung des Individualverkehrs
- Bauvorschriften zur Verringerung der Wärmeverluste bei Gebäuden

Alle diese Vorschläge sind den Herren in der Regierung wohlbekannt.
Alle diese Vorschläge haben aber auch einen Nachteil für die Kapitalisten und ihren Staat: sie schmälern den Profit.

DER BÜRGERLICHE STAAT IST DAS INSTRUMENT DER KAPITALISTENKLASSE

Nehmen wir einmal an, ein Minister sei seiner politischen Funktion als Handlanger der Kapitalistenklasse überdrüssig und er schlägt tatsächlich vor, ein Gesetz zu machen für die hohe Haltbarkeit von Produkten, was würde geschehen? Zunächst einmal gar nichts, weil das Parlament nicht aus Volksfreunden besteht, denen das Wohl des Volkes am Herzen liegt, sondern aus Volksvertretern, die sich am Interesse des Kapitals orientieren, deshalb würde so ein Vorschlag gar nicht angenommen werden und der Minister für unfähig erklärt und abgesägt. Aber nehmen wir weiter an, es würde so ein Gesetz zustande kommen und die Kapitalisten müßten ihre Produkte mit der doppelten Haltbarkeit ausstatten, was wäre die Folge? Sie würden nur die Hälfte verkaufen, und wenn sie weiterhin Gewinn machen wollten, das heißt weiterhin Unternehmer bleiben wollen, müßten sie die Hälfte der Arbeiter oder mehr entlassen und die Produktion drastisch einschränken. Nachdem aber: weniger Arbeiter ausbeuten, weniger produzieren und weniger verkaufen gleichzeitig heißt: weniger Gewinn scheffeln, so ist das unvereinbar mit dem Interesse jedes Kapitalisten. Mit solchen Vorschlägen rüttelt man zwar an den Grundfesten des Kapitalismus, aber man findet keine Lösung innerhalb des Systems.

Es ist also nicht der bürgerliche Staat, der diese Vorschläge verwirklichen wird, weil der Staat das Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse ist. Im Gegenteil, dieser Staat verwendet Steuermittel dazu, den Kapitalisten ihre Profite zu sichern, statt sie zu zwingen, umweltfreundlich zu produzieren.

Diese Vorschläge, die davon ausgehen, daß "Wirtschaftlichkeit" vom Standpunkt des ganzen Volkes aus bestimmt werden muß und nicht vom Standpunkt des einzelnen Betriebes, können nur durchgesetzt werden, im offenen Klassenkampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat; indem die Arbeiterklasse und das Volk ihre Interessen in einzelnen Fragen durchsetzen und schließlich die Staatsmacht übernehmen.

KERNENERGIE SICHERT KEINE ARBEITSPLÄTZE

Noch eine zweite Frage hat in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung. Kernenergie soll nach Ansicht der bürgerlichen Politiker und Kernkraftpropagandisten Arbeitsplätze sichern. Wenngleich so anschauliche Beispiele wie die USA bereits genau das Gegenteil beweisen, so läßt sich auch überall sonst leicht der Beweis der Unwahrheit dieser Behauptung antreten. Der gestiegene Energieverbrauch der letzten Jahre war verursacht durch die schrankenlose Ausweitung der Produktion. Diese Ausweitung war zum Teil nur möglich durch die Ersetzung von Arbeitskräften durch Maschinen, die wesentlich mehr Strom benötigen. Jetzt in der Krise, versuchen die Kapitalisten fieberhaft noch stärker zu rationalisieren, d.h. Arbeitskräfte durch Energie zu ersetzen, um die Produktionskosten zu drücken. Nachdem aber alle Kapitalisten dasselbe im Sinn haben, finden die "überflüssigen" Arbeiter keine neue Beschäftigung mehr und die Arbeitslosigkeit steigt. Genau das Umgekehrte ist also wahr: Höherer Energieeinsatz setzt Arbeitskräfte frei statt Arbeitsplätze zu sichern. Das zeigt sich in der "Überproduktionskrise" nun besonders krass.

Steigender Bedarf an elektrischer Energie ist demnach kein Argument für den Bau von Kernkraftwerken, sondern ein Argument gegen die Anarchie in der Produktion der kapitalistischen Gesellschaft und ein Argument für den Kampf um den Sozialismus, wo die Energiefrage durch allseitige Nutzung und umfassende Planung gelöst werden kann, weil das Volk die Macht hat.

F.F.

Spendet für den Aufbau des kommunistischen Pressewesens

Den Kampf um ihre Rechte und Interessen kann die Arbeiterklasse nur führen mit einem Kampfstab, der mit dem Programm des Kommunismus ausgerüstet ist. Die österreichische Arbeiterklasse ist heute ohne eine solche politische Klassenorganisation. Die SPÖ verwaltet heute direkt die Geschäfte der Bourgeoisie. Die KPÖ hat den Weg des Revisionismus eingeschlagen und die Sache des Kommunismus verraten.

Einen Beitrag zum Aufbau der Partei der Arbeiterklasse zu leisten, betrachtet der Kommunistische Bund- Linz als seine Hauptaufgabe. Zur Erfüllung unserer politischen Aufgaben ist der Aufbau eines kommunistischen Pressewesens unerläßlich. Einen wichtigen Schritt dazu haben wir gesetzt mit der Herausgabe unserer Zeitung.

Die Schaffung der technischen Voraussetzungen (Druckmaschinen, Lokal) für die Ausweitung unserer Publikationstätigkeit erfordert große finanzielle Mittel, die wir durch die Beiträge der Mitglieder alleine nicht aufbringen können.
Deshalb führt der KB-Linz in der Zeit vom 1. August bis 1. November eine Spendensammlung durch, bei der S 3o.ooo.- aufgebracht werden sollen.
Wir rufen alle, die unsere politischen Anschauungen teilen, auf, den Aufbau eines kommunistischen Pressewesens zu unterstützen durch Spenden auf das Konto:

PSK 2405.892 KOMMUNISTISCHER BUND - LINZ (KB-LINZ) 4o2o Linz

Über die Ergebnisse der Spendensammlung werden wir laufend in der Zeitung berichten.

In der Zeit vom 1. bis zum 31. August sind S 6.264,-- an Spenden eingetroffen, und zwar:

R.B. 2o,--, Post Parklstr. 266.-, P.+H.K. 5oo.-, P.B. 1oo.-, H.S. 1oo.-, A.F. 1oo,-, B.K. 5oo.-, J.A. 129.-, R.Z. 3o.--, R.St. 5o.-, Fest Chris 1oo.-, F.B. 1o.-, A.H. 1oo,--, H.D. 5oo,-, D.H. 1ooo,-, H.Z. 1ooo,-, S.St. 1ooo,-, W.H. 5o.-, [illegible]-Aufbauzelle 8o.-, H.Z. 24o.-, A.J. 5o.-, Klassenkampf Leserkreis (insgesamt) 74,7o, Spenden aus dem Zeitungsverkauf (insgesamt) 1o6.- Spendensammlung Lokal Herrenstr. 158.3o

CHILE

Fortsetzung von Seite 1

braucht, um nicht vor Hunger zu sterben und Kälte zu leiden. (Eine Arbeiterfamilie umfaßt jedoch in Chile meist mehr als 4 Personen.) Einem Minimalhaushalt für eine Familie von 208350 steht ein Mindestlohn von 147 000 gegenüber - ein Großteil der chilenischen Arbeiterklasse leidet Hunger und kann nicht einmal die notwendigsten Bedürfnisse befriedigen. Auch wenn ein Arbeiter 40, 50 und mehr Stunden arbeitet, so reicht der Lohn nicht hin, um seine Familie bis zum 20. des Monats zu ernähren. So hat in den Städten die Bettelei, die während der Unidad Popular Regierung schon fast völlig verschwunden war, nach dem Putsch in erschreckender Weise wieder zugenommen.

DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK DER JUNTA IST GESCHEITERT

Als die Regierung der UNIDAD POPULAR im September 73 durch die Junta gestürzt wurde, trat diese mit dem Versprechen an, die angeblich chaotische wirtschaftliche Situation rasch zu beheben. Sie versprach durch eine völlige wirtschaftliche Liberalisierung ein "Vertrauensklima" zu schaffen, das ausländische Investitionen anlockt und die kapitalistische Wirtschaft in Wirtschaft in Chile wieder ankurbelt. So wurde das Land dem Imperialismus geöffnet und die äußerste Ausbeutung der Arbeiterklasse organisiert. Das Ergebnis nach 2 Jahren: die ausländischen Investitionen sind fast ausgeblieben, der innere Markt ist fast völlig zusammengebro chen, weite Teile der Bevölkerung leben am Rand oder unter dem Existenzminimum, mittlere und kleinere Unternehmen brechen zusammen, die Arbeitslosigkeit wächst. In Santiago erreichte die Arbeitslosigkeit nach offiziellen Angaben 12,4%, im Bauwesen übersteigt sie 20%. Alle Staatsbetriebe haben einen totalen Einstellungsstopp bis Ende des Jahres.

Im Augenblick ist es das wichtigste Ziel der Junta, die Inflation von ca. 400% im Jahr zu bremsen. Deshalb werden auf drastische Weise die öffentlichen Ausgaben verringert. Die wirtschaftliche Repression und die Aushungerung des Volkes sollen dazu beitragen, die Arbeiter und das Volk zu demoralisieren, ihnen die physische Möglichkeit zu rauben, sich zu organisieren und den Widerstand aufzunehmen.

DIE JUNTA IST POLITISCH ISOLIERT

Auch Leute, die am aktivsten zum Sturz der Allende-Regierung beitrugen, wie die Lastwagenbesitzer oder die Händler, wenden sich heute offen gegen die Junta, weil ihre Existenz bedroht ist. Die Widersprüche zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie vertiefen sich, sodaß die Position der Junta ständig schwächer wird, obwohl sie noch die Kontrolle innerhalb der Streitkräfte behält. In dem Maß, in dem sie ihre soziale und politische Basis verliert, muß sie sich verstärkt auf die Streitkräfte stützen.



Selbst Kindergärten werden von den Schergen der Junta überwacht

WIE ORGANISIERT SICH DIE ARBEITERKLASSE UND DAS VOLK ZUM WIDERSTAND ?

Nach einer Phase der Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterbewegung und des Widerstandes im ersten Jahr der Junta-Herrschaft, haben es die Massen gelernt sich unter den neuen Bedingungen der terroristischen Unterdrückung zusammenzuschließen und Kämpfe zu führen. Der Widerstand hat sich konsolidiert. Die politischen Kräfte haben im Untergrund ihre Strukturen wieder aufgebaut und die Arbeit unter den Arbeitern und Bauern wieder aufgenommen.

Heute entwickeln die Arbeiter, Bauern und die Bewohner der Elendsviertel neue Organisationsformen: Fabrikskommissionen, Bauernräte und Widerstandskomitees. Das sind politische Massenorganisationen, die unter den Bedingungen der Illegalität gebildet werden und arbeiten. Sie stellen die anerkannten Organe der Massen dar und sind die Keime einer Einheitsfront gegen die Militärdiktatur. Sie kämpfen um die Verteidigung des Lebensniveaus der Massen, um die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und um den Sturz der Junta.

Die Bildung der proletarischen Einheitsfront ist gegenwärtig die wichtigste Aufgabe. Sie ist die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse das Volk um sich sammeln kann, um den Sturz der Junta herbeizuführen.

DIE FABRIKKOMMISSIONEN

Eine wichtige Bedeutung haben dabei die Fabrikkommissionen. Die Einheitsgewerkschaft CUT ist verboten. Die Arbeiter haben praktisch keine Möglichkeit, ihre Forderungen organisiert vorzutragen. Wenn zwei , drei Kollegen sich besprechen wollen und zusammenstehen, machen sie sich schon verdächtig.

Was noch existiert sind die Betriebsgewerkschaften. Sie werden von der Junta kontrolliert, die auch die Funktionäre einsetzt. Nach dem Willen der Junta sollen sie der verlängerte Arm der Betriebsleitungen und der Militärs sein, Instrumente der Kollaboration. Trotzdem versuchen die Arbeiter, diese Gewerkschaften zu

nutzen, sie von der Basis her umzudrehen, und sie zu zwingen, die Arbeiterforderungen zu vertreten. Eine wichtige Aufgabe der Fabrikkommissionen ist es, die gewerkschaftlichen Forderungen mit den politischen zu verbinden - sie müssen als illegale politische Führung der Betriebsgewerkschaft funktionieren. Die Kommissionen ersetzen weder die Gewerkschaften noch die Parteien. Im Gegenteil, nur durch eine richtige Zusammenarbeit aller drei Organisationsformen der Arbeiterklasse wird es gelingen, den Widerstand zu entwickeln.

Der revolutionäre Volkswiderstand verstärkt sich, um zu siegen!

Das Ziel der augenblicklichen taktischen Periode ist der Sturz der Diktatur der Monopole und des Imperialismus, die heute durch die Militärjunta repräsentiert wird, und die Errichtung einer revolutionären Regierung des Volkes, die provisorischen Charakter hat.

Dieses Ziel zu erreichen, bedeutet einen langwierigen und schwierigen Kampf des chilenischen Volkes. Die Herausbildung der Widerstandsorganisationen unter den Bedingungen der schärften Repression ermutigt jedoch. Allein am 1. Mai dieses Jahres fanden mehr als 400 illegale Versammlungen statt, um den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse zu feiern.
Die Bewegung der chilenischen Arbeiterklasse vor dem Putsch wollte die sozialistische Revolution in Chile. Der Sturz der Junta wird der nächste Schritt sein auf dem Weg zum Sozialismus.

(nach einem Interview der Kommunistischen Volkszeitung des KB-Westdeutschland mit einem Vertreter der MAPU)

Österreichische Regierung unterstützt Junta

Vertreter der Regierungspartei haben wiederholt beteuert, daß die österreichische Regierung der chilenischen Militärjunta keine Unterstützung gewährt. Die Regierung hat aber nicht nur die Wiederaufnahme der Kredite für Exporte nach Chile zugestimmt, sondern außerdem der chilenischen Militärjunta im Jahre 1974 technische Hilfe im Wert von S 816.000 gewährt. Jeder Schilling, der heute in die Hände der Junta fließt, wird für Zwecke verwendet, die gegen die Interessen des chilenischen Volkes gerichtet sind.

(aus "Chilezeitung" des Chile-Komitees Wien)

Politische Demonstration gegen die Junta

Um Ihre Verantwortung für den Tod von 119 Chilenen abzuwälzen hat die chilenische Junta vor kurzem über die Presse in Brasilien und Argentinien verbreiten lassen, daß sich diese im Ausland gegenseitig umgebracht hätten. In Chile wurden von den von der Kirche organisierten Friedenskomitees sofort Nachforschungen über den Verbleib der Personen angestellt. Am 5. 6. August forderten mehrere Tausend Menschen auf einer Messe des katholischen Bischofs von Santiago die Militärs zur öffentlichen Rechtfertigung auf. Von der Kanzel wurde eine Erklärung der Angehörigen der Verschwundenen bekanntgegeben. Diese Demonstration gegen die Junta ist ein Erfolg der hartnäckigen Arbeit der Widerstandskomitees und Arbeiterparteien im Untergrund.
Die Junta kann heute die politischen Gefangenen nicht mehr so einfach verschwinden lassen, wie in den Wochen und Monaten nach dem Putsch vom 11. September 1973. Sie wird durch den wachsenden Widerstand gestellt und in die Enge getrieben. Unter dem Druck der Demonstration mußte selbst die juntatreue Zeitung "El Mercurio" über die Ereignisse berichten und die Forderungen unterstützen.



Diese Ereignisse müssen sorgfältig verfolgt werden. Gerade in bezug auf die politischen Gefangenen kann die internationale Solidaritätsbewegung sinnvoll Unterstützungsarbeit leisten.

Artikel	monatlicher Bedarf	Gesamtpreis
Brot	30 kg	42 [illegible]00 Escudos
Fleisch, Huhn, Fisch, Eier(2Dtzd)	6 kg	[illegible]960 Escudos
Öl,Kaffee	1 l + 170 g	12 300 Escudos
Zucker	5 kg	14 000 Escudos
Milch	1 kg	12 000 Escudos
Reis, Nudeln, Bohnen, Linsen	11 kg	25 890 Escudos
Wasch-, Heiz-, Transportmittel		77 000 Escudos
Gesamt		208 [illegible]50 Escudos

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Die Junta kann ihre Politik nur mit äußerster Härte und grausamster Unterdrückung durchsetzen. Der Kampf gegen den Belagerungszustand, den die Junta gegen das Volk aufrechterhält, ist gegenwärtig eine der wichtigsten Aktionen des chilenischen Widerstands.

So gab es eine große Unruhe im Volk, als die Ermordung der 119 bekannt wurde. Sofort fand eine Messe mit mehr als 4.000 Teilnehmern in der Kathedrale von Santiago statt, um dem Protest Ausdruck und Stimme zu verleihen.

Die Arbeiter, Werktätigen und alle fortschrittlichen Menschen müssen den Widerstand in Chile unterstützen. Sie können das, wenn sie die Unterstützungsarbeit an den Zielen des Widerstands ausrichten und sie entsprechend dem Charakter des Kampfes in Chile langfristig organisieren. Die Unterstützung des Kampfs des chilenischen Volkes um die Freilassung aller politischen Gefangenen in Chile ist gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben der Solidaritätsbewegung.

ANGOLA: Die Imperialisten verstärken ihre Einmischung und Aggression

Das angolesische Volk, das vierzehn Jahre einen unerbittlichen und aufopfernden Kampf um seine nationale Unabhängigkeit führte, soll durch den Imperialismus (der beiden Supermächte, aber auch GB, BRD, Frankreich) um die Früchte des Sieges betrogen werden. Wenn die bürgerliche Presse und Berichterstatter feststellen - " Angola versinkt im Chaos und Bürgerkrieg " - so berichten sie über Auseinandersetzungen der MPLA , FNLA, UNITA mit schadenfrohem Unterton. Unersättlich sind sie im Ausmalen der Schießereien und Massakern und dem Elend der Hungersnot. Verantwortlich sind nach diesen Darstellungen die angolesischen Befreiungsbewegungen selber. Mit Bedauern wird festgestellt, daß eines der reichsten Länder Afrikas wirtschaftlich am Boden liegt. Jedoch welche Wirtschaft kann man innerhalb eines Jahres ruinieren , doch nur eine, die wegen kolonialer Ausbeutung aus Monokulturen und etwas Bergbau bestand ! Nahegelegt wird, daß das Volk von Angola selber nicht mit der Verwaltung zurechtkommt und ihm dessen Führung nicht anvertraut werden darf. TAtsächlich wurden jedoch bereits während des Befreiungskampfes Verwaltungsorgane für die befreiten Gebiete geschaffen. Die bewährten sich! Die schmutzigen Verbrechen der Imperialisten sind die Ursache dafür, daß der Weg in die Unabhängigkeit Angolas und der Aufbau des Landes gefährdet ist. Sie schüren die Widersprüche innerhalb des Volkes, zwischen den Befreiungsbewegungen, um es so zu schwächen. Jetzt gehen sie bereits daran, an den Rändern Angolas offen deren Territorium an sich zu reißen.

In Cabinda , einer Provinz Angolas, die jedoch durch das Territorium von Zaire völlig vom übrigen Angola abgeschlossen ist, hat am 1.8. eine Organisation namens FLEC die Unabhängigkeit Cabindas erklärt. Wer hinter diesem Schritt steht liegt auf der Hand - die Cabinda Gulf Oil Co. förderte im vergangenen Jahr Erdöl im Wert von 1Mrd Dollar. Die südafrikanische Republik betreibt im Süden Angolas den offenen Landraub!

Der Siedler- und Rassistenstaat versucht nicht nur Land und Bodenschätze ,sondern auch wichtige Anlagen in seine Gewalt zu bekommen "Südafrikanische Truppenverbände haben das auf angolesischem Boden gelegene Vorfeld des Cunene-Staudammes bei den Ruacana - Fällen militärisch gesichert." (Frankfurter Rundschau 13.8.)

Nicht genug damit hat die SAR den Landraub weitergetrieben und ein zweites Gebiet "militärisch gesichert": "den Raum um die Staumauer von Calueque, eine Anlage im Rahmen der Regulierung des Cunene -Flusses. Die Sperre von Calueque liegt etwa 20 km von der Grenze entfernt. " (Frankf. Rundschau 15.8.)

Ende August stürmten Südafrikanische Truppen mit Panzern und Marinelandetruppen die erste angolesische Stadt, vertrieben die Bevölkerung und sprengten einige Häuser. Dieser Piratenakt der SAR wird die Einigkeit der Befreiungsbewegungen gegen den Imperialismus stärken, auch wenn es der SAR vorläufig gelungen ist ein Stück Angolas an sich zu reißen.

DIE IMPERIALISTEN VERSUCHEN EINIGUNGSBEMÜHUNGEN ZU TORPEDIEREN!!

Auf dem Treffen in Nairobi im Juni versuchten alle drei Befreiungsbewegungen ihre Differenzen friedlich beizulegen und einigten sich auf ein Programm für die Übergangsregierung und die Vorbereitung der Wahlen. Diese Schritte versetzten die Imperialisten in Entsetzen und sie versuchten durch politische Erpressung und Waffenlieferungen Mißtrauen zu sähen. Eine direkte militärische Intervention der Imperialisten ist nicht auszuschließen.

Trotz aller Spaltungsmanöver der Imperialisten, die zu Uneinigkeit in einigen Fragen führte, sind sich die drei Befreiungsbewegungen darin einig, daß ihre Heimat weder koloniales noch neokoloniales Ausbeutungsobjekt sein darf.

h. d. ●

Ganz Afrika wird sich von Imperialismus befreien

ERFOLGREICHER ABSCHLUSS DER 12. GIPFELKONFERENZ DER ORGANISATION FÜR AFRIKANISCHE EINHEIT (OAU)

Am 1. August 1975 wurden in Kampala, der Hauptstadt von Uganda, von 46 Staats- und Regierungschefs Afrikas, mehrere Resolutionen und Maßnahmen abgeschlossen, die den entschlossenen, vereinten Kampf der afrikanischen Völker gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und gegen das Streben der beiden Supermächte nach Vorherrschaft, demonstrierten. Die OAU beschloß erstens, die entschiedene Unterstützung des bewaffneten Kampfes gegen die rassistischen Siedlerregimes. Zu Azania wurde gesagt, daß der " bewaffnete Kampf legitim ist als Mittel zur Ergreifung der Macht durch das Volk von Südafrika.

Die Resolution zu Zimbabwe ruft das Volk auf, am bewaffneten Kampf festzuhalten. Weiters soll das Volk seine Einheit bestärken, damit es seinen bewaffneten Kampf intensivieren und seine Erfolge sichern kann (Hsinhua, 28. Juli).

Die OAU übernimmt die Finanzierung und Ausbildung einer einheitlichen Befreiungsarmee, die in den Camps der FRELIMO (Mozambique) aufgebaut wird.



Zweitens: die Vertreter der afrikanischen Staaten der OAU begrüßten, daß Angola bald seine Unabhängigkeit vom portugisischen Kolonialismus erlangen und ein politisch unabhängiges Land sein wird. Sie fordern die Befreiungsorganisationen von Angola auf, ihre Kämpfe gegeneinander einzustellen, die Einheit unter ihnen herzustellen und gegen den Feind gemeinsam zu kämpfen.

Weiters beschloß die OAU verstärkten Druck auf den Zionistenstaat Israel auszuüben. In ihrem Resolutionsvorschlag versicherten die Außenminister die " vollständige und wirksame Unterstützung" des palästinensischen Volkes und des Kampfes der arabischen Völker. Sie bekräftigen erneut, daß der Kampf mit allen Mitteln geführt werden müsse, um die von Israel besetzten Gebiete zurückzuerobern und um die geraubten Rechte wiederherstellen zu können. Es sollen weitere Maßnahmen ergriffen werden, um "Israel seiner Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen zu entheben und die Teilnahme Israels an allen internationalen Konferenzen, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stattfinden, zu verhindern", solange wie es " verweigert, die arabisch besetzten Gebiete zu räumen und

Forts. nächste Seite

Aufruf der Gewerkschaft Boliviens

Seit Beginn dieses Jahres sucht die Militärdiktatur Banzer in Bolivien Zuflucht zu noch stärkerer Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes. Sie will den gerechten Kampf des Volkes in noch mehr Blut ertränken. Über dem ganzen Land hat die Regierung in abgelegenen Gegenden Gefangenenlager errichten lassen, wo unter unmenschlichen Umständen tausende von politisch Gefangenen, Gewerkschaftsvertreter, Studenten, Priester, Soldaten und Patrioten gefangengehalten werden. Ihren letzten volksfeindlichen Akt setzte die Regierung Banzer, als sie am 12. Juli dieses Jahres das gesamte Exekutivkomitee der zentralen Gewerkschaft (central obrera boliviana - COB) bei einer Konferenz in einer Kirche in der Stadt Oruru gefangennahm.

Bereits am nächsten Tag jedoch trat das neue Exekutivkomitee zusammen und hat in einem Aufruf an alle Arbeiter Boliviens und der ganzen Welt aufgefordert, den Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus zu verstärken.



Central Obrera Boliviana

Übersetzung der zentralen Parolen

"Genossen !

Kämpfen wir gegen die faschistischen Gorillas und gegen den nordamerikanischen Imperialismus !

Für die Freiheit unserer Völker und für den Sieg des Sozialismus !

alle nationalen Rechte des palästinensischen Volkes auf sein Vaterland vollständig anzuerkennen" (Hsinhua, 28.7.).
Arafat, der Vorsitzende der PLO, der einzigen legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes wurde von den Delegierten begeistert begrüßt. Er forderte dazu auf sich hinter die Forderungen der Konferenz der islamischen Staaten zu stellen, Israel auf der nächsten Vollversammlung aus der UNO auszuschließen. Alle afrikanischen Staaten haben seit dem Oktoberkrieg 1973 die diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen. Nun sollen alle restlichen wirtschaftlichen Beziehungen abgebrochen werden. Das Ziel ist, Israel international noch weiter zu isolieren.

Die Delegationen bestätigten, daß die politische Unabhängigkeit eines Landes nur durch seine wirtschaftliche Unabhängigkeit auf Dauer gesichert sein kann. Um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit von den ehemaligen Kolonialherren und den imperialistischen Länder zu stärken, haben viele afrikanischen Staaten in den vergangenen Jahren zunehmend die ausländischen Unternehmen nationalisiert oder eine Mehrheitsbeteiligung an ihnen angestrebt. Diese Politik wollen die afrikanischen Staaten fortsetzen. Die zwölfte Gipfelkonferenz der OAU demonstrierte die Kraft der nationalen Befreiungsbewegungen und der afrikanischen Länder in den internationalen Angelegenheiten nützte der Einheit unter den Völkern

fe. wa.



Südafrika:

5 500 Minenarbeiter umgekommen

Nach einer im Juni veröffentlichten Statistik sind in den südafrikanischen Bergwerken während der vergangenen zehn Jahre insgesamt 5.500 afrikanische Bergarbeiter bei Unfällen ums Leben gekommen.

(nach Le Monde, 3./4.8.75)

USA: Die Arbeiter treten in Aktion

880 000 Arbeiter haben dieses Jahr schon gestreikt

Während des ersten halben Jahres 1975 haben nach einem amerikanischen Regierungsbericht 2 600 Streiks stattgefunden, an denen sich 880 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligten. Diese offiziellen Zahlen, die sicher zu tief angesetzt sind, drücken demnach die gestiegene Kampfkraft der amerikanischen Arbeiterklasse aus. Die Arbeiter kämpfen in der Hauptsache gegen Entlassungen und die Abwälzung der wirtschaftlichen Krise des amerikanischen Monopolkapitals auf ihren Rücken. Nach offiziellen Angaben gibt es inzwischen 8,6 Millionen Arbeitslose in den USA die höchste Zahl seit dem Zweiten Weltkrieg.
Von einem Streik, den 10 000 Arbeiter auf einer U-Boot-Werft im Bundesstaat Connecticut Anfang Juni organisierten, wird berichtet, es sei der größte Streik, der seit 15 Jahren in diesem Bundesstaat organisiert worden sei. Am 26. April hatten 60 000 Arbeitslose aus verschiedenen Bundesstaaten in Washington auf einer Demonstration Arbeit gefordert. Tausende von Arbeitern der 19 Krankenhäuser New Yorks hatten am 5. Mai gegen die Schließung von 5 Krankenhäusern mit einer Demonstration protestiert. Wegen drohender Entlassungen infolge der Finanzmisere der Stadt New York haben Angehörige aller städtischen Betriebe und der städtischen Verwaltung immer wieder Streiks und Demonstrationen durchgeführt, an denen sich selbst große Teile der Polizei beteiligten.
(nach: Hsinhua, 3.8.)
Um die volle Schwere ihrer ökonomischen Krise den Arbeitern aufzulasten, zwangen die Kapitalisten in Kollaboration mit Gewerkschaftsführern den Arbeitern beim Abschluß von neuen Arbeitskontrakten viele Unterdrückungs- und Ausbeutungsbestimmungen auf, die tatsächlich eine Reduzierung der Reallöhne der Arbeiter bedeuten. Die amerikanische Zeitschrift "Fortune" berichtete, daß in den neuen Kontrakten die Reallöhne der Ölarbeiter um 11 Prozent, die der Eisenbahn-Arbeiter um 13 Prozent und die der Angestellten im Einzelhandel um 5Prozent reduziert wurden.
Die amerikanische Arbeiterklasse antwortete diesem Angriff der Monopolkapitalisten mit entschlossenem Gegenangriff. Zum Beispiel führten 600 000 Postarbeiter im Juni und Juli einen gut vorbereiteten Kampf, bevor ihr Kontrakt am 20. Juli abgelaufen war. Am 8. Juni hielten in New York über 2000 Postarbeiter eine Kundgebung ab, und am 19. Juni demonstrierten in Washington 2500 Postarbeiter. Angesichts des entschlossenen Kampfes der Arbeiter waren die Postbehörden gezwungen, ihre Forderungen zu erfüllen.
Die Monopolkapitalisten griffen auch zur Überstundenhetze, Beschleunigung des Arbeitstempos und zu anderen Maßnahmen, um die Arbeiter noch mehr ausbeuten zu können, und verschlechterten die Arbeitsbedingungen. Dies mobilisierte noch mehr Arbeiter zur Teilnahme am Streikkampf. Anfang Juli traten 10 000 Arbeiter in einer Fabrik in Groton, Connecticut, die für die US-Marine nukleare U-Boote herstellt, in den Streik, das war der größte Streik in diesem Staat seit fünfzehn Jahren.
Viele Streiks hatten eine lange Dauer. Zum Beispiel haben die Schlachter in Milwaukee ihren Streik, der seit dem Januar dieses Jahres läuft, noch nicht beendet. Die Ingenieure der Burroughs Gesellschaft, der zweiten größten Computer-Gesellschaft in den USA, haben über 42 Wochen gestreikt.

Red. (nach Berichten der Hsinhua)

5 Neue Mitglieder in der OAU

Die Staaten der OAU nahmen auf iher 12. Gipfelkonferenz in Uganda fünf neue Staaten auf. Nämlich die Staaten: Guinea Bissau, Mozambique, die Kapverdischen Inseln, Sao Tome und Principe sowie die Kamoren. Seit dem 2. Weltkrieg sind 43 afrikanische Staaten unabhängig geworden. Alle diese Staaten sind in der OAU. Dieser Zusammenschluss drückt den entschlossenen Willen der Völker nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit aus. Die OAU beschloss zusätzlich einen Hilfsfonds, um die fünf neuen Staaten vor erneuten Zugriffen des Kolonialismus zu schützen. Alle Afrikanischen Staaten wollen sich an diesem Fonds beteiligen.



REISEBERICHT AUS ALBANIEN

Die Arbeiter sind die Herren der Fabrik

Im Juli besuchte eine österreichische Reisegruppe die sozialistische Volksrepublik Albanien und konnte sich dabei von der Falschheit und Verlogenheit der Propaganda, in der österreichischen Presse über dieses Land überzeugen. Die Erfolge, die das albanische Volk beim Aufbau des Sozialismus bereits erzielen konnte, werden bei uns totgeschwiegen oder verleumdet. Kein Wunder, fürchtet doch die Bourgeoisie, daß das Beispiel, des albanischen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse auch bei uns Schule machen kann und wird. Von einem Linzer Reiseteilnehmer ist der folgende Bericht:

Kennzeichnend für die Verhältnisse in Albanien ist, daß das Volk seine Geschicke selbst unmittelbar in der Hand hat. Vor Jahren hat es durch die Revolution das private Eigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft und die Produktionsmittel vergesellschaftet. Produziert wird heute für die Bedürfnisse der Massen und nicht für den Profit eines Bonzen. Die Arbeiter und Bauern selbst ebnen sich den Weg für eine geplante wirtschaftliche Entwicklung und deshalb kennen sie auch keine Arbeitslosigkeit und keine Inflation. Mit der Beseitigung des Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus wurde die Wurzel der unsicheren Existenz der Werktätigen und der Ausbeutung ausgerissen. Bei seiner Arbeit und Produktion wird das albanische Volk von gemeinsamen Zielen geleitet.

Das Kupferdrahtwerk in Skhodra als Beispiel

Einen Eindruck davon, daß in Albanien die Arbeiterklasse selbst die Produktion in Händen hält und entsprechend ihren Interessen organisiert, bekommt man bei den Besuchen in den einzelnen Betrieben. So z. B. das Kupferdrahtwerk in der Stadt Skhodra im Norden des Landes. Das Werk wurde 1963-1965 mit der internationalistischen Hilfe der VR China errichtet; auch die überwiegende Anzahl der Maschinen stammt aus der VR China. In dem Betrieb wird Rohkupfer, das in den albanischen Bergwerken gewonnen und in Form von Blöcken dem Werk geliefert wird, zu verschiedenen Kupfer- und Alluminiumdrähten von 0,05 mm Durchmesser bis zu dicken Leitungskabeln verschmolzen. An den Maschinen stehen mehrheitlich junge Arbeiterinnen.



3 rote Fahnen auf dem Traktorenersatzteilwerk bei Tirana: Revolutionäre Klassenerziehung! Nur hohe Qualität ! Experimentieren zur vorfristigen Planerfüllung !

"Tafel des Lobes": Arbeitsprogramm der Gewerkschaft

Schon beim Betreten fällt so wie überall in Albanien die freundliche Gestaltung des Werksgeländes auf. Die Werksstraßen sind sauber und mit Bäumen, Sträuchern und Blumenbeeten bepflanzt. Rund um das Werk sind Sportplätze angelegt, die Wände der Hallen mit politischen Losungen und Parolen bemalt. In der Eingangshalle stellen die Arbeiter die von ihnen produzierten Werkstücke aus. Auf einer sgn. "Tafel des Lobes" sind einerseits vorbildliche Jungarbeiter und Gewerkschaftsmitglieder dargestellt, andererseits kann man dieser Tafel die verschiedenen Initiativen der Arbeiter sowie das aktuelle Arbeitsprogramm der Gewerkschaft entnehmen. So fanden sich etwa im Kupferdrahtwerk Berichte und Bilder über das laufende Kulturprogramm der Jungarbeiter und die Losungen, die die Hauptziele der gewerkschaftlichen Diskussion im Betrieb zum Ausdruck brachten. Einige davon lauteten: "Organisieren wir die öffentliche Diskussion der Qualität und Quantität der Produktion", "Studieren wir die Werke des Marxismus-Leninismus und die Werke des Genossen Enver Hoxha" oder " Laßt uns die Arbeiterkontrollgruppen entwickeln."

Arbeitskontrollgruppen: wichtiger Hebel der Herrschaft durch die Arbeiterklasse

Durch diese Einrichtung sagt die Arbeiterklasse unmittelbar ihr Wort über alles und jeden, achtet sie darauf, daß sich die Leitungsorgane des Betriebs-, aber auch die des Partei- und Staatsapparates, nicht von den Massen absondern und be kämpft so die in der sozialistischen Gesellschaft noch fortdauernden bürgerlichen Erscheinungen. Bis vor wenigen Jahren war die Arbeiterkontrolle noch in der Form von festen Kommissionen organisiert, die für einen längeren Zeitraum die Aufgaben der Kontrolle und der Rechenschaft ausübte. Diese Organisations-

form erwies sich als nicht schlagkräftig genug, weil sie die Entstehung bürokratischer und überheblicher Tendenzen innerhalb dieser Kommissionen selbst ermöglichte. Heute ist es so, daß Arbeiterkontrollgruppen in Hinblick auf ganz bestimmte Probleme und Fragen gebildet werden, d.h. auf Grund der laufenden Diskussion in den Gewerkschaftsversammlungen, durch die ganze Werksbelegschaft immer wieder neu gewählt und zusammengestellt werden. Das Wirkungsfeld der Arbeiterkontrolle ist nicht auf die Verhältnisse des eigenen Betriebs eingeschränkt, sondern erstreckt sich in gegenseitigem Austausch über alle landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe, über alle gesellschaftlichen Einrichtungen wie Krankenhäuser, Schulen, usw. sowie auf die Partei- und Staatsorgane. Grundlage ihrer Tätigkeit und der Wahl ihrer jeweiligen Mitglieder ist die Auseinandersetzung mit den Veröffentlichungen und Dokumenten der Partei zu allen wirtschaftlichen und politischen Fragen der Gesellschaft. Diese findet regelmäßig in den Gewerkschaftsversammlungen statt. Die letzte zentrale Aufgabe einer Arbeiterkontrollgruppe im Kupferdrahtwerk war der Kampf gegen die Aufblähung der Verwaltung im Rahmen der landesweit geführten Kampagne gegen den Bürokratismus. Das Ergebnis in diesem Betrieb: das Verhältnis von Verwaltungsangestellten zu Arbeitern im Werk wurde von 1:9 auf 1:7 heruntergeschraubt. Das schien uns nicht mehr verwunderlich, hatten wir doch bereits im Textilkombinat "MAO TSE TUNG" in Berat gehört, daß nachdem viele Leute aus der Verwaltung wieder direkt in die Produktion einbezogen w wurden, - dieser Betrieb mit 6.000 Arbeitern insgesamt nur 30 Verwaltungsangestellte hat.

Breite Diskussion des Produktionsplanes

Ein anderes zentrales Thema der Gewerkschaftsdiskussion im Betrieb ist die Diskussion des Produktionsplanes für 1976. Anschließend steht die Diskussion des gesamten Fünfjahresplans für die Jahre 1976 bis 1980 auf der Tagesordnung. Dieses Hauptziel der Gewerkschaft wird durch die Parole "Genossen Arbeiter, beteiligt euch an der Diskussion des Plans von 1976" zusammengefaßt, die gleich am Werkseingang angebracht ist.

Nicht billiges Ausbeutungsobjekt, sondern das Wertvollste ist der Mensch

Daß die albanischen Arbeiter keine Arbeitskräfte sind, die ein Kapitalist zum Zweck der möglichst profitablen Verwertung kauft, sieht man sofort an den Arbeitsbedingungen. Obwohl die Isolierung der Kupferdrähte des Werks in Skhodra unter anderem mittels Gummi, PVC und Kupferlack zum Teil üble Dämpfe und stickige Wärme hervorruft, ist die Luft in den Werkshallen durchaus angenehm; so angenehm, daß einige der österreichischen Reiseteilnehmer diese gar nicht mehr verlassen und in die sommerliche Hitze im Freien treten wollten. Die Maschinen sind mit bis zu drei Entlüftungs- und Absauganlagen versehen. Die Hallen selbst hoch gebaut und die Maschinen weiträumig angeordnet.

"Blitzbriefe": Bewährte Mittel der Kritik

Was passiert, wenn so eine Absaugvorrichtung kaputt und von der Betriebsverwaltung nicht rasch wieder instandgesetzt wird, hatten wir in der Plastikfabrik in Durres erfahren. Die Arbeiter haben hier ein bewährtes Mittel der Kritik und Anregung von Initiativen entwickelt: die berühmten "Blitzbriefe", wie sie die Albaner nennen. Die Arbeiter der Abteilung der Plastikfabrik, in der die Absaugvorrichtung nicht funktionierte, hatten solch einen Blitzbrief am schwarzen Brett in der Vorhalle angeschlagen. Sie kritisierten darin die Betriebsleitung und verlangten die sofortige Behebung des Schadens. Wir fragten, was auf diesen Blitzbrief hin passiert, und erhielten folgende Antwort: Die Genossen der Betriebsleitung müssen spätestens binnen 14 Tagen nach Anschlag dieses Blitzbriefes vor versammelter Belegschaft Rechenschaft über ihr Versäumnis ablegen und der geübten Kritik Folge leisten.

Man stelle sich vor, was wohl ein Arbeiter bei uns zur Antwort bekäme, wenn er solch einen Blitzbrief im Betrieb anschlagen würde: das Kündigungsschreiben!



In FLETE RRUFE, "Blitzblättern", kritisieren die Werktätigen Mißstände und Personen. Binnen 14 Tagen muß dort die Antwort veröffentlicht werden.

In dem Werk gibt es keine ungelernten Arbeiter, alle haben mindestens Berufsschulabschluß, bei dem der Unterricht unterteilt ist in theoretische, praktische und militärische Ausbildung. Etwa 70 % der Arbeiter haben eine Mittelschule absolviert, ein Teil besucht die Universitätsfiliale in der Stadt. Dem Betrieb ist eine eigene Technologische Schule angeschlossen, in der die Arbeiter Gelegenheit haben, sich in 4-Jahreskursen weiter zu qualifizieren.

Hervorragendes Betriebsgesundheitswesen

Wie alle Betriebe verfügt das Werk über ein eigenes Gesundheitsambulatorium mit Ärzten und Krankenschwestern und wie alle Betriebe mit einem hohen Anteil weiblicher Arbeiter ist eine gynäkologische Abteilung eingerichtet. Wenn ihre Kinder krank sind, erhalten die Mütter je nach Pflegebedarf des Kindes Urlaub, auf jeden Fall aber für drei Tage. Während dieses Urlaubs bekommen sie 75 % ihres Tageslohnes bezahlt. Bei länderer Krankheit des Kindes versucht man auch den Vater abwechselnd für die Pflege zu gewinnen, wobei dieselben Urlaubsbedingungen gelten wie für die Mutter. Mütter, deren Kinder in der angeschlossenen Kinderkrippe von Säuglingsschwestern liebevoll betreut werden, können alle 2 Stunden für eine halbe Stunde ihr Kind stillen gehen.
Zur Gesunderhaltung aller Arbeiter wird täglich gemeinsam Frühsport betrieben. Jeder Arbeiter wird alle 3 Monate medizinisch untersucht.

Nicht Lohnraub, sondern wachsender sozisler Wohlstand

Die Löhne der albanischen Arbeiter werden nach dem sozialistischen Prinzip: Jedem nach seiner Leistung gezahlt. Es gibt in Albanien nur mehr 5 Lohngruppen, bestimmt nach der

ALBANIEN Fortsetzung

Schwere der Arbeit und der Qualifizierung des Arbeiters. Zu welcher der fünf Arbeitskategorien ein Arbeiter zugetielt wird, entscheidet das technologische Büro, in dem gewählte Arbeiter und technische Kader vertreten sind. Die Verdienstspanne in den verschiedenen Betrieben liegt ca. zwischen 550 und 800 Lek im Monat Minimum und Maximum. So verdient ein Arbeiter ca. 600 Lek monatlich, ein technischer Kader im Schnitt 700, die Direktoren in der Regel 800 lek. Kein Direktor, kein höherer Staatsfunktionär verdient mehr als das Doppelte eines Arbeiterlohnes. Im Kupferdrahtwerk Skhodra verdienen die Arbeiter durchschnittlich 650 Lek monatlich, das Maximum 700 Lek. Dies erhalten die Arbeiter der Lackierabteilung, die die schwersten Arbeitsbedingungen haben, der Leiter des Betriebes, eine Frau, verdient weniger. Materielle Prämien zur Leistungssteigerung gibt es nicht. Vorbildliche Arbeiter werden als "Held der Arbeit" gefeiert. Ihre Bilder finden sich auf den Plakatwänden in den Städten, auf der "Tafel des Lobs" vor dem Betrieb.
In Albanien ist kein Arbeiter durch Lohnraub bedroht. Ganz im Gegenteil, ihr Lebensstandard wird planmäßig und kontinuierlich erhöht durch die Senkung der Preise auf Grund der Produktivitätssteigerungen.

M. Z. /Red.



"Wenn die Arbeiterklasse wachsam ist, ist der Bürokratismus tot. Wenn die Arbeiter nachlassen, erhebt sich der Bürokratismus"

Was ein albanischer Arbeiter monatlich ausgibt

Er verdient im Durchschnitt 600 Lek im Monat netto. Da 90 % der albanischen Frauen berufstätig sind und es keine Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau gibt, verdoppelt sich das Einkommen einer Arbeiterfamilie auf ca. 1200 Lek. Kein einziger Lek davon geht nachträglich noch durch Steuern verloren, denn es gibt weder Lohn-, Mehrwert- noch sonst eine Steuer - man hat sie längst abgeschafft. Von diesen 1200 Lek werden meistens 600 Lek ausgegeben und ein Einkommen kann gespart werden. Von den 600 Lek werden im Monat ausgegeben:

-- für Miete incl. Betriebskosten (Wasser, Gas, Elektr.) ca. 18 Lek, denn nach einer Richtlinie darf die Miete 3 % des Einkommens nicht überschreiten. Viele Arbeiter zahlen aber gar keine Miete, denn sie haben gemeinsam mit Kollegen freiwillig ein Wohnhaus gebaut, wofür der Staat die Baumaterialien und die Spezialisten kostenlos zur Verfügung stellte.
-- für medizinische Versorgung nicht einen einzigen Lek, lediglich für Medikamente werden kleine symbolische Beiträge entrichtet. (Eine Reiseteilnehmerin mußte in der Nacht einen Arzt beiziehen. Sie hat dafür nicht einen Groschen bezahlt!)
-- für einen Kindergartenplatz je nach Art, für einen mit Essen (von 6 Uhr bis 19 Uhr) zwischen 40 und 70 Lek. Die Differenz bestimmt sich nach der Höhe des Einkommens und der Kinderzahl; für einen ohne Essen (von 6 Uhr bis 14 Uhr) nichts, diese sind kostenlos.
-- für Ausbildung (Schule, Kurse, usw.) der Besuch aller Schulen, auch der UNI ist gratis; Bücher, Schreibmaterial, usw., sind extrem billig; so kostet etwa ein Schulatlas 2,- Lek, ein Kinderbuch 1,- Lek, eine Tageszeitung o,2o Lek. Außerdem gibt es staatliche Stipendien, die sich nach der Höhe des Einkommens und der Zahl der Kinder richten. Die Kosten der fachlichen Weiterbildung eines Arbeiters (z.B. Besuch der UNI) trägt der Staat. Der Arbeiter bekommt während dieser Zeit seinen vollen Lohn bezahlt. Studiert er etwa 3 x wöchentlich 5 Stunden an der Filiale der UNI, so wird der Stundenlohn für diese Zeit vom Staat vergütet.
-- für Essen und Kleidung kann man sich ein Bild davon machen, wenn man die Preise für die wichtigsten Grundnahrungsmittel und Kleidungsstücke heranzieht. Die Preise sind stabil, sie werden nicht erhöht sondern entsprechend der Steigerung der Produktivität laufend gesenkt. Billig Essen können die Albaner in den Betriebskantinen und den zahlreichen Volksküchen. Die Kantinenpreise sind wesentlich niedriger als sonst, ein Essen in einer Volksküche kostet z.B. 3,- Lek (Fleischlaibchen, Gemüse und Brot.

1 kg	Brot	1,-- Lek
1 "	Milch	2,10 "
1 St.	Ei	0,70 "
1 kg	Tomaten	0,80 "
1 "	Schweinefl.	11,-- "
1 Pk.	Zigaretten	4,-- "
1 Fl.	Bier	1,20 "

1 Paar Schuhe	60,-- Lek
1 Hemd	25,-- "
1 Hose (Rock)	30,-- "
Kinderkleidung	xx)

xx) Beim Einkauf von Kinderkleidung gibt es Vergünstigungen für kinderreiche Familien, die Preise sind aber auch so sehr niedrig.

Gespart wird für größere Anschaffungen im Haushalt (Kühlschrank, Waschmaschine, Fernseher), für Familienfeste oder Urlaub. Während die Güter des täglichen Gebrauchs nicht viel und die Sozialleistungen gar nichts kosten, sind langfristige Konsumgüter noch relativ teuer, weil sie zum Teil noch importiert werden müssen. So kostet

1 Waschmaschine	2000,-- Lek
1 Fernseher	4000,-- "
1 Fahrrad	600,-- "
übertragen ab	100,-- "

PORTUGAL :

Die Revolution kann nicht stehen

In den letzten Tagen des August ist die fünfte Regierung nach dem Sturz des Caetano-Regimes gefallen. Daß diese Regierung unter Ministerpräsident Goncalves sich nicht lange halten können würde, war von Anfang an klar. Waren doch die Kräfte, auf die sich diese Regierung stützen konnte, schmaler als je zuvor. Die beiden sozialdemokratischen Parteien PSP und PPD, die bereits vorher aus der Regierung ausgetreten waren, versagten Goncalves ihre Unterstützung und forderten seine Ablösung. Auch in der MFA sprachen sich immer wieder wichtige Teile gegen den Ministerpräsidenten und seine Regierung aus. Auch bei revolutionären Organisationen fand die Regierung Goncalves keine Unterstützung. Vorbehaltlos unterstützt wurde sie nur durch die revisionistische, "kommunistische" Partei Portugals (PCP) und die ihr nahestehende MDP.

Gefallen ist diese Regierung jedoch vor allem, weil sie auf die rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in Portugal und auf die sich immer mehr zuspitzende politische Krise keine Antwort hatte.

DIE VERSCHÄRFUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN SITUATION IN PORTUGAL

Innerhalb weniger Wochen werden die letzten Devisenbestände Portugals verbraucht sein und es muß dann zur Finanzierung der Staatsausgaben auf die Goldreserven zurückgegriffen werden. Das heißt, daß der Bankrott des derzeitigen, immer noch bürgerlichen Staatsapparates unmittelbar bevorsteht. Um sich zu finanzieren erhöht der Staat, da die Ausplünderung der ehemaligen portugiesischen Kolonien nicht mehr möglich ist, die Steuerbelastung des portugiesischen Volkes ständig. Dies bedeutet eine starke Verschlechterung der materiellen Lage der portugiesischen Massen, insbesondere für die kleinen und mittleren Bauern, der Handwerker und kleinen Händler. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Arbeitslosen besonders durch Boykott und Sabotage von seiten des Auslandskapitals immer mehr zu und wird durch das Eintreffen von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Kolonien in die Höhe von einigen Hunderttausend getrieben. Auf dem Land verschlechtert sich die Lage der kleinen Bauern zusehends. Die Preise für Saatgut und Düngemittel werden von den ausländischen Konzernen, besonders von den deutschen, wie Bayer, Hoechst und BASF bestimmt und steigen ständig. Ihre Produkte müssen die kleinen Bauern an das Großkapital verkaufen - z.B. ist die Portwein-Industrie weitgehend unter englischer Kontrolle - und diese Kapitalisten kaufen nichts mehr, um damit die Reaktion im Lande zu unterstützten.

DIE ZUSPITZUNG DER POLITISCHEN KRISE

Die Revolution in Portugal befindet sich gegenwärtig in einer gefährlichen Krise. In einem Klima der allgemeinen Unschlüssigkeit entwickeln die offen reaktionären Parteien und ihre Terrorbanden - wie z.B. von Spanien aus operierenden Banden der ELP - zunehmende Aktivitäten. Täglich kommen Nachrichten aus dem Norden Portugals von Zerstörungen der PCP-Büros, von Sabotage-Akten wie Waldbränden, gesprengten Häusern, usw. Im ganzen Norden predigen die Pfaffen die Konterrevolution. In Coimbra verkündete der Bischof vor der Kathedrale, die Kirche werde jetzt auf die Straße gehen, dies sei für Christen die "Stunde der Tat" (Der Spiegel, Nr. 33, 1975). "Unter den Massen, die jetzt die Parteilokale überfallen und anzünden befinden sich viele Anhänger der alten Diktatur und wohl auch Rowdies" muß die Frankfurter Allgemeine vom 7.8. zugestehen. Nach Berichten aus Portugal gehen in den verschiedenen Orten "PCP-Büros in Flammen auf, auffallenderweise nacheinander, in Zeitabständen, die man benötigt, um mit dem Auto von einem Ort zum nächsten zu fahren." (Komm. Volkszeitung, Korrespondentenbericht, 21.8.75). Wenn diese reaktionären Aktionen auch hauptsächlichen von kleinen faschistischen Banden durchgeführt werden, so ist dennoch offensichtlich, daß dies weitgehend unter der passiven Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung im Norden geschieht. Der Grund dafür ist in der miserablen wirtschaftlichen Lage der Kleinbauern zu suchen und in dem äußerst schleppenden Landreform im Norden. Wenn sich die Reaktionären Ausschreitungen vor allem gegen Parteibüros der revisionistischen PCP richten, so hat sich diese Partei dies zumindest zum Teil selbst zuzuschreiben; denn wenn man der Kraft des Volkes nicht vertraut, wenn man stattdessen Kompromisse mit der Großbourgeoisie schließt, gestützt auf ihren Machtapparat Posten einnimmt, die vorher in den Händen der Faschisten waren, Posten, die man mit Zähnen und Klauen verteidigt; wenn man dies alles als kommunistische Politik ausgibt, dann sorgt man mit dieser Politik dafür, daß der "Antikommunismus" sich überhaupt ausbreiten kann. Die PCP setzt nicht auf die Kraft des Volkes; Sie jagt nach Posten und will ihre "Revolution" per Erlaß einführen:"Die Bauern im Norden folgen eben leider zur Zeit den Faschisten und wir haben nicht die Zeit zu langwieriger Aufklärung. Deshalb brauchen wir eine starke Regierung, die die Autorität der Revolution im Norden durchsetzt". (nach KVZ, 21.8.75). Dieser Standpunkt eines PCP-Mitglieds gibt ziemlich genau wieder, wie die PCP im Norden vorgeht.

DIE SOZIALDEMOKRATIE IST EIN FEIND DER PORTUGIESISCHEN REVOLUTION

In einer Situation des offenen und gewaltsamen Auftretens der Reaktion predigt die Sozialistische Partei über Freiheit und Demokratie. Wenn die PSP von Freiheit spricht, so meint sie wohl auch die Freiheit der faschistischen Banden, ihre Umtriebe zu verstärken, denn entgegengesetzt hat sie diesen nichts als verschämte Erklärungen und halbherzige Distanzierungen. Im Gegenteil, sie versucht noch, die gefährliche politische Situation, die im Norden Portugals entstanden ist, für sich auszunutzen und in ihre Kampagne für eine stärkere Machtbeteiligung der PSP einzubauen.

Wenn die PSP von "Demokratie "spricht, so versteht sie darunter die parlamentarische Demokratie, deren Grundlage das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln ist, und damit die Ausbeutung der arbeitenden Massen. Sie fordert eine "Demokratie", die es dem portugiesischen Volk erlaubt, alle 4 oder mehr Jahre zu wählen, in der Zwischenzeit aber abfordert, das Maul zu halten. Außer ihren allgemeinen Phrasen von "Freiheit und Demokratie" hat sie zur gegenwärtigen Situation nicht viel zu sagen, weshalb sie auch an Einfluß verliert und ihre Massenaktionen der vergangenen Monate nur sehr beschränkt weiterführen kann. Deshalb baut sie jetzt je mehr auf ihren Einfluß unter einigen Offizieren in der MFA und hat sich auch mit dem nach Brasilien geflohenen General Spinola in Paris getroffen. Offenbar bastelt die PSP, sollte sie auf anderem Weg nicht mehr Macht gewinnen können, nun ihrerseits an Putschplänen.

DIE POLITISCHEN FRONTEN IN DER MFA SIND IN BEWEGUNG GERATEN

Angesichts der komplizierten politischen Lage in Portugal verändern sich auch die Kräfteverhältnisse in der

bleiben

MFA. Die der PCP nahestehende Gruppe um den ehemaligen Ministerpräsidenten Goncalves verliert an Einfluß. Einfluß gewinnen konnte in der letzten Zeit die Gruppierung gemäßigter Offiziere, die der PSP nahestehen. Vor allem aber sind heute jene Offiziere am bedeutendsten, die einen fortschrittlichen Kurs verfolgen und sich noch am ehesten in ihren Aktionen auf die Volksmassen stützen. "Es gibt keinen Sozialismus, außer wenn die Macht durch die Volksmassen ausgeübt wird. Kein Sozialismus wird möglich sein im Rahmen des bürgerlichen Staatsapparates ... Die Schaffung einer wahren sozialistischen - und Volksmacht als höherer Form der Demokratie ist das Ziel. Aber die Fortschritte müssen durch die Massen selbst bestimmt werden. Sie und nur sie sind der Motor des revolutionären Prozesses. Innerhalb eines revolutionären Prozesses gibt es keinen Platz für irgendwelche Formen der Bevormundung der Volksaktion, für irgendwelche Versuche, revolutionäre Dynamik zu verwechseln mit putschistischer Dynamik!" (COPCON - DOKUMENT)

Trotzdem müssen die portugiesischen Volksmassen erkennen, daß in der MFA unterschiedliche politische Kräfte organisiert sind; daß die Armee selbst nach wie vor Teil des bürgerlichen Staatsapparates ist. Die Positionen innerhalb der MFA und die Existenz fortschrittlicher und revolutionärer Menschen inder Armee begünstigen den Spielraum des Volkes. Portugal ist nicht Chile. Aber es ist in Portugal noch nicht so, daß die Massen die Gewehre kommandieren und erst eine relativ kleine Zahl von Soldaten und Offizieren sind Mitglieder der "Revolutionären Arbeiter-Soldaten- und Matrosenräte", wie sich einige der politisch fortgeschrittensten Arbeiterkommissionen nennen.

GEGEN DEN FASCHISMUS DIE OFFENSIVE DES VOLKES

Den Weg, auf dem die revolutionäre Volksbewegung die gegenwärtige Krise überwinden und Fortschritte machen kann, hat am 20. August eine Demonstration von 100 000 Arbeitern, Soldaten und Bauern in Lissabon aufgezeigt. Das sogenannte "COPCON-Dokument" von fortschrittlichen Teilen der MFA weist in dieselbe Richtung.

Eine der zentralen Losungen dieser größten Demonstration in Lissabon seit dem 1. Mai war: Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung - jetzt! - Arbeiter-, Bauern-, Volksversammlungen!"

Damit ist klar ausgesagt in welche Richtung die noch offene Frage der politischen Macht entschieden werden muß: "..es muß also eine Organisierung der Volksmassen aufgebaut werden, durch den Aufbau und die Anerkennung von Land-, Fabrik- und Stadtteilräten, die die Organe sein müssen, über die die Arbeiter Entscheidungen, im Sinn der Lösung ihrer Probleme fällen. Diese Machtorgane der Arbeiter... müssen schließlich die wirklichen Organe der politischen Macht sein, das einzige Bollwerk, das sich der faschistischen und imperialistischen Aggression siegreich entgegenstellen kann." (Copcon-Dokument)

Dieser Kampf um die uneingeschränkte Volkssouveränität kann nur erfolgreich sein durch die weitere Zersetzung und schließliche Zerschlagung des nach wie vor bestehenden, vom Volk getrennten Staatsapparates.

"Gegen den Faschismus, gegen das Kapital - die Offensive des Volkes" war eine weitere Forderung der Demonstration der 100 000, die die Bedeutung des Bündnisses aller antifaschistischen Kräfte unterstreicht. Tatsächlich ist der Antifaschismus im portugiesischen Volk so stark, daß kaum eine Partei offen als Erbin des Faschismus auftreten kann und fast alle den Sozialismus im Munde führen. Umso günstiger sind die Bedingungen, deren Mitgliedermassen für den Fortschritt der Revolution zu gewinnen und ihre reaktionären Führer zu isolieren.

DIE AUFGABEN DER REVOLUTION

"Es leben die Bauern - Brüder der Arbeiter"; "Arbeiter und Bauern, Soldaten und Matrosen, vereint werden wir siegen!"
Mit diesen Losungen unterstrich die Demonstration die grundlegende Bedeutung des Bündnisses von Arbeitern und Bauern für den Fortschritt der Volksbewegung. Diese Volkseinheit kann aber nur vorankommen unter Führung der Arbeiterklasse, die zu diesem Zweck eine selbständige Klassenführung in Form einer revolutionären Par



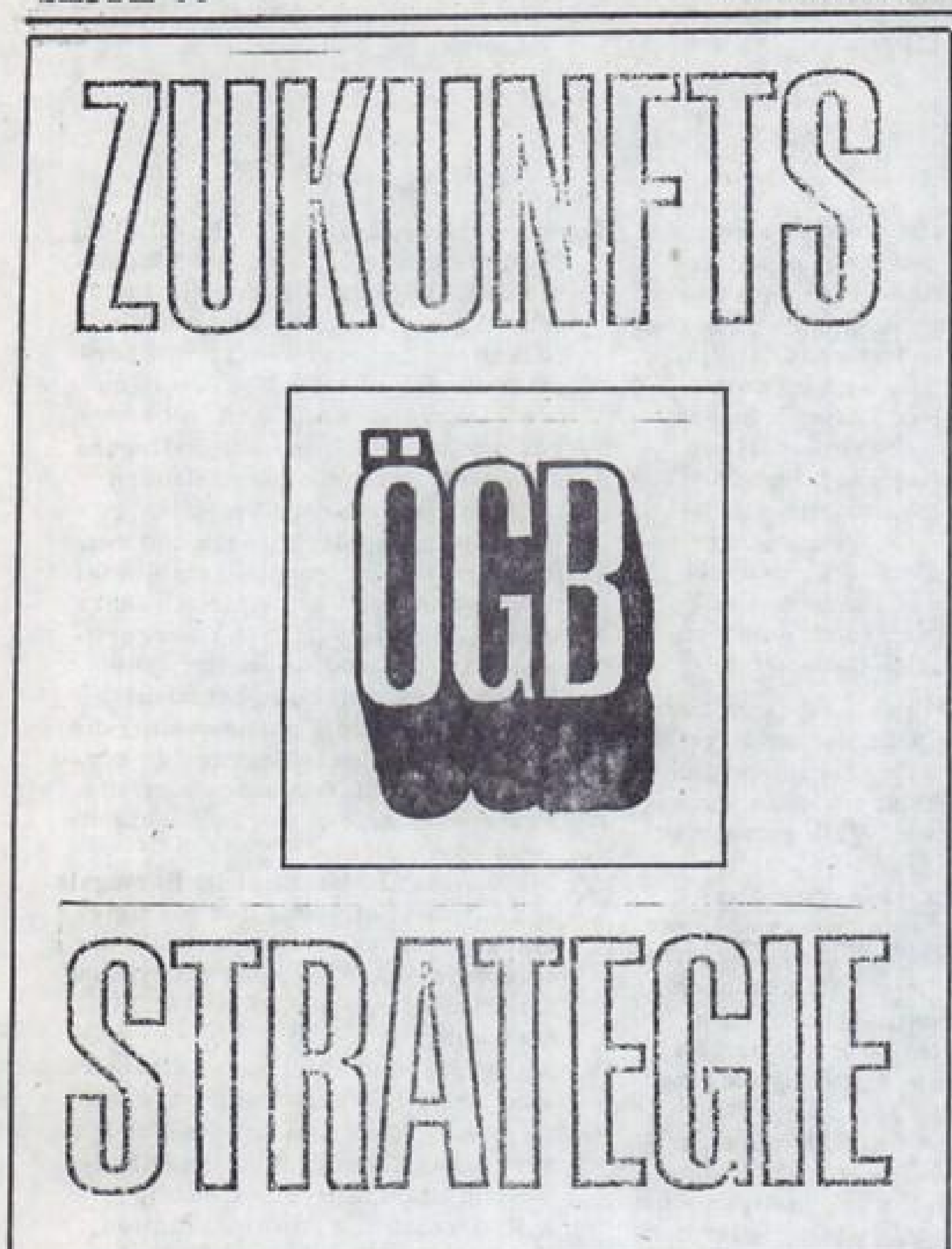
tei herausbilden muß. Alle diese politischen Aufgaben der portugiesischen Revolution dienen demselben Ziel: der sozialen Befreiung des portugiesischen Volkes näherzukommen. Auf dieses Ziel ausgerichtet, sind auch die ökonomischen Aufgaben der Revolution:

1. Die Enteignung des Großgrundbesitzes und Übernahme durch die Landarbeiter und Bauern, also eine "wirkliche Landreform... in Übereinstimmung mit den Forderungen der Volksversammlungen und anderer demokratisch gewählter Organe der kleinen und mittleren Bauern und der Landarbeiter im Süden".
2. Die Enteignung der Banken und des portugiesischen Monopolkapitals ist zwar weitgehend erfolgt. Noch führt diese Betriebe jedoch der bürgerliche Staat in Treuhandschaft. Die Produktionskontrolle geht nocht nicht von den Volksmassen aus, die erst mit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates auch die Frage entscheiden werden, wem die Produktion dient.
   Die für die Unabhängigkeit Portugals und für die Befreiung des portugiesischen Volkes vom Imperialismus entscheidende Frage der Enteignung des ausländischen Kapitals steht noch aus.
3. Als Ergänzung zu diesen Aufgaben sind Erleichterungen der Lage der Bauern im Zentrum und im Norden sowie des Kleinbürgertums (Händler und Handwerker) notwendig, z.B. Preis- und Absatzgarantien, Kredite, Preissenkung der landwirtschaftlichen Arbeits- und Hilfsmittel; Tatsächlich gingen die ersten Initiativen zur Unterstützung der armen Bauern von den Arbeitern aus, die sich z.B. in Betrieben ausländischer Chemiekonzerne Preiserhöhungen für Düngemittel widersetzten.

Alle diese Maßnahmen können nur dann unzweideutig und planmäßig den Weg zur Umwälzung der Verhältnisse im Interesse der Volksmassen bereiten, wenn sie das Volk selbst, nach Zerschlagung des bürgerlichen Staates, über seine Machtorgane ausführt.

Diese Entscheidung ist in Portugal noch nicht gefallen, auch wenn die genannten politischen Aufgaben an sie heranführen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen der schweren politischen Krise der Kapitalistenherrschaft, in der die Bourgeoisie der Zersetzung und Desorganisation des Staatsapparates wenig entgegenzusetzen hat, büßt sie auch an Einfluß auf die Bildung der Regierung und deren Maßnahmen ein. Umso leichter können einer solchen Regierung Maßnahmen in Richtung der angeführten ökonomischen Aufgaben der Revolution abverlangt werden, die der revolutionären Volksbewegung Raum schaffen und der Konterrevolution wichtige Reserven entreißen helfen. Noch gibt es auch kein von den Massen getragenes Programm für eine Übergangsregierung, die den Zusammenschluß aller fortschrittlichen revolutionären Kräfte gegen die Reaktion fördern und deren Ansturm auf die Ausbeuterordnung unterstützen könnte.

B.R./P.K.



ZUSAMENRÜCKEN, ZUSAMMENARBEITEN - das hört man jetzt, angesichts der Krise, häufig. Das ist heute tatsächlich für die Arbeiter und kleinen Angestellten notwendiger als noch vor einigen Jahren. Die Durchsetzbarkeit von konsequenten gewerkschaftlichen Forderungen ist schwieriger geworden. Die Gewerkschaftseinheit wird wichtiger. Klarheit über richtige Interessensvertretung ist notwendiger denn je. Die Einheit im Klassenkampf erhöhen ! Dem Kapitalisten geschlossen entgegentreten - nur DIESES Zusammenrücken ist für die Arbeiterklasse von Vorteil. Im folgenden gehen wir auf einige Schwerpunkte des heurigen Bundeskongresses des ÖGB ein, Schwerpunkte, die die ÖGB-Führung, gestützt auf Arbeitskreise, in der Solidarität von Juli/August unter dem Titel "ZUKUNFTSSTRATEGIE" abdruckt. (Links stehen Ausschnitte aus der Solidarität, rechts unsere Auffassungen dazu)

Den Kapitalisten geschlossen entgegentreten...

Wie wird es in Österreich im nächsten Jahr, in drei Jahren, in fünf Jahren aussehen? Wie wird sich unser Lebensstandard entwickeln?
Um diese Fragen zu beantworten, braucht man nicht das zweite Gesicht. Denn aufmerksame Beobachter wissen: Was starke Gewerkschaften heute planen, wird in den nächsten Jahren Wirklichkeit.

Die Planung hat längst begonnen. Die Materie, mit der sich der ÖGB-Kongreß im September befassen wird — auf den Gebieten der Wirtschaft, der Sozialpolitik, der Kultur —, wird in sechs Arbeitskreisen vorberaten. Österreichs Gewerkschafter bereiten die Weichenstellung für die Zukunft vor und legen ihre Strategie fest

Diese (nebenanstehende) Fragestellung beschäftigt heute jeden Arbeiter. Mit Recht erwartet jeder von seiner Interessenvertretung eine Antwort darauf. Als Antwort gibt die Gewerkschaftsführung: ohne Hellseher zu sein, wisse man, daß die Pläne starker Gewerkschaften morgen Wirklichkeit würden. Rosige Aussichten - doch was heute Wirklichkeit ist, ist doch hoffentlich nicht gestern geplant worden: Reallohnverlust, verstärkte Arbeitshetze, Angst vor Arbeitslosigkeit usw! Wenn die Lage der Arbeitenden morgen nicht noch schlechter sein soll, dann brauchen wir Gewerkschafter eine KAMPFSTRATEGIE für die ZUKUNFT. Da genügt es nicht zu sagen die Planung habe längst begonnen und die Pläne würden morgen Wirklichkeit. Da genügt es nicht, in Anspielung auf die Mitgliederzahlen, festzustellen, daß wir starke Gewerkschaften haben. Da ist es schon notwendig, die Stärke, die in der kämpferischen Kraft der Mitglieder liegt, auszuspielen! Ob dazu die Vorschläge der Gewerkschaftführung geeignet sind, wollen wir im Folgenden erörtern.

...und ihren ideologischen Einfluß auf die Gewerkschaft bekämpfen!

WIRTSCHAFT UND WACHSTUM

Der ÖGB hat seine Arbeit niemals nur auf lohnpolitische Ziele beschränkt, sondern sich stets für eine Verbesserung des Lebens in allen Bereichen eingesetzt. Erdölkrise und Rohstoffverknappung haben jedoch die Grenzen des vorwiegend quantitativen Wachstums mit seinei stetigen kräftigen Vermehrung des privaten Warenverbrauches deutlich gezeigt.

Eine Erhöhung des Lebensstandards wird in Zukunft eher durch die Abkehr von der Vergeudungsgesellschaft und durch die Befriedigung bisher vernachlässigter Bedürfnisse, die nicht über den Markt gesichert werden können, ermöglicht werden.

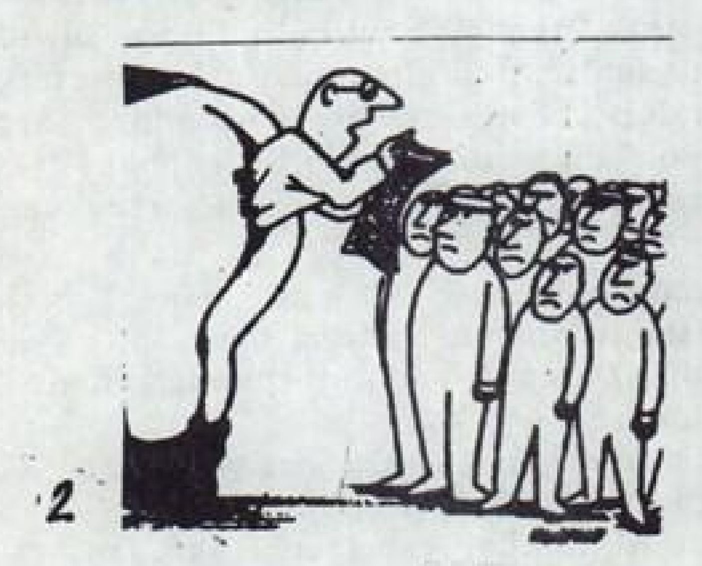
Warum bückt sich der Chef wohl ?



1

Zu diesen neuen Zielen zählen Wohnung, Arbeitszufriedenheit, Gesundheitswesen, Umweltschutz, Bildung, Erholung, um nur einige Beispiele zu nennen.

Österreichs Bevölkerungszahl wird in den nächsten Jahrzehnten stabil bleiben, dennoch können die Gewerkschaften sich nicht mit einem wirtschaftlichen Nullwachstum abfinden.



2

Vor ihnen stehen noch große Aufgaben auf dem Gebiet der Realeinkommensteigerung, der Sanierung der Umwelt und der Erreichung der vollen Konkurrenzfähigkeit im industriellen Bereich, wozu es noch bedeutender strukturverbessernder Investitionen in der Industrie und Infrastruktur bedarf.

Die Frage ist zunächst nicht, ob sich der ÖGB auf Lohnpolitik beschränkt hat, sondern, ob der ÖGB eine konsequente Lohnpolitik betreibt Das ist doch die erste Frage, wenn Gewerkschafter die Lage und die Zukunftsstrategie erörtern. Der Lohnabbau und damit die Lohnpolitik beschäftigen heute die Arbeiter ganz besonders. In dieser Frage gute Richtlinien für die weitere Gewerkschaftstätigkeit zu schaffen, muß daher wichtigste Aufgabe des Gewerkschaftstages sein.

Siehe dazu den Artikel auf Seite 1 GEGEN DEN LOHNABBAU EINE GEWERKSCHAFTSFRONT ERRICHTEN.

Schließlich wird von der ÖGB- Führung ein weiteres Wirtschaftswachstum in Frage gestellt. Eine weitere Vermehrung des privaten Konsums für unmöglich gehalten. Das ganze wird so hingestellt, daß man sich eben damit abfinden müsse. Aber es ist die Pflicht von jedem Arbeitervertreter , die Frage so zu stellen: Woher kommen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten? DIE ARBEITER SCHAFFEN UND SCHAFFEN- UND ES GEHT WIRSCHAFTLICH BERGAB - DA MUSS DOCH ETWAS FAUL SEIN ? ! In der Tat. Denn die Wirtschaft orientiert sich ja in Österreich nicht an den Interessen der Arbeitenden. Die großangelegte Zuckerschiebung machte das nur zu deutlich. Den Lenkern dieser Wirtschaft gehts um den Profit, die Interessen der Arbeiter kommen dabei unter die Räder. Von Vergeudung ist die Rede. Aber wer vergeudet? Die Arbeiter oder die Unternehmer? Milliarden werden für Werbung hinausgeschmissen. Abermilliarden werden in den Konkurrenzkampf gesteckt, bei Stillegungen vernichtet. Insgesamt läßt die Profitgier keine planvolle Wirtschaftsentwicklung zu. So herrscht die Anarchie der Konkurrenz.

Das bedeutet: Die Wachstumsgrenzen dieser Wirtschaft , der kapitalistischen Wirtschaft sind erreicht. Nur solange der Profit die Richtschnur ist, muß das so sein. Wenn die Arbeiterinteressen die Wirtschaft lenken, wird das nicht so sein! Was sind das für Gewerkschafter, die solche Fragestellungen umgehen; von Vergeudungsgesellschaft reden und allen die Schuld geben, die Wurzel des Übels aber nicht beim Namen nennen. Die heutige Gewerkschaftsführung streut den Arbeitern Sand in die Augen. Sie sagt, man müsse sich eben neue Ziele stecken, statt offen zu sagen, DIESE WIRTSCHAFT IST IMMER SCHLECHTER IN DER LAGE, SELBST DIE EINFACHSTEN BEDÜRFNISSE DER ARBEITER ZU BEFRIEDIGEN!

Und was sind die neuen Ziele, die angeboten werden?

Wohnung: Die Wohnungssituation war schon besser, die Wohnungen schon erschwinglicher.

Arbeitszufriedenheit: Die hat es im Kapitalismus nie gegeben, gerade in letzter Zeit lastet noch mehr Druck auf jedem Arbeiter.

Gesundheitswesen: Das entspricht den heutigen Anforderungen immer weniger.

Umweltschutz: Die Umwelt wird rasch durch Industrie und chaotische Planung verschlechtert.

Sind das neue Ziele, die genannt werden, die die Arbeiter entdecken müssen? Nein, es sind alte und ständige Probleme der Arbeiter im Kapitalismus. Und die Krise hat den Arbeitern neue Wunden geschlagen. Neue Wunden, die dieses System immer unerträglicher machen. Neue Ziele? Diese Gewerkschaftsführung wird uns noch das tägliche Brot als neues Ziel schmackhaft machen!

Kein Nullwachstum - Investitionen für die Industrie, das ist nicht das Rezept eines Arbeitervertreters, das ist das Rezept eines Managers. Und dann wird es ganz deutlich: Geringes Wachstum anstreben, deutlichergesagt, bei den Kapitalisten anschieben, IHR WACHSTUM FÖRDERN , damit jeder Arbeiter Hoffnungen auf einen Arbeitsplatz hat. Dassdie meisten Subventionen für Rationalisierungen , die immer noch zu Entlassungen geführt haben, ausgegeben werden, bleibt unerwähnt; um Subventionsgelder für die Kapitalisten bemühen sich diese Herrn. Woher stammen diese Gelder wohl? Aus den Taschen der Arbeiter! Siehe hiezu Seite 18 : "Das Volk muß gegen den Steuerraubzug auftreten." Gleichzeitig ist für einigermaßen ausreichende Arbeitslosenunterstützung kein Geld da , auch nicht für die Sozialversicherung. Die Arbeiterklasse wird geschwächt, während die Kapitalistenklasse gestärkt wird.

DIE VERMÖGENS-BILDUNG

Mit der Verstaatlichung der Großbetriebe der wichtigsten Grundstoffindustrien und der E-Wirtschaft hat die österreichische Gewerkschaftsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg die Vermögensverteilung in Österreich stark beeinflußt.

Schon heute stellen diese Rücklagen ein sehr erhebliches Vermögen dar, das von den Unternehmen selbst als Eigenkapital behandelt wird und über das sie frei und ohne Zustimmung der Arbeitnehmer verfügen können. Noch viel stärker werden diese Vermögensmassen anwachsen, wenn in den nächsten Jahren die Arbeitergewerkschaften die gleichen Abfertigungsansprüche für Arbeiter erkämpfen, wie sie jetzt schon für Angestellte bestehen.

Ein neues Konzept für die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand könnte also darauf abzielen, den Arbeitnehmern sowohl eine Verfügung über die Abfertigungsrücklagen als auch insbesondere den Ertrag aus deren Veranlagung zugute kommen zu lassen. Sicherlich läßt sich ein solches Konzept nicht mit einem Schlag verwirklichen.

Das Produktivvermögen in bedeutenden Bereichen unserer Wirtschaft gehört heute nicht mehr wenigen in- und ausländischen Eigentümern. Weitere Maßnahmen zur Vergesellschaftung stehen nicht zur Diskussion. Genaue statistische Unterlagen fehlen, aber auch ohne sie ist es offensichtlich, daß es auch weiterhin eine große Ungleichheit in der Vermögensverteilung gibt.

Verschiedene Versuche, wie die Ausgabe von „Volksaktien" oder die staatlich prämiierte Sparförderung, haben keine nennenswerten Ergebnisse in der Vermögensumverteilung gebracht. Als wertvoller Ansatzpunkt für einen neuen Weg zur Lösung dieser Frage werden nunmehr die Abfertigungsrücklagen vorgeschlagen.

Die Abfertigung, ursprünglich als Kündigungsschutz der Angestellten gedacht, steht diesen auch zu, wenn bei Erreichung des Pensionsalters, Verehelichung und Geburt eines Kindes bei der Frau, das Arbeitsverhältnis beendet wird. Auch in den Kollektivverträgen vieler Arbeitergewerkschaften sind, allerdings in wesentlich geringerem Ausmaß, Abfertigungszahlungen verankert.

So gesehen hat die Abfertigung immer mehr die Funktion eines vorenthaltenen Lohnbestandteiles der Arbeitnehmer gewonnen, der erst zu einem späteren Zeitpunkt fällig wird. Entsprechend dieser Funktion wird die Abfertigung auch nicht aus den laufenden Einnahmen der Unternehmen bezahlt, sondern es werden steuerfreie sogenannte Abfertigungsrücklagen gebildet, die bei Bedarf zur Zahlung der Abfertigung herangezogen werden.

Warum sind solche "Strategien" noch nicht völlig unglaubwürdig?
Weil solche Ideen mit Riesenaufwand dem Volk eingehämmert werden; weil die Arbeiter wissen, daß ihr Wohl im großen und ganzen von der Wirtschaftslage abhängt und weil die Alternative zur kapitalistischen Wirtschaft, der Sozialismus, verteufelt wird. Die Tatsache, daß die kapitalistische Wirtschaft immer mehr abwirtschaftet, muß aber für eine Strategie zur Überwindung dieser Wirtschaft Anlaß geben; statt immer wieder Investitionen in dieses alte Faß ohne Boden zu geben!
Doch es kommt noch dicker.

Die Verstaatlichungen sollen die Vermögensbildung beeinflußt haben. Von wem wohl? Von den Arbeitern nicht! Wie auch die Arbeiter in der Verstaatlichten nichts zu bestimmen haben. Und wer nichts zu bestimmen hat, dem gehört auch nichts. Das ist die Lage der Arbeitenden in der Verstaatlichten. Sie sind genauso ausgebeutet und entrechtet wie andere Arbeiter auch. Wenn weitere solche Verstaatlichungen zur Diskussion stehen, dann wird es den Arbeitern wieder nichts bringen. Es sei denn, die Arbeiter ergreifen selbst die Initiative und die Macht.

Nach dem Eingeständnis, daß verschiedene Versuche der Vermögensumverteilung nichts gebracht haben, wird also ein neuer Versuch unternommen. Diesmal mit Hilfe der Abfertigungen. Besser gesagt, durch eine Umfrisierung der Abfertigung. Da kann man nicht von Vermögensbildung reden, das schafft nur trügerische Illusionen. Denn wie stehts um die Abfertigungen? Häufig haben die Arbeiter und Angestellten durch die Finger geschaut, wenn ein Kapitalist, der abgewirtschaftet hat, sich samt der Abfertigungen aus dem Staub gemacht hat.

Wozu sind Abfertigungen notwendig? Bei Entlassungen ist heute die Gefahr nicht nur der Arbeitslosigkeit, sondern auch existenzgefährdender Lohneinbußen am neuen Arbeitsplatz. Außerdem müssen viele bei Arbeitsplatzwechsel umlernen, was mit Kosten verbunden ist. Daher ist es notwendig, daß die Abfertigungsgelder von den Kapitalisten nicht angetastet werden dürfen, daß die Abfertigungen in jedem Fall bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses ausbezahlt werden. Und schließlich daß die Abfertigungen jederzeit beansprucht werden können, auch ohne Arbeitsplatzwechsel.

Es geht also darum, dieAbfertigungen als Teil des Lohnes rechtlich abzusichern.

Es geht vordrindringlich darum, daß die Arbeiter die gleichen Abfertigungen erhalten, wie die Angestellten. Derzeit werden die Arbeiter mit lächerlichen Beträgen abgespeist. Dieses Problem muß die Gewerschaft sofort zielstrebig anpacken, schließlich sind auch die Arbeiter, wie alle Statistiken beweisen, von der Arbeitslosigkeit besonders hart betroffen! Was aber nicht heißen soll, daß deswegen die Erhöhung der Arbeitslosen auf 80% eines Facharbeiterlohnes in den Hintergrund treten darf.

Und was soll das Gerede von Vermögensbildung ? Es soll den Schein erwecken, daß jeder Arbeiter in diesem System ein kleiner Unternehmer werden könnte. Das soll von der angespannten Lage der Arbeiterklasse ablenken.
DAS SOLL ABLENKEN von der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse, die nur dann an ihrer Lage etwas wesentliches ändern wird, wenn durch die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse das gesamte Produktivvermögen unter Arbeiterkontrolle gebracht wird. Die Arbeiter schaffen das gesamte Produktivvermögen, die Kapitalisten eignen es sich an, verwenden es in ihrem Sinn, geben dem Arbeiter gerade soviel, daß er weiterhin arbeiten kann. Solange die Kapitalisten wirtschaften, tun sie es für ihren Profit,und das führt die Arbeiterklasse immer wieder ins Elend.
<u>Erst durch die sozialistische Revolution wird dieses Elend beseitigt</u> werden können.

→

Wer eine Strategie für die Gesellschaft ausarbeitet, muß darauf achten, daß die Arbeiterklasse für den Kampf um dieses Ziel gestärkt wird. Zumindest aber muß darauf geachtet werden, daß die Kapitalisten nicht gestärkt, nicht subventioniert werden!

rst

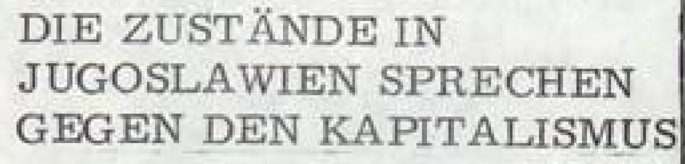
Jugoslawien ist ein kapitalistisches Land

"Keine Seltenheit ist in Jugoslawien der kommunistische Funktionär, der das Parteiblatt ungelesen in den Papierkorb wirft und lieber atemberaubende Abenteuer des Affen King Kong verfolgt... Denn Jugoslawien ist das einzige kommunistische Land mit einer blühenden Regenbogenpresse: Unterhaltungszeitschriften, die reichlich Sex und Pop, Sentimentalitäten und etwas Pornographie bieten." (OÖN v. 27.8.) Berichtet wird über die Tatsache, daß in Jugoslawien wie in den kapitalistischen Ländern die Regenbogenpresse blüht. Genüßlich schildert der Korrespondent die Haltung des "Kommunistischen" Funktionärs zur Parteipresse. Jugoslawien ist jedoch längst kein sozialistisches Land mehr, wie er fälschlich meint. Vor ungefähr 25 Jahren hat die herrschende Tito-Clique begonnen, den Kapitalismus in Jugoslawien wiederherzustellen und den Ausverkauf des Landes an den Imperialismus zu betreiben. Heute sitzt der Arbeiterklasse in Jugoslawien eine bürokratische Bourgeoisie im Nacken. Sie hat auf Grundlage der sogenannten Arbeiterselbstverwaltung - einem System selbständiger Unternehmen, die nach dem kapitalistischen Profitprinzip untereinander Konkurrenz treiben - die Produktionsmittel in ihren Händen konzentriert und bereichert sich durch die Ausbeutung der unter ihrem Kommando stehenden Arbeiter. So mußte das Zentralkomitee des "Bundes der Kommunisten" bereits 1958 in einem Offenen Brief an die Parteiorganisationen feststellen: "In manchen Betrieben ist die Summe der Prämien, die an die leitenden Funktionäre verteilt wird, genauso groß wie die dem ganzen Kollektiv zur Verfügung stehende Lohnsumme."



„Die westliche Industrie muß Vertrauen zu uns gewinnen, und im übrigen dürft ihr statt Genosse zu mir Boß sagen!"

DIE ZUSTÄNDE IN JUGOSLAWIEN SPRECHEN GEGEN DEN KAPITALISMUS



Eingesetzt werden aber die leitenden Funktionäre in den Betrieben von der Tito-Clique. Werden dann Fälle von außergewöhnlicher Bereicherung der Direktoren durch Hinterziehungen, Spekulationen und Betrügereien aufgedeckt, so nur zur Beruhigung der, über die Bereicherung und die selbstherrliche Herrschaft der Funktionäre empörten Arbeiter und Werktätigen. Den Funktionären passiert natürlich nichts: "Es gibt keine Hexenjagd auf Direktoren!" schreibt die Parteizeitung "Borba" (zitiert nach SZ v.11.7.) Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus, wie es in einem Sprichwort heißt.

Die Rolle der Partei beschreibt auch der Bericht der OÖN. Der Vorschlag der Partei, die Schundliteratur mit einer "Antischundsteuer" zu belegen "stieß auf Widerstand in den eigenen Reihen", hätte er doch die Pfründe einiger Funktionäre geschmälert. "Die Parteizeitung "Borba" lebt wesentlich von der Tatsache, daß in ihrem Hause eine Boulevardzeitung namens "Vecernje Novosti" erscheint, die sich im Hinblick auf Schund nur schwer übertreffen läßt."

Wenn bürgerliche Zeitungen wie die OÖN über die Zustände in Jugoslawien berichten, so nur um den Sozialismus zu verunglimpfen. Die Zustände, die sie schildern sind jedoch solche, wie sie nach der Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien wieder herrschen. Sie sprechen nicht gegen den Sozialismus, sondern gegen den Kapitalismus. Sie sprechen für die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse, für die Diktatur des Proletariats, die mit diesen Verhältnissen aufräumt. Die Arbeiterklasse in China hat aus der Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien und den Ostblockländern (mit der SU an der Spitze) die Lehren gezogen und festigt ihre Diktatur über die alten Ausbeuterklassen, um die Wiederherstellung der kapitalistischen Gesellschaft zu verhindern.

R.D.

BESTELLSCHEIN

Ich bestelle

o ... Jahresabonnement(s) des "Klassenkampf" ab Nr. ...
(Jahresabo: 12 Nummern; inkl. Porto S 5o.-;
Erlagschein folgt mit der ersten zugesandten Nummer)

o ... Ex. "Kleines rotes Liederheft" des KB-Linz 5.-

o ... Ex. Rechenschaftsbericht der Leitung des KB-Linz
(erscheint demnächst; ca. 1o.-)

o ... Ex. Broschüre zur Kriegsgefahr

o ... Ex. Broschüre zum Kampf gegen die Folgen der Krise

o ... Ex. "KPÖ - Keine Alternative"
(Broschüre des KB-Wien)

o ... Ex. Theoretisches Organ des KB - Wien S 30,-

NAME: ______________________

ADRESSE: ______________________

...Sozialpartnerschaft



(Zeichnung aus den 30er Jahren)
VON GEORG GROSZ

EINLADUNG ZUM LESERKREIS

Diskussion von Zeitungsartikeln und grundlegenden Texten des Marxismus-Leninismus

JEDEN MITTWOCH 19 Uhr 30
Herrenstr. 48
(im Hof hinten links)

Kontakte zum KB und JOURNALDIENST der Leitung:
Montag bis Freitag, 17-19 h
im Büro: Sandgasse 20
Tel: 26 98 75

ACHTUNG:
Leserbriefe, Mitteilungen und Beiträge zum "Klassenkampf" bitte jeweils bis Ende des Monats an die Redaktion:
Sandgasse 20, Tel: 26 98 75

DRUCKSACHE

70-g-Marke

An den
KOMMUNISTISCHEN BUND LINZ
Sandgasse 20
4020 LINZ

KLASSENKAMPF
Zeitung des KB-LINZ
Erscheint monatlich
Auflage 1200
Redaktionsschluß dieser Nummer: Freitag, 5. September

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck:
KOMMUNISTISCHER BUND LINZ
Für den Inhalt verantwortlich:
Peter Kuthan, alle: 4020 Linz.
Herrenstr. 48